Freitag, den 25. Februar 1927. Einzelnummer 10 Pfennig. 38. Jahrgang. — Nr. 47

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 5 und Neue Taschenstraße 11, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 5 Pf, das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Genosse Löbe operiert.

Infolge plötzlicher schwerer Erkrankung. — Die Aerzte zuversichtlich.

Reichstagspräsident Gen. Löbe fühlte sich seit Beginn dieser Woche äußerst unwohl. Am Donnerstag vormittag verschlechterte sich sein Befinden so, daß der Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Moses gemeinsam mit dem hinzugezogenen Professor Zonder eine Operation für notwendig erachteten. Diese Operation wurde noch am gleichen Nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr von Geheimrat Borchardt in dessen Klinik in der Derfflingerstraße vorgenommen. Sie bestätigte die Diagnose der Aerzte in vollem Umfange. Es handelte sich um alte, schwere Verwachsungen und um eine frische, aber sehr schwere Entzündung mit eitrigen Belegen. Es war auch schon eine kleine Durchbruchsstelle vorhanden.

Die Operation an sich nahm einen guten Verlauf. Im Laufe des Nachmittags stieg die Temperatur weiter.

Genosse Löbe erwachte am Donnerstag abend um 9 Uhr aus der Narkose. Atmung und Puls waren gut. Die Temperatur war gegenüber dem Nachmittag auffällig gefallen.

Wie uns heute morgen auf telephonische Anfrage in Berlin mitgeteilt werden konnte, hat Genosse Löbe die Nacht gut überstanden. Es ist heute eine weitere Temperatursenkung zu verzeichnen. Die Aerzte sind trotz dem Ernst des Falles zuversichtlich und hoffen, den Patienten nach der glücklich verlaufenen Operation gut durchzubringen.

* * *

Die Breslauer Parteigenossen, die von Löbe zum Teil noch am letzten Sonntag im Schießwerder eine frische Rede an die Kleinbauern gehört haben, haben die Nachricht von der schweren Erkrankung ihres Führers, so weit sie gestern Abend verbreitet wurde, mit großer Bestürzung vernommen. Von allen Seiten gehen uns besorgte Anfragen und gute Wünsche zu.

Sozialdemokratischer Vorstoß in der Wohnungsfrage.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preußischen Landtag folgende „Große Anfrage" eingebracht:

Laut amtlicher Meldung hat die Reichsregierung einer Verordnung zugestimmt, durch die die Miete am 1. April um 10 v. H. und am 1. Oktober nochmals um 10 v. H. erhöht werden soll. Zur Begründung wird angeführt, daß damit die Voraussetzungen für die spätere Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft geschaffen werden sollen. Eine Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft hat aber zur Voraussetzung, daß vorher durch entsprechende Neubautätigkeit der zurzeit bestehende Wohnungsmangel beseitigt wird. Wir fragen deshalb:

Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um zu erreichen, daß die erhöhte Miete restlos zur Schaffung neuen Wohnraums verwendet wird und nicht etwa teilweise zur Bereicherung der Hauseigentümer dient?

Der Marine-Etat im Haushalts-Ausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags begann am Donnerstag die Beratung des Haushalts der Marine. Abg. **Stücklen** (S.) gab als Berichterstatter zunächst eine Uebersicht über die Mehranforderungen, die sich gegenüber dem Vorjahr auf 25 Millionen Mark belaufen und in der Hauptsache auf Erneuerungsbauten entfallen. Er gab dabei seiner Freude Ausdruck über die Unterkunft der Mannschaften auf der „Emden". Es sei jedoch zu überlegen, ob wir in diesem Tempo fortfahren könnten. Einige neuangeforderte Stellen bezeichnete der Redner als entbehrlich. Außerdem warf er die Frage auf, wozu die Marine 253 Pferde brauche. Auch Abg. **Erfing** (Ztr.) bemängelte den zu hohen Beamtenapparat im Ministerium. — Reichswehrminister Dr. **Geßler** verteidigte die Ausgaben und teilte mit, daß er verboten habe, der Schaffung von gelben Organisationen irgendeine positive Förderung zuteil werden zu lassen; jedoch könne er sich in die Verhältnisse der Arbeiterverbände nicht einmischen.

Abg. **Eggerstedt** (Soz.) erhob scharfen Einspruch dagegen, daß Leute, die sich Attentate haben zuschulden kommen lassen, noch von der Marine beschäftigt werden. Das trage nicht zur Hebung des Vertrauens zur Marine bei. Der Boykott von Gewerkschaftshäusern habe böses Blut gemacht. Im übrigen kritisierte der Redner die hohe Belastung des Reichshaushalts durch die Marine, zumal deren Etat jährlich weiter steige. Er bemängelte die ausgedehnten Auslandsreisen bei einer Flotte, die vor allem die Heimat schützen solle.

Abg. **Creutzburg** (Komm.) beendete seine Kritik an der Reichsmarine mit den Worten: „Die Rüstungen Deutschlands zu Wasser und zu Lande dienen nur imperialistischen Zwecken, vor allem gegen Polen." — Als Abg. **Künstler** (Soz.) dem kommunistischen Redner zurief: „Warum hat Sowjetrußland der Reichswehr Munition für diese Zwecke geliefert?" antwortete Abg. Creutzburg: „Diese Munitionslieferungen gehen auf die Jahre 1921/22 zurück. Damals hatten wir ein anderes Deutschland als heute".

Damit gestand endlich ein kommunistischer Führer und Reichstagsabgeordneter, daß Sowjetgranaten an Deutschland geliefert worden sind. — Weiterberatung am Freitag.

Das Zentrum hält an der preußischen Koalition fest.

Das führende Zentrumsorgan, die „Germania", veröffentlicht heute eine Zuschrift aus dem Preußischen Landtag, die sich insbesondere mit den letzten Abstimmungen in dem preußischen Parlament befaßt. Am Schluß dieser Zuschrift heißt es: „Von rechts her drohen der preußischen Regierung keine Gefahren mehr. Sie sind endgültig ausgeschaltet und man sollte meinen, daß auch die Versuche, leere Demonstrationen zu machen, allmählich ihren Sinn verlieren werden. Wenn der ernste Wille der Koalitionsparteien vorhanden ist, zusammenzubleiben, dann ist der heutige Kurs in Preußen — das kann man ruhig sagen — bis in das Jahr 1929 hineingesichert. Man darf annehmen, daß dieser ernste Wille heute mehr als je vorhanden ist." (Die Gründe, aus denen das Zentrum ehrlich an der Fortsetzung der Republikaner-Koalition in Preußen interessiert ist, zumal in Zeiten einer Rechtsregierung im Reich, sind hier wiederholt dargelegt worden. Von Preußen aus werden die entscheidenden polizeilichen und verwaltungsmäßigen Anstrengungen zur Niederhaltung der Republikfeinde gemacht. Fällt diese Aktion durch Ausschaltung des sozialdemokratischen Innenministers fort, so würde die Rechte allein die Führung in faschistischer Form übernehmen Red.)

Rauscher in Berlin.

Der deutsche Gesandte in Polen, Genosse Ulrich Rauscher, wird heute in Berlin zur Berichterstattung über seine bisherigen Verhandlungen mit der polnischen Regierung erwartet.

* * *

Warschau, 24. Februar. (Drahtbericht.) Aus den Unterredungen zwischen dem deutschen Gesandten Rauscher und Vertretern der polnischen Regierung hat sich ergeben, daß die polnische Regierung Schwierigkeiten für die vertragliche Regelung der Ausweisungsfrage in den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen Polens erblickt, insbesondere bei etwaiger Ausdehnung der vertraglichen Festlegungen (infolge der Meistbegünstigungsklausel) auf andere Staaten. Die polnische Auffassung dürfte dahin gehen, daß zur Wiederaufnahme der allgemeinen Verhandlungen zunächst eine grundsätzliche Vereinbarung über alle Hauptfragen der Zolltarifbestimmungen und des Niederlassungsrechts anzubahnen wäre. Hierzu würde nunmehr eine deutsche Stellungnahme zu erfolgen haben.

Nachwahlsieg der englischen Arbeiterpartei.

London, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die am Mittwoch stattgehabte Nachwahl in Stourbridge, einem Wahlkreis, der bisher als einer der festesten der Konservativen gegolten hat, endete mit einem überwältigenden Sieg der Arbeiterpartei. Konservative und Arbeiterpartei haben, was die Anzahl der für ihre Kandidaten abgegebenen Stimmen anlangt, beinahe die Rollen vertauscht, denn in der Nachwahl, die von dem sozialdemokratischen Kandidaten Welloc im Zeichen der Chinapolitik und der Sozialpolitik der Regierung ausgefochten wurde, erhielt die Arbeiterpartei noch 656 Stimmen mehr, als die Konservativen bei der letzten Wahl Stimmen erhalten hatten.

In den Kreisen der konservativen Partei wird der Verlust des Wahlkreises von Stourbridge, der an den Wahlkreis des Ministerpräsidenten Baldwin angrenzt und bisher stets als einer der sichersten gegolten hatte, als die ernsteste Niederlage der Konservativen angesehen, welche sie seit Antritt des Kabinetts Baldwin erlitten haben.

Chamberlains Rußland-Note ist den Scharfmachern zu milde.

London, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Chamberlains Note an Moskau hat trotz der freundlichen Worte der der Regierung nahestehenden Presse auch in den Kreisen der Konservativen niemanden befriedigt. Die Rechtskonservativen hetzen zum Abbruch mit Moskau und sind über die Note des Kabinetts, die nur einen Protest enthält, freglos erbittert. Von der Arbeiterpartei wird die Note als eine Erschwerung der ohnehin schon gespannten Beziehungen zu Rußland lebhaft bedauert. Macdonald äußerte sich einem Korrespondenten gegenüber dahin, daß die Note eher den Eindruck eines Leitartikels und nicht den einer diplomatischen Note mache. Die Regierung habe die große Gefahr heraufbeschworen, die Tätigkeit der Moskauer Agenten gegen Großbritannien noch zu verschärfen.

Der litauische Seim tritt heute zum erstenmal nach den Tagen des faschistischen Umsturzes in Kowno zusammen. Seine Stellungnahme dürfte gleich über die Zukunft des parlamentarischen Systems in diesem kleinen Oststaat entscheiden. Mit den innerlitauischen Auseinandersetzungen hängt wohl auch die wenig glaubwürdige Nachricht einer Verständigung der neuen Kownoer Regierung mit Warschau zusammen, in der angeblich unter englischem Druck auch Einigung über Wilna (!) erzielt sei.

Wie die Vereinigten Staaten Nikaragua einstecken.

Ein „Vertrag". — Offene Kritik der amerikanischen Sozialisten.

WTB. meldet aus Managua: Präsident Diaz hat die Grundzüge der für Washington bestimmten Vertragsvorschläge bekannt gegeben. Danach sollen die Vereinigten Staaten die Unabhängigkeit Nikaraguas, entsprechend dem seinerzeit abgeschlossenen Vertrag, garantieren. Die Kanalrechte Amerikas bleiben bestehen. Die Vereinigten Staaten sollen keine Vorzugsbehandlung genießen, wohl aber sollen Vorkehrungen zum Schutze Nikaraguas durch die Vereinigten Staaten für die Dauer von hundert Jahren getroffen werden. Amerika soll auch das Recht haben, notwendigenfalls zur Sicherstellung der Freiheit der Wahlen und auch unter anderen Umständen einschreiten zu können.

Reuter meldet: Ueber den geplanten Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Nikaragua wird weiter bekannt: Nikaragua überträgt den Vereinigten Staaten für die nächsten hundert Jahre das Recht, die Entwicklung des Landes in der Weise in die Hand zu nehmen, daß die finanzielle Wiederherstellung und die öffentliche Ordnung gewährleistet sind. Zwei Amerikaner sollen eine finanzielle Kontrolle über das Land für die Zeit der Refundierung der Schulden Nikaraguas einschließlich einer neuen Anleihe in der Höhe von vier Millionen Dollar ausüben, die zum Bau von Eisenbahnen verwendet und unter amerikanischer Garantie gewährt werden soll. Ferner wird die Einrichtung einer unter amerikanischen Marineoffizieren stehenden Polizei an Stelle der Armee in Erwägung gezogen.

Der amtliche englische Funkdienst teilt mit: Die englische Regierung hat einen Kreuzer nach Managua entsandt, der im Notfall den Schutz der britischen Staatsangehörigen übernehmen soll. Sie hat Washington von diesem Schritt in Kenntnis gesetzt und ihren Dank für den bisherigen Schutz der britischen Interessen ausgesprochen.

* * *

Der „New Leader" (Newyork) veröffentlichte am 17. Januar folgende Kundgebung der (schwachen, aber rasch wachsenden) Sozialistischen Partei Amerikas:

„Der Zeitpunkt, einen Krieg abzuwenden, liegt vor seinem Beginn. Kriege können verhindert werden, solange sie noch im Keim oder in der ersten Entwicklung sind. Sie können nicht mehr verhindert werden, wenn der Keim schon ausgewachsen ist und seine Teufelsfrucht der Erde entwächst. Jeder Friedensfreund und ebenso jeder Freund der amerikanischen Ehre muß also entschlossen sein, der erbarmungslosen, auf den Gebrauch oder die Drohung mit Gewalt gestützten Politik des wirtschaftlichen Imperialismus entgegenzutreten, die die Coolidge-Regierung verfolgt.

Wir können erfolgreich Krieg führen gegen das kleine Nikaragua mit seiner Handvoll Matrosen. Wir können seine Hauptstadt und den größeren Teil seines Gebietes besetzen und das trotzdem nicht Krieg, sondern nur Intervention nennen. Für die Einwohner Nikaraguas aber ist es trotzdem Krieg. Es ist das letzte Kapitel in der schmachvollen Serie von Angriffsakten, die im Jahre 1911 begann. Infolge dieser Angriffe sind Bankiers und Spekulanten reich geworden. Aber weder das Volk von Nikaragua noch der Vereinigten Staaten hat Nutzen davon gehabt. Seit 1911 war Diaz, den wir als Präsidenten anerkannt haben und der sein Amt infolge unserer Anerkennung besitzt, eine Marionette dieser finanziellen Interessen. Alles Gerede von der Notwendigkeit, das Recht Amerikas auf den Kanal zu schützen, ist Windbeutelei. Die beleidigenden Proteste des Präsidenten gegen Mexikos Hilfe für Sacasa, den Gegner Diaz', sind scheinheilig. Wenn Mexiko Sacasa geholfen hat, der ein gutes gesetzliches Recht auf die Präsidentschaft zu haben scheint, so hat es bloß das ruhig getan, was wir seit 1911 in unverschämter Weise getan haben.

Die Beziehungen des Präsidenten zu Mexiko geben jedoch zu dem Verdacht Anlaß, daß er über Nikaragua hinweg Mexiko treffen will. Es wird dauernd mit einer Angriffshandlung gegen Mexiko gedroht in der Form der Zurückziehung der Anerkennung oder der Aufhebung des Verbots der Waffeneinfuhr-Akte, die keinen anderen Sinn haben als einen Aufstand in Mexiko zu befördern. Die logische Folge solcher Akte ist die Intervention. Und die logische Folge der Intervention der Krieg. Unter welchem moralischem Vorwand auch immer die Intervention in Mexiko durchgeführt wird, sie wird doch eine Intervention im Namen der amerikanischen Interessen sein, die einen Großteil der Schätze Mexikos fordern und sich weigern, vernünftige mexikanische Gesetze anzuerkennen. Präsident Calles selbst ist soweit gegangen, daß er Schiedsgerichtsbarkeit als den Ausweg aus der Schwierigkeit vorschlug. Bis jetzt sehen wir nicht, daß irgendein gerechtfertigter amerikanischer Anspruch besteht, der ein Schiedsgericht erforderlich machen könnte. Für den Fall, daß ein solcher entstehen sollte, unterstützen wir aufs wärmste den Vorschlag des Präsidenten Calles.

Unser wirtschaftlicher Imperialismus ist keineswegs nur auf Lateinamerika beschränkt. Er besteht auch in China, wo amerikanische Kanonenboote in chinesischen Flüssen und die Politik der amerikanischen Diplomatie die historische chinesische Freundschaft mit Amerika zerstören.

Die amerikanischen Arbeiter in den Farmen und den Fabriken sind kaum weniger die Opfer dieses amerikanischen Imperialismus als die Einwohner der sogenannten rückständigen Länder. Als Volk ziehen wir aus den spekulativen Gründungen, wie z. B. in Nikaragua, keinen Gewinn. Viel von dem Geld, das die kapitalisierende Klasse ins Ausland schickt, sollte nach allen Prinzipien der Moral und der wirtschaftlichen Gerechtigkeit in den Taschen der amerikanischen Bauern und Arbeiter sein. Wir haben zugelassen, daß die Erbschafts- und die Einkommensteuer ermäßigt werden, damit die amerikanischen Kapitalisten größere Summen im Ausland anlegen können. Nun sind wir in Gefahr, die Schulden eines anderen Volkes aus einem schlechten Spiel auf Kosten nicht nur unserer Tasche, sondern mit den weitaus

tragischeren Kosten des Blutes unserer Söhne und Brüder einzutreiben.

Im Hinblick auf diese umfassende Klarstellung der Tatsachen ruft die Sozialistische Partei die Bauern und Arbeiter, Organisierte und Nichtorganisierte, und alle freiheitsliebenden Amerikaner auf, mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln eine aufbauende, freundschaftliche Außenpolitik zu fordern, deren Grundstein das Prinzip der Nichtintervention sein muß. Sie fordert den Kongreß auf, den Antrag Wheeler anzunehmen, wonach die Matrosen aus Nikaragua zurückgezogen werden sollen und ebenso den anderen Antrag Wheeler, der eine Untersuchung der amerikanischen Kapitalanlagen im Ausland vorsieht. Sie verlangt, daß jede wirkliche Streitfrage gegenüber Mexiko der Schiedsgerichtsbarkeit unterworfen werde. Sie verlangt, daß die Vereinigten Staaten gegenüber China eine Politik der Freundschaft und der Geduld verfolgen, während es seine inneren Schwierigkeiten beilegt, eine Politik der Nichteinmischung in die chinesischen Angelegenheiten, der sofortigen Revision der unbilligen Verträge, gegen die sich die Erbitterung Chinas richtet. Dies ist der Weg zu Ehre und Frieden. Jeder andere ist der Weg zu Unehre, der zuletzt zum Kriege führt.

Die Sozialistische Partei."

Weitere Fortschritte der Kanton-Armee.

London, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kantonarmee hat am Donnerstag neue Fortschritte gemacht, indem sie auf ihrem Vormarsch an der Eisenbahnlinie Schanghai—Fentschu die Stadt Fentschu besetzt hat. Fentschu ist nur noch 80 Kilometer von Schanghai entfernt.

Die am Mittwoch abend von einem britischen amtlichen Nachrichtenbüro verbreitete Nachricht, daß die britischen Truppentransportdampfer „Medacie" und „Karmalen" in Hongkong stationiert werden sollen, bewahrheitet sich nicht, denn die Schiffe befinden sich bereits auf der Fahrt nach Schanghai. Der Truppentransportdampfer der Vereinigten Staaten, „Chaumont", ist am Donnerstag in Schanghai eingetroffen und hat 1200 amerikanische Marinesoldaten gelandet. Wie aus Washington gemeldet wird, sollen die amerikanischen Marinestreitkräfte von vier Zerstörern begleitet sein.

* * *

London, 24. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der Generalstreik in Schanghai ist am Donnerstag von der Gewerkschaftsleitung beendet worden. Die Gewerkschaften veröffentlichen aus diesem Anlaß ein Manifest, in dem es heißt, daß der fünftägige Generalstreik durch die Selbstaufopferung der Arbeiter mit bedeutendem Erfolge endete. Die Gewerkschaftsleitung habe sich aber infolge der zahlreichen Appelle der Kaufmannschaft entschlossen, den Streik zu beenden, aber das bedeute nicht, daß der Kampf der Arbeiter nun zu Ende sei.

Wie eine weitere Meldung aus Schanghai besagt, hat der Verteidigungskommissar von Schanghai eine Verordnung erlassen, wonach er seine erste Verordnung widerruft, „daß alle Personen, welche öffentliche Reden halten, Handzettel verteilen oder sonstwie aufrührerische Handlungen begehen, nicht mehr hinzurichten seien". Er stelle fest, daß durch die vielen Enthauptungen er „selbst tieferschüttert" sei. Er fordert die Arbeiter auf, wieder ihre geregelte Arbeit aufzunehmen. Die Schanghaier Blätter haben aus Furcht vor der Militärdiktatur diese Anordnung am Donnerstag abend nicht veröffentlicht.

* * *

Genf, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der chinesische Vertreter beim Völkerbund hat dem Völkerbundssekretariat mitgeteilt, daß die Pekinger Regierung sich das Recht vorbehalte, auf die englische Note vom 8. Januar über die Verhältnisse in China zu antworten. Diese Antwort werde kurz vor oder während der Märztagung des Völkerbundes erfolgen, weshalb man in hiesigen englischen Kreisen annimmt, daß Chamberlain, entgegen anderslautenden Gerüchten, persönlich zur Märztagung nach Genf kommen wird.

Kommunistenverfolgung in Südamerika. Aus Santiago de Chile wird gemeldet, daß die chilenische Regierung, entsprechend ihrer bereits vor einiger Zeit geäußerten Absicht, den Kommunismus in Chile auszurotten, sämtliche kommunistischen Mitglieder des Parlaments, ebenso wie alle bekannten Anarchistenführer hat festnehmen lassen. Die Verhafteten wurden auf eine nahe bei Chile gelegene Insel verbracht, um sie an der weiteren Ausbreitung des Kommunismus auch in anderen Ländern zu verhindern. Die einzige in Chile bestehende kommunistische Zeitung wurde verboten.

Die Landarbeiterfrage im Landtag.

Sozialdemokratische Anklagen. — Ministerialdirektor Articus verteidigt seine langsame Siedlungspolitik.

In der am Donnerstag fortgesetzten Aussprache des Landtages über den Landwirtschaftsetat ergriff

Abg. Brandenburg (Soz.) das Wort, um auf die Landarbeiterfrage einzugehen. Er erklärte es als bedauerlich, daß sich preußische Regierungspräsidenten gefunden haben, die glauben, daß die Beseitigung der Gesindeordnung die Schuld an der Landflucht der Landarbeiter trägt. Die wahren Gründe für diese Erscheinung seien das katastrophale Lohnelend, der Wohnungsjammer, die miserable Behandlung. Es verrate wenig Einblick in die sozialen Verhältnisse der Landarbeiterschaft, wenn hohe Regierungsbeamte meinen, mit Polizeischikanen dem Problem der Landflucht zu Leibe gehen zu können. Abg. Brandenburg legte an einer Fülle von Einzelbeispielen dar, wie menschenunwürdig heute noch die Landarbeiter mit ihren Familien wohnen, wie unzureichend sie entlohnt werden. Mußte doch selbst ein führendes gelbes Organ feststellen, daß diese Zustände eine Kulturschande seien. Der sozialdemokratische Redner nahm auch entschieden gegen die Beschäftigung der ausländischen Wanderarbeiter Stellung. Trotz 33 000 arbeitsloser Landarbeiter erklärt die Landwirtschaft, daß sie mit der geringen Zahl von 100 000 ausländischen Wanderarbeitern nicht auskomme. In Wahrheit versteckt sich hinter allem Gerede die Absicht, an Stelle des deutschen Landarbeiters den viel billigeren und willigeren polnischen oder russischen Wanderarbeiter zu setzen.

Brandenburg kennzeichnet endlich die Gewerkschaftsfeindlichkeit des Großgrundbesitzes. Wie bei dem Betriebsrätegesetz und bei der Unfallversicherung die Landarbeiterschaft zu kurz gekommen sei, so sei jetzt die Schlechterstellung bei der Arbeitslosenversicherung und bei dem in Aussicht stehenden Arbeitsschutzgesetz geplant. Erst die sozialpolitische Gleichberechtigung und volle Freizügigkeit als Staatsbürger, die der Landarbeiter immer noch nicht hat, werde die Landflucht eindämmen.

Abg. Mönke (Dnat.) versuchte, die Lohnpolitik des Großgrundbesitzes zu verteidigen.

Abg. Hagemann (Ztr.) führte in einer Reihe von Einzelbeispielen den Beweis für die Richtigkeit der Behauptungen des Abg. Brandenburg. Die traurigen Lohn- und Wohnverhältnisse auf dem Lande könnten beim besten Willen nicht Lust und Liebe zur Landarbeit erwecken.

Ministerialdirektor **Articus** gab schließlich eine Erklärung ab, in welcher er die Siedlungspolitik des Ministeriums verteidigte. Preußen hätte nicht zugeben dürfen, daß der maßgebende Einfluß in der Siedlungspolitik von Preußen auf das Reich übergehe. Es hätte die Verhandlungen mit dem Reich wegen der Reichskredite nicht sabotiert und die Auszahlung der Reichsgelder nicht schuldhaft verzögert.

Nach einer Rede des Abg. Schiftan (D. Vp.), der sich für Schutzzölle einsetzte und die Siedlungsfrage als die Frage der Nachkriegszeit bezeichnete, vertagte sich das Haus auf Freitag.

Hergt gegen Schwurgerichte.

Die Sitzung wird vom Vizepräsidenten Esser eröffnet. — Das Haus setzt die zweite Beratung des Haushaltsplanes für 1927 fort beim Justizetat.

Reichsjustizminister Hergt:

Die gewünschte Amnestie für die unter dem alten Abtreibungsparagraphen Verurteilten könne nicht in Aussicht gestellt werden. Es habe sich ergeben, daß die früher verhängten Strafen zum weitaus größten Teil an der untersten Grenze des Strafmaßes geblieben seien. Außerdem hätten schon die Länder im weitesten Umfang Gnadenerweise verfügt. Das preußische Justizministerium habe die Staatsanwälte nach dem Inkrafttreten der milderen Bestimmungen zu einer Nachprüfung der früher verhängten Strafen angewiesen. Den sozialdemokratischen Antrag, wonach das Reichsgericht von allen Sachen erster Instanz Hochverrat, Landesverrat usw. entlastet werden solle, lehnt der Minister ab, weil das die Rechtseinheit stören würde. Er wendet sich auch gegen die Wiederherstellung des Schwurgerichts. Mit Ausnahme von Hamburg hätten sich alle Länder für die Beibehaltung des erweiterten Schöffengerichts ausgesprochen. Auch aus Preußen werde berichtet, daß beachtliche Klagen gegen diese Einrichtung nicht eingegangen seien. Die übrigen Anträge aus dem Hause sollten bis zur Strafrechtsreform zurückgestellt werden.

Abg. Brodauf (Dem.) stellt fest, daß die deutschen Richter nicht deswegen kritisiert worden seien, weil sie die wirtschaftlichen Umwälzungen zu spät berücksichtigt hätten, sondern weil sie sich zu einem großen Teile bisher noch nicht auf die neue Staatsform eingestellt haben. Die Vertrauenskrise der Justiz könne man nicht mit einer Handbewegung abtun, es sei auch falsch, zu behaupten, daß das Mißtrauen gegen die Rechtsprechung künstlich in das Volk hineingetragen worden sei. Der Redner führt zum Beweise dafür eine Reihe von Urteilen an.

Abg. Hampe (D.-Hann.) dankt dem ehemaligen Justizminister Emminger für seine „Reform". Die Nachkriegszeit sei überwunden, jetzt müsse die Gelegenheitsgesetzgebung endgültig aufhören. — Die Beratungen werden nunmehr abgebrochen.

Vizepräsident Esser:

Ich habe dem Hause die betrübliche Mitteilung zu machen, daß unser allverehrter Präsident Löbe schwer erkrankt ist und sich einer schweren Operation unterziehen muß. Das ganze Haus wird mit mir übereinstimmen in dem schmerzlichen Bedauern über diesen schweren Krankheitsfall. Wir hoffen ebenso einig in dem Ausdruck der Hoffnung, daß Herr Löbe die Operation glücklich überstehen und bald wieder mit voller Gesundheit seine Pflichten erfüllen kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Keil (Soz.) beantragt, bei der Festsetzung der Tagesordnung für die Freitagssitzung einen **Initiativgesetzentwurf Müller-Franken und Genossen bezüglich der Mietserhöhung** auf die Tagesordnung zu setzen. Dem wird schließlich entsprochen.

Dann vertagt sich das Haus auf Freitag nachmittag.

Die Arbeitslosenversicherung im Ausschuß.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags fand Mittwoch und Donnerstag eine eingehende Aussprache über das zu wählende Beitragsverfahren bei der Arbeitslosenversicherung statt. Abg. Hoch (Soz.) erklärte, daß seine Fraktion nach Prüfung die Einziehung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit der Angestellten- und Invalidenversicherung nicht befürworten könne. Die Schaffung eines selbständigen Einziehungsverfahrens müsse davon abhängig gemacht werden, ob die daraus entstehenden Verwaltungskosten tragbar sind. Der weitere Vorschlag, die Einziehung durch die Finanzämter in Verbindung mit der Lohnsteuer vorzunehmen, müsse einmal vor der Regierung durchgeprüft werden. Nach alledem sei die Sozialdemokratie bereit, zunächst in der ersten Lesung das in der Vorlage vorgesehene Einziehungsverfahren durch die Krankenkassen vorläufig der Beratungen zugrunde zu legen. Die Einziehung der Beiträge durch die Krankenkassen setze allerdings voraus, daß vor der Verabschiedung der Arbeitslosenversicherung eine Reform der Reichsversicherungsordnung zustande kommt, die die folgenden vier Punkten eine Neuregelung bringt:

1. Gleichstellung der Versicherungspflichtgrenze bei der Kranken- und Angestelltenversicherung und Feststellung der Sonderleistungsvorschriften für die höheren Angestellten.
2. Anpassung der Beiträge und Leistungen an den vollen Arbeitsverdienst.
3. Klärung der Ersatzkassenfrage, wenn nicht anders durch Neufestsetzung der zuzulassenden Ersatzkassen.

Abg. Pfeffer (D. Vp.) wünschte ebenfalls bis zur zweiten Lesung die Möglichkeit eines Verfahrens bei den Finanzämtern prüfen zu lassen. Auch die übrigen Fraktionen behielten sich die endgültige Entscheidung bis zur zweiten Lesung vor. Mit diesem Vorbehalt wurde zunächst die Regierungsvorlage angenommen.

Abg. Aufhäuser (Soz.) begründete einen Antrag, nach dem sich diejenigen Arbeitnehmer, die wegen Ueberschreitens der Versicherungsgrenze aus der Versicherungspflicht ausscheiden, freiwillig weiter versichern können. Schneider (Dem.) unterstützte den Antrag, während sich Thiel (D. Vp.) und Lambach (Dnat.) zunächst dagegen wandten. Im weiteren Verlauf der Debatte erklärt Lambach, versuchsweise für den Antrag stimmen zu wollen, um fünf Minuten später, nach einer Einflüsterung durch den Regierungsvertreter Weigert, seine Zustimmung wieder zurückzuziehen. Der Antrag auf Weiterversicherung wurde dann durch die Regierungsparteien abgelehnt.

Aus dem Reiche.

Das Handbuch des Vereins Arbeiterpresse ist soeben neu erschienen. Das Buch enthält eine Darstellung der Vertragsbedingungen für Redakteure Partei- und Arbeitersekretäre, die Satzungen der Unterstützungsvereinigung und einen Ueberblick über die Leistungen. In einer kurzen Zusammenstellung werden die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes über die Angestelltenversicherung wiedergegeben unter Hinweis auf die Anwendung für die Partei- und Gewerkschaftsangestellten. Anschließend wird ein sehr umfangreiches Adressenverzeichnis aller in der Arbeiterbewegung tätigen Organisationen und Personen wiedergegeben. Die Sozialistische Arbeiterinternationale mit den Zentralen in den einzelnen Ländern, dem Umfang der Presse und der Organisationen gibt dem Buch schließlich eine wesentliche Erweiterung, ebenso wird die gewerkschaftliche Internationale mit all ihren Organisationseinrichtungen aufgeführt. Der Preis des Buches beträgt für die Mitglieder 5 Mark, im Buchhandel 10 Mark.

Die Reichstagsdelegation zur Internationalen Handelskonferenz. Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß am Mittwoch, die im September d. J. in Rio de Janeiro stattfindende Internationale Handelskonferenz durch den Reichstag beschicken zu lassen. Als Delegierte sind zunächst die Abgg. Dr. Hilferding (Soz.), Dr. Lejeune-Jung (Dnat.), Dr. Brüning (Ztr.), Dr. v. Raumer (D. Vp.) und Meyer-Berlin (Dem.) vorgesehen. Sie haben den Reichstag schon auf der Brüsseler Konferenz vertreten. Ueber eine eventuelle Verstärkung der Delegation soll noch Beschluß gefaßt werden. Es ist in Aussicht genommen, daß im ganzen etwa 8 bis 9 Vertreter des Reichstages nach Rio de Janeiro entsandt werden. Außerdem beschäftigte sich der Aeltestenrat am Mittwoch mit Aenderungen zu dem Diätengesetz für die Reichstagsabgeordneten. Die bisherigen Bestimmungen sollen zu einem neuen einheitlichen Diätengesetz zusammengefaßt werden. Dabei sollen einige verschärfte Bestimmungen eingeführt werden.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. H. Cole und Margarete Cole.

Autorisierte Uebersetzung von Mathilde Wertheimer.

35]

Aber schließlich setzte es Blaikie durch, und es gelang ihm, den kleinen Mann zu verhören. Den Tatbeständen des Verbrechens konnte Culpepper nicht neues hinzufügen. Er habe Rosenbaum, abgesehen von ihrer Begegnung im Hotel, niemals vorher gesehen und könne nichts über die Motive aussagen, welche Rosenbaum zum Mord geführt hätten. Aber er vermochte neues Licht auf den Fall als solchen zu werfen. Radlett, so erzählte er, sei vor kurzem mehrmals in Frankreich gewesen und habe ihn sowohl in seiner Pariser Wohnung, als auch in seinem Landhaus an der normannischen Küste besucht. Der amerikanische Millionär, erzählte er Blaikie weiter, habe ein Großteil Europas unter dem Namen „Restington" bereist, damit er keinerlei Neugier erwecke. Er habe vor einem bedeutenden Handelsabkommen mit der Sowjet-Regierung gestanden und mehrmals Rußland besucht. Culpepper sagte noch, daß er Radlett schon vor Jahren in Rußland kennen gelernt habe und ihre Bekanntschaft durch John Pasquett — einen alten Freund — erneuert worden sei.

Blaikie holte ihn dann über Pasquett aus. Culpepper berichtete, daß er ihn gleichfalls in Rußland kennen gelernt habe. Dann aber habe er ihn bis vor einem Jahr aus den Augen verloren, bis sie sich ganz zufällig in den Straßen von Paris getroffen hätten. Pasquett habe ihm Radlett vorgestellt, der damals in seiner Gesellschaft gewesen. Er habe feststellen können, daß Pasquett, obgleich er nicht Geldmangel litt, da ihn Radlett unterstützte, eine Stellung gesucht und, ehe Radletts russische Pläne spruchreif wurden, seine bestimmte Beschäftigung ausgeübt habe. Culpepper habe bezeugt für seine Firma in Reval einen Handelsvertreter benötigt und Pasquett diesen Posten, da er dort gelebt habe, angetragen. Seither habe Pasquett als sein Vertreter in Reval fungiert, sei aber häufig nach den Haupthandelsplätzen Mitteleuropas gereist.

„Dann wissen Sie vielleicht, wo er sich jetzt aufhält?" fragte der Inspektor begierig.

Culpepper wußte nichts bestimmtes, aber vermutete, daß Pasquett sich in Warschau aufhalte, da er seines Wissens nach dort und noch in ein oder zwei anderen polnischen Städten zu tun habe, ehe er nach London komme. Er (Culpepper) erwarte ihn ungefähr in einer Woche in London und habe die Absicht, ihn hier zu sprechen, ehe er in sein Heim nach Paris zurückkehre. „Sie leben nicht ständig hier? Dies Haus gehört nicht Ihnen?"

Culpepper verneinte; es gehöre seiner Schwester, aber er wohne gewöhnlich bei ihr, wenn er sich in London aufhalte. Seine eigene Wohnung befinde sich am Place Geneviève in Paris. Den größten Teil des Sommers jedoch verbringe er in seinem Landhaus in Paramé, wo sich augenblicklich seine Frau und seine Tochter aufhielten. Er sei nun bereits eine Woche in London und wolle, sobald er Pasquett gesprochen habe, zurückreisen.

„Sind Sie auch an dieser russischen Konzession von Mr. Radlett beteiligt?"

„Nicht direkt," entgegnete Culpepper. „Obgleich ich meinen Exporthandel nach Rußland, besonders nach Sibirien, mit Hilfe Radletts auszubauen gehofft habe." Er betonte, daß das Zustandekommen der Konzession für ihn wichtig und Radletts Tod ein schwerer Schlag für ihn sei, da Pasquett selbst über keine Geldmittel verfüge und Culpepper nicht glauben könne, daß die Sache ohne Radletts Kapital durchzuführen sei."

„Sie kennen Lord Ealing und wissen vermutlich, daß sich die Anglo-Asiatic beteiligen sollte?"

„Nicht durch Lord Ealing. Culpeppers Beziehungen zur Anglo-Asiatic seien davon unabhängige Geschäfte und betreffs der Konzession habe er nur als Ueberbringer gewisser Briefe Radletts, welche er nicht gelesen habe, fungiert. Pasquett habe ihm erzählt, daß sich Lord Ealing beteiligen wolle."

„Erzählte er Ihnen sonst noch etwas?"

„Gewiß. Pasquett habe Culpepper durchblicken lassen, daß er mit der geplanten Beteiligung der Anglo-Asiatic nicht sehr einverstanden sei und daß sie die Sache seiner Meinung nach besser gemeinsam mit einer französischen Finanzgruppe durchführen sollten. Aber Radlett habe sich die Beteiligung Lord Ealings in den Kopf gesetzt. Culpepper meinte noch, daß es ihn interessierte, wie sich nun Pasquett dazu verhalten würde."

„Nun, das geht mich nichts an," entgegnete Blaikie. Kurz darauf verabschiedete er sich.

Blaikie machte sich, aus der Routine seines Berufs heraus, nunmehr daran, Culpeppers Angaben über seine Person und seine Geschäfte nachzuprüfen. Recherchen bei der französischen Polizei erwiesen, daß er vollständig die Wahrheit gesprochen hatte. Er war in der Pariser Geschäftswelt sehr bekannt, seine Firma war leidlich gut geführt und sein Ruf nicht schlechter als der anderer. Er besaß eine Wohnung am Place Geneviève und eine kleine Villa in Paramé, wo sich gegenwärtig seine Frau und Tochter aufhielten. Pasquett war der Pariser Polizei als einer seiner Handelsvertreter bekannt, aber sein momentaner Aufenthaltsort unbekannt. Man vermutete ihn im Ausland. Radlett und Rosenbaum waren der Pariser Polizei gänzlich unbekannt.

Dies alles entsprach völlig Blaikies Erwartungen, aber es verhalf ihm letzten Endes nicht auf Rosenbaums Fährte, welche ihm eigentlich einzig und allein am Herzen lag. Es blieb zwar seines Erachtens noch ein Weg, Rosenbaums Spur zu eruieren. Dieser bestand darin, sein Vorleben zu verfolgen; er hoffte dadurch irgendeinen Anhaltspunkt für seinen gegenwärtigen Verbleib zu finden. Radlett war mit seinem Sekretär an dem Tage vor der Ermordung in Sugdens Hotel angekommen. Man vermutete, daß sie direkt von irgendeinem Orte des Festlandes eingetroffen, aber man wußte nicht, woher und wie sie gekommen waren. Radletts letzter bekannter Aufenthaltsort war Reval und es bestand die Möglichkeit, daß sie die ganze Reise per Schiff zurückgelegt hatten. Von Reval war am Vortage des Verbrechens ein Schiff eingelaufen, aber die Passagierliste war nur kurz und Blaikie hatte wenig Mühe, sich davon zu überzeugen, daß weder Radlett noch sein Sekretär an Bord gewesen waren. Abgesehen davon standen noch zahlreiche Möglichkeiten offen. Sie konnten eine der kontinentalen Routen benützt und die Ueberfahrt von einem deutschen, holländischen, belgischen, französischen oder gar schwedischen Hafen aus unternommen haben.

Tatsächlich währte jedoch das Suchen nicht lange. Die Ueberprüfung der Schiffahrtslisten erwies, daß „Restington" und Rosenbaum von Ostende nach Dover mit der regelmäßigen Verbindung in der Nacht vor ihrer Ankunft in Sugdens Hotel den Kanal überquert hatten. Blaikie fuhr nach Dover und hielt unter der Schiffsmannschaft sorgfältige Umfragen. Aber keinem der Leute war einer der beiden Herren aufgefallen, sie sagten, das Schiff wäre stark besetzt gewesen. Paß- und Zollbeamte, die sehr beschäftigt gewesen waren, konnten gleichfalls keine Auskunft geben. Sie erinnerten sich wohl an „Restingtons" Gepäck infolge der Gesteinsproben, aber sie hatten Rosenbaum nicht im Gedächtnis behalten, obgleich sie zugaben, daß Restington in Gesellschaft eines anderen Herrn reiste und dessen Gepäck mit seinem eigenen kontrollieren ließ.

(Fortsetzung folgt.)

Die Tilgung der alliierten Kriegsschulden.

Von Philip Snowdon.

Der folgende hier erstmalig deutsch veröffentlichte Artikel des englischen Schatzkanzlers der Arbeiterregierung Macdonald beleuchtet den Stand der englisch-amerikanischen Gegensätze auf finanziellem Gebiet. Red.

Der Streit über die Frage der interalliierten Schulden dauert noch an. Die kürzlich veröffentlichte Erklärung der Mitglieder der Fakultät für politische Wissenschaft an der Columbia-Universität zeigt, daß ernst zu nehmende und wohlunterrichtete Kreise in Amerika über die gegenwärtige Lage beunruhigt sind.

Aber andererseits gibt es einige Anzeichen, die darauf hindeuten, daß das Finanzministerium der Vereinigten Staaten oder die öffentliche Meinung in Amerika geneigt ist, irgend eine Neuordnung der bisher getroffenen Vereinbarungen in Erwägung zu ziehen. Einstweilen ist es nützlich, den Streit darüber lebendig zu erhalten, da die Aussprache dazu beitragen wird, Dinge aufzuhellen, über die bisher ausgeprägte Meinungsverschiedenheiten bestehen. Aber vor allen Dingen ist es wichtig, den Streit mit Ruhe und leidenschaftsloser Sachlichkeit zu führen und darauf zu verzichten, dem Gegner bösen Willen und unlautere Beweggründe zu unterstellen. Amerika ist äußerst empfindlich in bezug auf seine Ehre, und es ist nicht eben wahrscheinlich, daß es sich in günstigem Sinne wird beeinflussen lassen, wenn man von seinen „Blutsaugermethoden" redet.

Es gibt gewisse Punkte, über die zwischen Großbritannien und Amerika Uebereinstimmung besteht. Großbritannien leugnet nicht, daß es der gesetzmäßige Schuldner der Vereinigten Staaten ist. Es gibt zu, daß ein Gläubiger das Recht hat, zwischen seinen Schuldnern Unterschiede zu machen, und daß der Schuldner verpflichtet ist, den Forderungen seines Gläubigers bis zu der vollen Höhe seiner Verbindlichkeit nachzukommen. Diese Punkte hat Churchill zugestanden, aber er hat hinzugefügt, daß die wahren Tatsachen festgestellt werden sollten, wenn der Gläubiger für die unterschiedliche Behandlung Gründe vorbringt, die sich nicht in Uebereinstimmung mit den Tatsachen befinden.

Vor einiger Zeit hat Mellon, der Finanzminister der Vereinigten Staaten, eine öffentliche Erklärung abgegeben, die im Inlande wie im Auslande rege Aufmerksamkeit hervorrief. Sie machte alle diejenigen stutzig, die die Tatsachen der veerschiedenartigen Schuldenvereinbarungen zu kennen glaubten. Sie trat mit dem Anspruch auf, als Zeichen für den großartigen Edelmut der Vereinigten Staaten bewertet zu werden. Die Erklärung hatte den Inhalt, daß alle den Völkern des europäischen Festlandes während des Krieges gewährten Darlehen für null und nichtig erklärt worden seien, weil die von den Vertragsbestimmungen geforderten Summen lediglich den Beträgen gleichkamen, die Amerika diesen Völkern nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorgeschossen hatte.

Diese Feststellung war so offensichtlich ungenau, wenigstens was die Vereinbarungen mit Großbritannien anbelangt, daß der britische Finanzminister sich genötigt sah, eine ausführlich gehaltene Denkschrift zu veröffentlichen, die den wahren Sachverhalt darlegen sollte.

Selbst wenn Mellons Feststellung einwandfrei gewesen wäre, so würde sie auf der unhaltbaren Unterscheidung zwischen Schulden, die während des Krieges, und solchen, die nach dem Waffenstillstand gemacht worden sind, beruhen. Die nach dem Waffenstillstand aufgenommenen Anleihen gehörten indessen ebenso sehr zu den Kriegsausgaben, wie diejenigen, die während der eigentlichen kriegerischen Operationen gemacht worden sind. Die Unkosten der Kriegführenden hörten in dem Augenblick, in dem der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, keineswegs auf, sie dauerten vielmehr ziemlich lange fort in einem Ausmaß, das an das der Kriegszeit praktisch nahezu heranreichte.

Wenn man zugeben würde, daß zwischen Kriegsschulden und nach dem Waffenstillstand gemachten Schulden unterschieden werden könnte, so würde in der Erklärung Mellons ein richtiger Kern enthalten sein, soweit es sich um die Vereinbarungen mit Frankreich, Italien und den kleineren Schuldnern Amerikas handelte. Aber eine Zuteilung des annullierten Schuldenbetrages, die sich auf die Unterscheidung zwischen in der Kriegszeit und nach dem Waffenstillstand gewährten Anleihen gründet, wäre rein willkürlich.

Diese von Mellon vorgeschlagene Zuteilung war jedoch nur ein nachträglicher Einfall von ihm, und die amerikanische Schuldenkommission hat nicht diesen Anspruch erhoben, als die verschiedenen Vereinbarungen getroffen wurden. Sie hat im Gegenteil vor dem Senat geltend gemacht, daß sie sich in allen Fällen die Zurückzahlung des geliehenen Kapitals nebst einem der Leistungsfähigkeit der einzelnen Schuldner angepaßten unterschiedlich herabgesetzten Zinsfuß gesichert habe, und daß eine Annullierung nicht im mindesten stattgefunden habe.

Mellons Erklärung, daß die vor dem Waffenstillstand gemachten Schulden für null und nichtig erklärt worden seien, steht in gradem Widerspruch zu der Erklärung, die er am 4. Januar 1926 vor dem Ausschuß für Berufs- und Einkommenfragen abgab, als er vor dieser von dem Repräsentantenhause eingesetzten Körperschaft erschien, um die Schuldenabkommen zu rechtfertigen. Er stellte damals fest, daß keine Vereinbarungen getroffen werden würden, die nicht das Kapital zurückzahlten, denn sie verwirklichten die wichtige Aufrechterhaltung des Grundsatzes der internationalen Verpflichtungen.

Das äußerste, was zur Rechtfertigung von Mellons Erklärung, daß die in der Kriegszeit aufgenommenen Anleihen annulliert worden seien, vorgebracht werden kann, ist die Tatsache, daß der Zinsfuß, nicht aber das geschuldete Kapital selbst, eine Herabsetzung erfahren hat. Mellon rechnete aus, daß Italien die Bezahlung von 74½ Prozent der 4½prozentigen Zinsen erlassen worden sei, die der Kongreß festgesetzt hatte; Belgien 52 Prozent und Großbritannien 24 Proz. Mellons eigene Zahlen enthalten daher keine Stütze für seine Behauptung, daß die Kriegsschulden annulliert worden seien. Vielmehr ist lediglich der Zinsfuß für die ursprüngliche Kapitalschuld, sowohl die während des Krieges als auch die nach dem Waffenstillstand gemachte, herabgesetzt worden. Die Anleihen selbst müssen jedoch nach wie vor bezahlt werden.

Aber soweit das englisch-amerikanische Schuldenabkommen in Frage steht, ist der Anspruch, daß irgendein Teil der Schuld annulliert worden sei, gänzlich unbegründet. Zwar ist der Zinsfuß von den 4½ Prozent, den die Vereinigten Staaten auf die an ihre eigenen Bürger zu zahlende Schuld zu entrichten behaupteten, auf 3½ Prozent herabgesetzt worden. Aber für zwei Drittel der Zeit, während deren die Zurückzahlung erfolgen wird, wird Amerika für diesen Teil seiner internationalen Schuld überhaupt keine Zinsen zu zahlen brauchen. Es hofft, diese Schuld in dem Zeitraum von 20 Jahren abzutragen, und in jedem Falle ist es vernünftig, anzunehmen, daß lange vor dem Abbau von 62 Jahren der durchschnittliche Zinsfuß für öffentliche Anleihen 3½ Prozent betragen wird.

Außer dieser Streitfrage verdient noch ein weiterer Punkt Beachtung, der mit ihr zusammenhängt. Churchill hat sich in seiner Erwiderung an Mellon in sehr überzeugender Weise damit befaßt. Er bezieht sich auf die Anleihe, die Großbritannien nach dem Waffenstillstand bei Amerika aufgenommen hat. Nicht ein Pfennig dieser Anleihe ist in der verzinsbar angelegten englisch-amerikanischen Schuld inbegriffen.

Eine amtliche Antwort, die am 9. November vergangenen Jahres im Unterhause erteilt wurde, zeigt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten Großbritannien vor dem Waffenstillstand 3 696 000 000 Dollars, nach dem Waffenstillstand 581 000 000 Dollars vorgeschossen hat. Jedoch hat die britische Regierung nach dem Waffenstillstand, aber vor dem Schuldenabkommen, an die Regierung der Vereinigten Staaten 496 000 000 Dollars Kapital und Zinsen zurückgezahlt und 151 000 000 Dollars für die Regelung von vor dem Waffenstillstand geschlossenen Heereslieferungsverträgen verausgabt, was einen Gesamtbetrag von 647 000 000 Dollars gegenüber 581 000 000 Dollars ergibt. Demgemäß kann man den ganzen Schuldenbetrag, den Großbritannien gegenwärtig zurückzahlt, als eine Verpflichtung betrachten, die England vor dem Waffenstillstand übernommen hat.

In der gleichen Rede, der die Erklärung, betreffend die Annullierung der in der Kriegszeit gewährten Anleihen, entnommen ist, hat Mellon auch aufs neue die umstrittene Frage zur Sprache gebracht, aus welchen Gründen Großbritannien diese Anleihe bei den Vereinigten Staaten aufgenommen habe. Er erklärte, daß England einen beträchtlichen Teil der Amerika geschuldeten Summe nicht für kriegerische, sondern für Handelszwecke entliehen habe und behauptete, daß England dies getan habe, um nicht bei dem eigenen Volke borgen zu müssen. Diese Behauptung widerspricht den Tatsachen. „Das Geld, das Großbritannien entliehen hat, wurde in den Vereinigten Staaten, zum Vorteil der Vereinigten Staaten, für von dem Finanzministerium der Vereinigten Staaten gebilligte Zwecke, in Uebereinstimmung mit der Fassung der Beschlüsse des Kongresses der Vereinigten Staaten für den Zweck der Fortsetzung des Krieges ausgegeben."

Lediglich aus dem Grunde, weil Amerika, als es in den Krieg eingriff, sich nicht fähig fühlte, Großbritannien in der Gewährung von Vorschüssen an seine Verbündeten zu unterstützen, nahm England Amerika gegenüber diese Schuldenlast auf sich, keineswegs aber in der Absicht, dem eigenen Volke dadurch die Anleihe zu ersparen. Es ist notwendig, all diese Angelegenheiten klargestellt zu haben, weil ein Mißverständnis in einem solchen Falle äußerst unerwünscht ist.

Otto Brauns großpreußischer Weg zur Reichseinheit.

Auf Einladung der „Vereinigung sozialdemokratischer Studenten" hielt der preußische Ministerpräsident Braun am Donnerstag in der Berliner Universität einen 1½stündigen Vortrag über den Einheitsstaat, dem wir folgendes entnehmen:

„Um im November 1918 den Einheitsstaat zu schaffen, wäre eine in ihrer Bewegungsfreiheit ungehemmtere Reichszentralgewalt erforderlich gewesen, als damals in der Zeit schwerster Not und eines erdrückenden Ansturms lebenswichtiger Tagesfragen vorhanden war; dennoch habe die Nationalversammlung das größtmögliche Maß an Vereinheitlichung erreicht, wenngleich sich an der Gliederung des Reiches in Einzelstaaten nichts habe ändern lassen. Von den 17 Ländern außer Preußen mit seinen 38 Millionen weisen nur sieben Länder eine Bevölkerungszahl von über 1 Million auf; wegen der überragenden Größe Preußens blieb auch in der Weimarer Verfassung die Bestimmung erhalten, daß Preußen nicht mehr als zwei Fünftel der Stimmen im Reichsrat erhalten dürfe. Durch die Zuteilung der Hälfte der preußischen Stimmen an die Provinzen sei ein unhaltbarer Zustand geschaffen, zumal die Träger dieser Stimmen, wie der Ministerpräsident an Hand der Wahlergebnisse nachwies, nicht die politische Einstellung der von ihnen vertretenen Provinzen widerspiegeln. Auf Preußen entfalle erst für 1 412 000 Personen eine Reichsratsstimme, auf Waldeck aber zum Beispiel schon für 58 041 Personen. Die kleinen Staaten seien nicht imstande, obere Gerichtsinstanzen, eigene Landwirtschafts- und Handelskammern usw. zu halten und müßten sich deshalb vor allem auch finanziell an benachbarte größere Staaten anlehnen. Die staatliche Selbständigkeit solcher Länder sei zurzeit überhaupt nur durch § 35 des Finanzausgleichsgesetzes aufrechtzuerhalten.

Während in Preußen 30 000 Junglehrer hungern müssen, für die resp. für neue Schulklassen kein Geld vorhanden ist, seien im Reich, das den Ländern die Steuerüberhoheit genommen hat, viele Millionen übrig, um zwecklose Rüstungsausgaben von unverhältnismäßiger Höhe für die kleine Reichswehr zu machen. In Deutschland haben wir außer den Reichsministerien 18 Ministerien mit insgesamt 58 Ministern und 42 Senatoren der drei Hansestädte, ferner 17 Landesparlamente und 17 Reichsratsvertretungen.

Es sei die Frage zu entscheiden, ob die Länder als Zwischenstufe noch weiter nötig seien. Ein Einheitsreich, das in Provinzen, Kreise und Gemeinden zerfalle, müsse weitestgehende Selbstverwaltung unter einheitlicher Reichszentralgewalt eingeräumt erhalten. Der Gedanke einer Zerschlagung Preußens müsse preisgegeben werden, denn Preußen bilde den Kern des künftigen deutschen Einheitsstaates, zu dessen Gunsten seine Selbständigkeit aufzugeben, es sich wiederholt bereit erklärt habe, falls auch die anderen Länder ein Gleiches täten. Auch der Vorschlag, Preußen zum Reichsland zu erklären, sei abwegig. Der einzig durchführbare Weg sei im Augenblick die Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die die Verfassung dem Reiche auf legislativem und administrativem Gebiet gibt; allerdings müsse dies in einer für die Länder finanziell befriedigenden Weise durchgeführt werden. Hierdurch würden die Länder tatsächlich die Stellung von Verwaltungsorganen erhalten. Sollte die Umgestaltung zum Einheitsstaat auch dann noch Schwierigkeiten machen, so würde eine mächtige Volksbewegung über alle kleinlichen Partikularisten hinweggehen. In der 14. Sitzung der Nationalversammlung sprach Reichsminister Dr. Preuß ein Wort, mit dem der Ministerpräsident schloß: „In der alten Zeit hat es ein österreichisches Deutschland gegeben, das Bismarckche Reich war ein preußisches Deutschland, das Deutschland der Zukunft muß ein deutsches Deuschland sein!" (Otto Brauns großpreußischer Standpunkt ist bekanntlich auch innerhalb unserer Partei sehr umstritten, in der führende Genossen, besonders aus der Reichstagsfraktion und geschlossene Parteiorganisationen außerpreußischer Länder, aber auch ein Teil der preußischen Parteigenossen, andere Wege zum deutschen Einheitsstaat für aussichtsreicher halten. Red.)

Die österreichischen Rechtsradikalen „Frontkämpfer" und „Heimatwehr" haben auf einer Konferenz in Salzburg zwar um die Führerschaft gestritten, aber doch gemeinsam für den 6. März große Veranstaltungen angeblich gegen Korruption, aber in Wahrheit zur Putschvorbereitung für den Fall einer sozialdemokratischen Mehrheit bei den österreichischen Wahlen beschlossen. Der Obermacher des Berliner Kapp-Putsches, Hauptmann a. D. Pabst, ist mit dem Tiroler Heimatwehrführer Dr. Steidle in Wien eingetroffen.

Aus aller Welt.

Die Beethoven-Feiern in Wien,

veranstaltet vom österreichischen Staate und der Stadt Wien, werden vom 26. bis 31. März stattfinden. Neben Festaufführungen in der Staatsoper, das Gluckſche Ballett „Don Juan", Beethoven-Strauß „Ruinen von Athen" (Bearbeitung von Hofmannsthal), „Fidelio", „Egmont", stehen historische Opernabende im Redoutensaal, Henry Purcell „Dido und Aeneas", Pergolesi „Serva padrona", ein Ballett von Rameau, Aufführungen von Meistern des 18. Jahrhunderts, Vorgänger und Lehrer Beethovens, im Festsaale der Akademie der Wissenschaften, mehrstimmige Musik des 12. bis zum 15. Jahrhundert in der Burgkapelle, von Orchester-, Chor- und Kammermusikwerken Beethovens. Als Festdirigenten fungieren Franz Schalk und Felix Weingartner. Neben den namhaften Wiener Künstlern werden noch Casals, Ignaz Friedmann, Bronislaw Huberman und Alice Ehlers mitwirken. Sitzbestellungen und Anfragen sind an das Unterrichtsministerium, Beethoven-Feier, Wien I, Minoritenplatz, zu richten. Die Teilnehmerkarte wird mit dem Paße das Visum zur Einreise nach Oesterreich unnötig machen.

Die erste Vernehmung von Dr. Jürgens.

Der erste Tag des Prozesses gegen Landgerichtsdirektor Dr. Jürgens und seine Frau brachte die Vernehmung der beiden Angeklagten. Jürgens bezeichnet sich als völlig unschuldig, er erkenne keine Schuld an, auch keine moralische; er fühle sich als Opfer einer Hetze, die aus politischen Gründen gegen ihn entfesselt worden sei. Man habe wohl in ihm die Justiz selbst treffen wollen. Auch seine Frau halte er für völlig unschuldig. Frau Jürgens äußerte sich im selben Sinne, beteuerte ihre Unschuld und leugnete, einen Meineid oder sonst eine strafgesetzliche Verfehlung begangen zu haben. Die Vernehmung erstreckte sich dann auf ihre erste Ehe mit dem Fabrikanten Kugel in Kassel und den Verlauf des Vermögensprozesses mit ihrer Schwiegermutter nach dem Tode ihres ersten Mannes. In jenem Prozeß soll Frau Jürgens einen Meineid geleistet haben. Bei der Erörterung der vermögensrechtlichen Lage nach der Wiederverheiratung mit Dr. Jürgens erklärte dieser, seiner Frau die Verwaltung ihres Geldes völlig überlassen und ihr die Aufnahme eines Kredits von 20 000 Mark gestattet zu haben. Die Frau habe ihm erklärt, daß alle Schulden von der ersten Ehe herstammen. Frau Jürgens kann, vom Vorsitzenden zur Rede gestellt, das dauernde Anwachsen ihrer Schulden nicht erklären. Sie gibt zu, ihrem Mann nicht immer alles gesagt zu haben, um ihn zu schonen. Dr. Jürgens versicherte, daß seine Frau ihm viele wichtige Briefe vorenthalten habe. Eine Klarheit darüber, wo größere Geldsummen, die eingenommen wurden, verblieben sind, konnte am ersten Verhandlungstag nicht erbracht werden.

Automobilkatastrophe bei Zossen.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich am Donnerstag morgen gegen 8 Uhr auf einer Chaussee unweit von Zossen. Landarbeiter fanden die Trümmer eines umgestürzten zweisitzigen Opelwagens. Daneben lagen die drei Insassen tot. Sie waren alle schweren Schädelbrüchen erlegen. Das Unglück war dadurch geschehen, daß, als der Wagen mitten auf der freien Chaussee mit einer Geschwindigkeit von 60 Kilometern fuhr, ein Vorderreifen platzte. Dadurch kam der Wagen ins Schleudern, geriet auf den gefrorenen Sommerweg und überschlug sich. Erst etwa eine Stunde nach dem Unfall kamen die Landarbeiter vorbei. Es handelt sich bei den Toten um den Kaufmann Rogge, den Dentisten Schenka und den Kaufmann Loose, alle drei aus Zossen.

Aus Furcht vor der schlechten Zensur in den Tod.

Der 16jährige Sohn eines Konrektors aus Engers, der in Herford die höhere Schule besuchte, machte seinem Leben durch Erschießen ein Ende, weil er glaubte, zu Ostern nicht versetzt zu werden. Er hatte erst kürzlich eine schwere Krankheit überstanden.

Vom Aufzug totgequetscht.

Der Magazinarbeiter Jung, der in einer Ofenfabrik in Zürich beschäftigt ist, verlor etwas im Aufzug. Er begab sich in den Schacht hinunter, um den Gegenstand herauszuholen. Plötzlich ließ ein anderer Angestellter den Aufzug nach unten laufen. Jung wurde von dem Aufzug zermalmt.

Kassenraub auf dem Potsdamer Bahnhof.

Ein dreister Kassenraub wurde gestern abend gegen 12 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof verübt. Im Vorraum der Fahrkartenschalter hatte sich bereits seit längerer Zeit ein Mann in verdächtiger Weise bemerkbar gemacht und die Aufmerksamkeit der Bahnhofsbeamten auf sich gelenkt. Dieser Verdächtige schlug plötzlich mit dem Schaft eines Revolvers vor den Augen zahlreicher Passanten eine Schalterscheibe ein und raubte den Kassenbestand der Fahrkartenausgabe für den Fernverkehr. Dem Täter fielen mehrere hundert Mark in die Hände. Auf die Rufe: „Haltet den Räuber!", richtete der Täter auf seine Verfolger einen Revolver. Es gelang dem Burschen, nach dem Potsdamer Platz zu flüchten und hier im Gedränge zu verschwinden.

Der Mord auf der Chaussee aufgeklärt.

Der in der Nacht vom vergangenen Sonnabend zum Sonntag in der Nähe von Eberswalde verübte Raubmord auf den Bierkutscher Wessel ist jetzt aufgeklärt. Der Arbeiter Adolf Köpke aus Golzow bei Eberswalde hat am Donnerstag gestanden, daß er den Bierkutscher aus Raubsucht hinterrücks erschossen hat.

Juwelenräuber vor Gericht.

Vor einem Berliner Schöffengericht begann am Donnerstag der Prozeß gegen die drei Angeklagten Willy und Alfred Jasse und Berndt, denen die Anklage einen Juwelenraub in der Schönhauser Allee zur Last legt, der seinerzeit ungeheures Aufsehen erregt hatte. Die Tat diente auch dem Juwelenräuber Spruch bei seinem Ueberfall in der Tauentzienstraße als Vorbild. Am Abend des 10. März explodierten unter der Hochbahn zwei Feuerwerkskörper unter lautem Lärm. Da sich starker Rauch entwickelt hatte, flüchteten die Leute auf der Straße. Kurz darauf gingen die Fensterscheiben eines gegenüberliegenden Juwelierladens in Trümmer. Als sich die Aufregung gelegt hatte, konnte festgestellt werden, daß aus dem Schaufenster zwei kostbare Brillantohrringe im Werte von 50 000 Mark fehlten. Von den Tätern fand sich lange keine Spur. Sie wurden viel später durch eine Bluttat entdeckt. In der Mulackstraße erschoß vor einiger Zeit der Händler Borchardt seine Frau, als er sie in seiner Wohnung mit seinem Freunde Berndt, dem Stiefbruder der Brüder Jasse, in zärtlicher Umarmung fand. Berndt konnte fliehen, aber Borchardt wurde verhaftet. Er verlangte bald darauf den Untersuchungsrichter zu sprechen und erklärte diesem, daß wahrscheinlich die Brüder Jasse jenen verwegenen Explosionsraub ausgeführt hatten, während Berndt Brillantschmuck ins Ausland verschoben habe. Die Angeklagten bestritten am ersten Verhandlungstag jede Schuld, wobei es teilweise zu erregten Szenen kam.

Sportfreunde! erscheint zur heutigen Zusammenkunft der 6-Tage Breslauer Rennfahrer in **Troche's Konzerthalle** Friedrich-Straße 10

Es ladet ergebenst ein als Wirt: Paul Adler

Lobe-Theater
Tel. Ring 4774
Freitag, abends 8 Uhr
Zum letzten Male!
Bonaparte
Sonnabend abd. 8 Uhr
Zum ersten Male!
Ein besserer Herr

Thalia-Theater
Tel. Ring 6700
Freitag, abends 8 Uhr
Zum letzten Male
Ollapotrida
Vorher
Minna Magdalena
Sonnabend abd. 8 Uhr
Zum ersten Male!
Volpone.

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 36500.
Täglich 8 Uhr:
Der überaus große Operettenerfolg!
In der Johannisnacht
Sonntag, nachm. 3½ Uhr
Die Zirkusprinzessin.

Stadttheater
Freitag 8 Uhr:
In vollständiger Neuinszenierung
„Der Mikado"
Sonnabend 8 Uhr:
„La Traviata"
Sonntag 8 Uhr:
„Die Bohème"

Tivoli
ruft
Höchste Zeit
28. Schluß
Täglich 8 Uhr
Circus Busch
9153

Liebich-Theater
Nur noch wenige Tage!
Das sensationelle Februar-Programm
Eintrittspreise v. 50 Pf. an
Jeden Sonntag, nachm. 3½ Uhr:
6656 Familien- und Kinder-Vorstellung.
Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Victoria-Theater. — Rg. 2297
Gastspiel Elbriede
Mertens:
Die Dame mit den 2 Herzen
Pikantes Lustspiel.
Jugendlichen verboten

Inserate erzielen in der "Volkswacht" den größten Erfolg

Sonntag, 27. Februar, abends 8 Uhr:
Großer Konzerthaussaal
Kunterbunter
Rundfunk-Abend
der Schlesischen Funkstunde A.-G.
Rosi Albach
Trude Wessely von der „Komödie", Dresden
Ludwig Manfred Lommel
Robert Meyn vom Stadttheater, Leipzig
Victor Heinz Fuchs
Hermann Zanke
und die Funkkapelle
u. a.:
Das verwunschene Hotel
Skeisch von P. Heller

Der Reinertrag wird dem Wohlfahrtsamt der Stadt Breslau überwiesen

Preise der Plätze: Num. Tischplatz 2.00 Mk., num. Platz obere Seitenlege und Empore 1. Reihe 7.00 Mk., Seitenlege u. Empore 2.–6. Reihe 1.00 Mk., Empore 7–11. Reihe 0.50 Mk. — Vorverkauf: Osthandel, Neue Schweidnitzer Straße 2

Der große europäische Film
nach dem weltberühmten Roman
von Victor Hugo.
Cinéroman-Film / Europa-Produktion der Deulig

Die Presse Amerikas, Frankreichs und Englands überbietet sich in enthusiastischen Aeußerungen über die monumentale Wucht und Eindringlichkeit dieses Films.

2. Woche verlängert!
Wochentags: 4³⁰ 6⁴⁵ 9
Sonntags: 3 5 7 9
Kaiser-Wilhelm-Straße 2
Deli-Theater
6667

Beugen Sie vor!
Schützen Sie sich gegen Grippe, Husten, Heiserkeit durch Gebrauch von Hustenbonbons 2074
„Wegister"
Dieselben desinfizieren die Mundhöhle. Bil. zu 0.30 und Kart. zu 0.50 in Apotheken, Drogenhandlung. u. Niederlagen, wo Plakate hängen.
Alleiniger Fabrikant:
Paul Kudraß, Neurode.

Lachen links!
Das Witzblatt der Republik
Heft 25 Pfennige.
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht" und die Zeitungsträgerinnen.

Extra billige Angebote!

Konfirmanden-Anzüge
in blau und schwarz, auch Nadelstreifen, eigene Anfertigung, von Mk. **14.00** an

Herren-Anzüge
haltbare Stoffe
von **36.00, 27.00, 22.00** und **16.00** Mk.
6665

Spezialität: Anfertigung nach Maß
Großes Stofflager

Herrenbekleidungshaus
Eugen Hamburger
Teichstraße 31, part. und I. Etg.
Ecke Springerstraße, 2 Minuten vom Hauptbahnhof

Siegfried Lichtspiele
Friedrich-Wilhelm-Straße 67.
Ab Freitag, 25. Februar
Das große Filmwerk
Messalina
II. Teil, 5 Akte
Kaiserin-Weib-Sadistin
6154
Beiprogramm:
Neuland oder
Das glückhaft Schiff
Außerdem: **Die Emelka-Woche.**
Sonntag ab 3 Uhr: **Kindervorstellung.**
Wochentags Anfang 5 Uhr.

Wartburg Lichtspiele
Unwiderruflich nur bis Montag!
Der große Erfolg des gewaltigen Marinefilms
Die versunkene Flotte
in 7 Akten
Ferner: Die große Sensation!
Ein Drama im Carlton-Club
5 Akte
Deulig-Woche!
Sonntag 3 Uhr: Große Kinder-Vorstellung
Die versunkene Flotte
und Groteske. 6662

TdN Theater des Nordens
Fürstenstraße 32
Harry Liedtke
Asta Oswalda
in dem Groß-Lustspiel:
Das Mädel auf der Schaukel
Groß. Lustspiel-Beiprogramm — Deulig-Woche
Insgesamt 12 Akte. 6666
Niemand darf fehlen!
Sonntag 3 Uhr: Jugend-Vorstellung.

Größtes Breslauer 6657
Frack-Verleih-Institut
Gehrock- u. Smoking-Anzüge, Cutaway mit gestreiften Beinkleid, Paletots, Zylinder, Klapphüte, Frack-Mäntel, weiße Westen
Tel. Ring 1301 **Hermann Mohaupt**
nur Karlstraße 1, 1. Etage (Ecke Schweidnitzer Str.).

Hunderttausende schwören
auf unsere Firma. Durch rechtzeitige und große Einkäufe sind wir in der Lage, die Weine billiger abzugeben als sie jetzt bei den Winzern kosten

Vom Faß geben wir ab:

Bowienwein weiß u. rot.	p. Ltr	1.20
Rotwein feurig u. tiefdunkel	„	1.20
Tarragona süß	p. „	1.30
Malaga vollsüß	„ „	1.40
Südwein vollsüß	„ „	1.40
Vino Vermouth	„ „	1.50

Edlere Sorten in allen Preislagen

Cyder süß	p. Flasche	0.65
Heidelbeerwein süß	„ „	0.80
Johannisbeerwein süß	„	0.85
Schaumwein Fracht (z. Bezirk)	„	1.45
Schaumwein-Cabinet	p. „	4.50
„ Mercier	p. „	6.50
„ Henkel Trocken		6.75

56 6
einschl. Steuer **Weinkellerei** einschl. Steuer
Herzberg & Co.,
Bäckerstr. 48 Blücherplatz 20
Michaelisstr. 3 Klosterstr. 64
Leuthenstr. 10

Lebensmittel-Großhandlung
Max Schönfelder

Heute empfehle ich als ganz besonders billig:
Ia amerik. Schweineschmalz p. Pfd Mk. 0.74
Ia amerik. Rückenspeck, frisch aus dem Rauch . . . . p. Pfd. Mk. 1.06
Extra starken ungar. Rückenspeck p. Pfd. Mk. 1.20
Corned beef, allerbeste Qualität per Pfund Mk. 0.98
Corned beef, die 6 Pfd.-Dose (engl. Gew.) Mk. 5.20
Gouda-Käse, vollfaftig und zart per Pfund Mk. 0.90
Tilsiter Käse, vollfaftig und zart per Pfund Mk. 0.80

Kakao-Pulver
garantiert rein und leicht löslich, zufolge großer Abschlüsse zu noch alten Preisen:

Konsum-Kakao	per Pfund Mk.	0.80
Haushalt-Kakao	„ „ „	1.00
Puder-Kakao	„ „ „	1.20
Nähr-Kakao	„ „ „	1.40

Röstkaffee
Meine neue Haushalt-Mischung, gut, kräftig und aromatisch p. Pfd. Mk. 2.40
Meine sonstigen anerkannten Mischungen zu
Mk 2.80, 3.20, 3.60 und 4.00 per Pfund

Zur Fastnachts-Bäckerei
empfehle:
Kaiser-Auszugmehl, p. 5 Pfd.-Säckch. 1.55
10 Pfd.-Säckchen Mk. 3.05
Grießmehl, lose . per Pfund Mk. 0.28
Weizenmehl 000 . „ „ „ 0.22

Ia Kokosfett
in 500 Gramm-Tafeln

bei	1	5	10	25	50 Tfl.
per Tfl.	60	59	58	56	55 Pf.

Die Rohstoffe für Palmin etc. sind stark steigend. Ich rate zu schnellem Kauf.

Garantiert reines Pflaumenmus
per Pfund Mk. 0.38

Marmeladen
in gelben 2 Pfund-Eimern
Pflaumen — Apfel per Eimer Mk. 1.00
Stachelbeer — Apfel „ „ „ 1.00
Himbeer — Apfel „ „ „ 1.05

Max Schönfelder
Kaffee-Rösterei, Tee-Import
Waren-Versandhaus u. Weingroßhandlg.
Breslau 1, Albrechtstraße 56.
3661

6664

in allen Längen und Weiten
Oskar Dehmel, Breslau, Neumarkt 45

Die Volksschule als Einheitsschule
Von Dr. Max Apel.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch	Pfd	0.90–1.00
Rindfleisch ohne Knochen	„	1.10–1.30
Kalbfleisch ohne Knochen	„	1.30–1.50
Pökelfleisch	„	1.00–1.10
Rauchfleisch	„	1.20–1.30
Geräuchertes Fleisch	„	0.80
Hammelfleisch	„	0.90 1.10
Gehacktes	„	0.80
Gepökelte Eisbeine	„	0.90
Räucherspeck	„	1.20
Langgelegt	„	1.00
Schweinefett, ausgebraten	„	1.00
Leber- und Preßwurst	¼ Pfd	0.20
Preßkopf, Mortadella, Mettwurst	¼ Pfd.	0.30
Knoblauchwurst	Pfd	0.80
Polnische	„	0.80
ff. Aufschnitt	¼ Pfd	0.45

sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt zu billigsten Preisen 6659
Adolf Weiß, Moltkestr. 13

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 25. Februar.

Lebt noch Anastasia?

Die Vorliebe des „Generalanzeigers" für Verbrecher aller Art und zweifelhafte weiblichen Existenzen ist bekannt. Nachdem er neulich mit Sonja, der garnicht existierenden Braut des Berliner Juwelenräubers, gründlich reingefallen ist, indem er sogar ein Bild des fabelhaften Wesens veröffentlichte, fragt er jetzt die Breslauer auf schwarz-weiß-roten Plakaten: „Lebt die Zarentochter Anastasia noch?" Wenn der Generaler das selbst wüßte, würde er als Neueste Breslauer Nachricht einfach mitteilen: „Anastasia lebt noch", oder auch „Anastasia lebt nicht mehr". Damit wäre aller Schmerz ausgestanden und die Wißbegierde seiner Leser wäre befriedigt. Statt dessen will der Generaler seinen Lesern für 60 Pf. wöchentlich eine Anzahl „Dokumente" unterbreiten, aus denen sie sich zum Schluß von selbst ein Urteil darüber bilden können, ob Anastasia noch lebt oder nicht. Vielleicht läßt der Generaler am Ende seine Leser durch Abstimmung die weltbewegende Frage entscheiden. Wer nach den vom Generalanzeiger veröffentlichten Dokumenten der Meinung ist, daß Anastasia noch lebt, stimmt mit „Ja", und wer umgekehrt der Meinung ist, Anastasia sei tot, der stimmt mit „Nein". Damit wäre die Frage dann sicher entschieden.

In Wirklichkeit steht es so, daß sich eine Hochstaplerin dem Berliner Scherl-Verlage als Anastasia vorgestellt hat, obwohl sie mit der Zarentochter außer Plattfüßen keine Aehnlichkeit hatte. Der König von Dänemark und der russische „Kronprätendent" Kyrill haben beide festgestellt, daß es sich um eine polnische oder rumänische Hochstaplerin handelt. Der Scherl-Verlag aber ist mit ihr reingefallen, und hat ihr die „Dokumente" für schweres Geld abgekauft. Inzwischen ist auch festgestellt, daß die „Dokumente" von einem russischen Staatsanwalt Sawitsch hergestellt wurden, und daß dieser Sawitsch der Gatte einer Tochter Rasputins ist. Nachdem der Schwindel herausgekommen ist, geniert sich der Scherl-Verlag, den Berlinern die beabsichtigte Frage vorzulegen, ob Anastasia noch lebt. Aber die Breslauer Leser des Generalanzeiger hält man für blem-blem genug, um darauf hereinzufallen. Und vielleicht hat man sich auch nicht getäuscht. Vielleicht reiten die Breslauer Generalanzeiger-Leser dem Scherl-Verlage das Geschäft. Nachdem man der Schwindlerin für ihre „Dokumente" so große Summen bezahlt hat, daß sie davon schon seit längerer Zeit in einem Kurort im Allgäu leben kann, muß das Geld doch in irgend einer Weise wieder herauskommen. Es ist ja auch ganz gleich, ob man sein Zeitungsgeld der Konzern-Klante, Sonja oder Anastasia hingibt.

Quartiere gesucht!

Für die Nacht von Sonnabend, den 12. März, zu Sonntag, den 13. März dieses Jahres, werden eine größere Anzahl Quartiere für die aus der Provinz kommenden Delegierten zum Bezirksparteitag benötigt.

Wir bitten alle Parteigenossen, denen es die räumlichen Verhältnisse irgendwie erlauben, uns Quartiere zur Verfügung zu stellen.

Mit Rücksicht auf die recht beschränkten Mittel, die den Delegierten von ihren Organisationen zur Verfügung gestellt werden können, muß Wert darauf gelegt werden, eine Anzahl billiger oder Freiquartiere zu bekommen.

Wir bitten dringend, diesem unseren Appell Rechnung tragen zu wollen. Die Meldung der uns zur Verfügung stehenden Quartiere ist im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Marx-Engelsstraße 17, Zimmer 37, II, zu machen.

Eine komisch wirkende Berichtigung

Schickt uns der Elternbeirat der Eichendorff-Oberrealschule auf Eingesandt in der Nummer vom 12. Februar. Gern würden wir die „Berichtigung" im vollen Wortlaut mitteilen, wenn sie nicht gar so lang geraten wäre. Wir teilen daraus deshalb nur folgendes mit:

„Eine Gebühr für das Einstellen der Fahrräder „wird nicht erhoben". Sie ist zwar eingeführt worden, weil zu viel Räder in die Schule gebracht wurden, aber „diese Maßnahme verfehlte nicht ihren Zweck; sie konnte daher wieder aufgehoben werden."

Genau so verhält es sich mit der Gebühr für die Ausstellung der Bescheinigung zur Erlangung einer Schülerkarte für die Straßenbahn. Das soll eine Latschgebühr gewesen sein, die nur erhoben wurde, wenn der Schüler die Bescheinigung nicht ordnungsgemäß zur Abstempelung vorgelegt hatte. Auch diese Gebühr hat schnell und gut gewirkt, so daß sie bald hinfällig wurde."

Und weil aller guten Dinge drei sein müssen, sind auch die beliebten Nachhilfestunden „aus schultechnischen Gründen fallen gelassen worden."

Verteidigt wird vom Elternbeirat die Umlage von 3 Mark, die Ostern 1925 gemacht wurde. Doch das liegt so weit zurück, daß man die Geschichte einfach nicht mehr „fallen lassen" kann. Der Hilfsstock von 20 Pf. monatlich wird damit verteidigt, daß er zum erheblichen Teile den minderbemittelten Schülern bei Landerfahrten usw. zugute kommt, was wohl zutreffend sein dürfte. Der Besuch der Kolonial-Vorträge steht den Schülern frei. Es wird „grundsätzlich" kein Druck ausgeübt, aber — der Besuch solcher Veranstaltungen soll geeignet sein, „das Verhältnis des Schülers zur Schule (?) und vor allem zum Lehrer (?) immer besser zu gestalten."

Der Elternbeirat wird wohl selbst zugeben, daß seine letztgenannten Angaben nur Geschwafel sind. Im übrigen freut es uns, daß soviel des Kritisierten „wieder aufgehoben", „hinfällig geworden" oder „fallen gelassen" worden ist. So ganz zwecklos ist also das Eingesandt nicht gewesen.

Freundliche Hinterlassenschaft!

Einer, der noch nicht aus der Kirche ausgetreten ist, fand in seinem Briefkasten folgende Rechnung des Vollziehungsbeamten vom Finanzamt Breslau-Mitte: Kirchensteuer 2,50 Mark, Mahngebühren 0,40 Mark und Vollstreckungsgebühren 0,60 Mark.

Darunter die gedruckte Drohung: „Da ich Sie heute nicht angetroffen habe, fordere ich Sie auf, obige Beiträge bei der angegebenen Hebestelle innerhalb drei Tagen unter Vorlegung dieses Schreibens zu zahlen. Sollte dies nicht geschehen, so würde gegebenenfalls zur zwangsweisen Oeffnung der Wohnung geschritten werden."

Alle Tore öffnet dem Herrn, denn er will einziehen!

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Tagesordnung war zwar nicht sehr umfangreich, die Sitzung gewann aber durch mancherlei Debatten ihre normale Dauer. Der sozialdemokratische Dringlichkeitsantrag auf Abänderung der Getränkesteuer kommt erst in der nächsten Sitzung zur Verhandlung. Zugestimmt wurde einem anderen sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrage, den Erwerbslosen die Kohlenmarken noch für den Monat März zu gewähren. Eine umfangreiche Debatte entspann sich um das städtische Fernheizwerk. Die Breslauer Heizfirmen haben das Werk von Anfang an bekämpft und in ihrem Privatinteresse gegen die Errichtung gewühlt. Sie haben nur schlechtes prophezeit und es so dargestellt, als könne es überhaupt nicht richtig funktionieren. Nachdem aber der Bau beschlossen war, fingen sie sich an zu wundern, daß ihn eine auswärtige Firma ausführen sollte, die einzige übrigens in ganz Deutschland, die auf diesem Gebiete wirkliche Erfahrungen besitzt. Auch hinter die Arbeiter versteckt man sich. Den Arbeitern kann es aber in Wirklichkeit gleich sein, welcher Firma der Bau übertragen wird. Gegebenenfalls werden daran etwa 150 Breslauer Arbeiter neben fünf oder sechs fachkundigen Monteuren von auswärts arbeiten. Genosse Voigt fragte mit Recht, wo die Breslauer Firmen eigentlich bleiben würden, wenn sie nicht auch auswärtige Arbeiten zu verrichten hätten. Sie sollten nur gegen den polnischen Zollkrieg ihrer Parteien protestieren, der uns in Breslau am meisten schädigt. Immerhin wurde die Ausschreibung der Arbeiten beschlossen, sodaß die Breslauer Firmen die Gelegenheit haben, sich zu bewerben. Eine Vorlage auf sehr starke Schulgelderhöhung bei den höheren und mittleren Schulen wurde von allen Parteien bekämpft und ging in den Ausschuß. Die Rechtsparteien tun bei jeder Gelegenheit, als wollten sie die Bürgerschaft vor Lasten bewahren, dabei ist das ganze heutige Elend ihr Werk. Alle Erhöhungen, die in Zukunft kommen werden, sind von den schwarz-weiß-roten Parteien verschuldet. Unsere Partei muß es deshalb auch den anderen überlassen, vor der ganzen Bürgerschaft sichtbar die Schuld ihrer Politik auf sich zu nehmen. Auf die Reden kommt es nicht an, sondern nur auf die Abstimmung.

* * *

Zu Beginn der Sitzung wird der deutschnationale Stadtrat Friese von Stadtrat Schmidt eingeführt, da Oberbürgermeister und Stadtkämmerer von Breslau abwesend sind.

Der Baukostenzuschuß zur Instandsetzung der Kirche St. Trinitas wird wegen entstandener Mehrarbeiten um 8000 Mk. erhöht.

Durch Neueindeichung gewonnenes Neuland am Carlowitz-Ransterner Deich bei der Schwedenschanze wird in Größe von 3630 Quadratmeter einschließlich der Sicherungskosten als Vorland zu den städtischen Rieselgütern für 5600 Mark angekauft.

Für den Bau einer Unterführung im Zuge der Niedergasse an Stelle des Gleisüberganges werden 40 000 Mk. als zweite Rate bewilligt.

Nachträglich wird die Genehmigung für die Aufwendung von 31 227,35 Mark für Neuverlegung von Gasleitungen bewilligt, die aus Ersparnisgründen zugleich mit anderen Straßenbauarbeiten vorgenommen wurden.

Stadtv. **Stein** (Völk.) beschwert sich darüber, daß die Vorlage erst 5 bis 6 Monate nach der Ausführung der Arbeiten vorgelegt werde. Man müsse schnellere Verwaltungarbeit fordern.

Stadtv. **Daumann** (Ztr.) begründet ausführlich Abänderungen der Vergütungen für Grabstellen auf den städtischen Friedhöfen. Erfahrungsgemäß würden die Sätze in der Regel nach den unteren Stufen erhoben, so daß die bisher in den oberen Stufen vorgesehenen Sätze so gut wie gar nicht zur Anwendung kamen. Dadurch werde eine Zusammenziehung auf 5 Stufen gerechtfertigt. Die Vergütungssätze für Reihengräber sollen in der untersten Stufe — das ist bis 1200 Reichsmark Jahreseinkommen — jetzt erhöht werden. Die Erhöhung treffe fast lediglich die auf Veranlassung des städtischen Wohlfahrtsamtes ausgeführten Beerdigungen. Aber bereits in der 2. Stufe — das heißt, zwischen 1200 und 3000 Reichsmark Einkommen — seien die Sätze zwar anfänglich noch etwas höher, dann aber nicht unwesentlich niedriger als bisher. Die neuen Vergütungssätze für Randgräber und Familiengrabstätten seien in den untersten Stufen zum Teil höher als bisher. Dies beruhe darauf, daß die bisherigen Sätze nicht einmal dem Nennwerte nach die Friedenssätze erreichten, wobei zu berücksichtigen sei, daß diese Sätze der allgemeinen Teuerung nicht Rechnung tragen. Die neue Gebührentafel sieht nicht, wie bisher, 12, sondern nur mehr 5 Stufen vor.

Stadtv. **Pietsch** (Soz.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an den Wohlfahrtsausschuß, da die Sätze in den unteren Stufen zu hoch, in den oberen zu niedrig seien. Mehrere Abänderungsanträge seien eingelaufen, die ausführlich in ihren finanziellen Folgen nur im Ausschuß erörtert werden könnten.

Stadtv. **Behringer** (D. Vp.) schließt sich diesem Antrag aus den gleichen Gründen an.

Die Ausschußberatung wird angenommen.

Für das Armenhaus in Riemberg werden die Kosten für die Errichtung eines Brunnens bewilligt.

Zu einer Dringlichkeitsvorlage auf

Erhöhung der Schulgelder

für höhere und Mittelschulen spricht Stadtv. **Strauß** (Ztr.) als Berichterstatter. Die Sätze sollen ab 1. April betragen:

für einheimische Kinder

	erstes	zweites	drittes Kind
	M	M	M
höhere Schule . .	200,—	150,—	100,—
Mittelschule . . .	96,—	72,—	48,—

für auswärtige Kinder

	erstes	zweites	drittes Kind
	M	M	M
höhere Schule . .	250,—	187,20	124,80
Mittelschule . . .	120,—	90,—	60,—

Die vierten und weiteren Kinder desselben Erziehungsberechtigten sollen schulgeldfrei bleiben.

Die Einschreibegebühr soll an den Mittelschulen auf 3 Mark für einheimische und 4 Mark für auswärtige Kinder betragen.

Die Neufestsetzung des Schulgeldes ergibt bei den höheren Schulen für die zweiten und dritten Kinder eines Erziehungsberechtigten eine Erhöhung um rund 14 Prozent, bei den Mittelschulen eine durchgehende Erhöhung um 33⅓ Prozent. Bei der Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Lehranstalten sollen nunmehr den vom Staate gegebenen Richtlinien angepaßt werden. Um jedoch den Kindern der wirtschaftlich schwächeren Kreise der Bürgerschaft den Besuch einer höheren Lehranstalt zu erleichtern, sollen auch in diesem Jahre rund 25 Prozent des Schulgeldaufkommens für Freischule, Geschwisterermäßigung und Erziehungsbeihilfen zur Verfügung gestellt werden, während der Ministerialerlaß vom 25. Februar 1926 nur 20 Prozent vorschreibt. Das Schulgeld an den Mittelschulen war im Vergleich zu dem Schulgelde an den höheren Lehranstalten bisher zu niedrig bemessen. Es mußte daher ein Ausgleich durch eine mäßige Erhöhung des Schulgeldes an den Mittelschulen geschaffen werden. Auch bei den Mittelschulen werden — wie im Vorjahre — rund 27 Prozent des Schulgeldaufkommens für Freischule usw. bereitgestellt. Diese Erhöhung wäre nicht vorgeschlagen worden, wenn nicht die überaus ungünstige Finanzlage der Stadt zu diesen Erhöhungen zwänge.

Stadtv. **Strauß** bringt einen Abänderungsantrag ein, da die geplante Erhöhung sich unsozial auswirken müsse. Die höheren und Mittelschulen seien durchaus nicht nur die Schulen der Wohlhabenden. Berichterstatter beantragt daher Ueberweisung an den Etatsausschuß.

Stadtv. **Behringer** (D. Vp.) weist auf den schon im Schuljahr 1926/27 einsetzenden Schülerrückgang an den Mittelschulen um 300 Kinder hin und bringt ihn mit der früheren Erhöhung der Schulgeldsätze in Zusammenhang. Die Mittelschulen dürfen keine Standesschulen werden.

Stadtschulrat Dr. **Lauterbach** erklärt sich mit der Ausschußberatung einverstanden.

Stadtv. **Ammon** (Komm.) Die höheren und Mittelschulen haben nur Schüler aus wohlhabenden Kreisen. Statt der Erleichterung der Bildungsmöglichkeiten für die Arbeiterschaft durch Verbilligung des Schulbesuches, schlägt der Magistrat Erhöhung der Schulgeldsätze vor.

Stadtv. **Pietsch** (Soz.): Durch die Erhöhung der Schulgeldsätze, die besonders schwer auf kinderreichen Eltern lastet, da jetzt auch für das dritte Kind Schulgeld erhoben wird, werden die höheren und Mittelschulen zu Standesschulen.

Der Antrag von Stadtv. **Strauß** (Ztr.) auf Ueberweisung an Schul- und Etatsausschuß wird angenommen.

Die von Dr. Haßlacher geleitete Berliner Geschäftsstelle der Stadt Breslau wird von diesem zunächst für drei Jahre fortgesetzt.

Der im Etatsausschuß beratene Antrag auf Schaffung von zwei neuen Magistratsbaurätestellen wurde für die eine Stelle — für den Leiter des zu errichtenden zweiten städtischen Tiefbauamtes — angenommen. Der zweite Teil ging in den Ausschuß zurück.

Ein von Stadtv **Nache** (Soz.) begründeter Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten,

die Kohlenkarten für die Erwerbslosen

noch für März zu gewähren, wurde angenommen.

Eine lange Debatte entfesselte die dringliche Anfrage **Halfpaap** (D. Vp.) und Genossen an den Magistrat, warum die Arbeiten zur Errichtung des Fernheizwerkes nach außerhalb ohne Ausschreibung vergeben werden sollen. Stadtv. **Halfpaap** wies auf unsere Erwerbslosennot, auf das geschädigte Renommée der Breslauer Firmen und anderes mehr zur Begründung hin.

Stadtbaurat **Zillmer:** Die Betriebsdeputation und der Ausschuß haben einstimmig für die Vergebung nach Hamburg an die Firma Rudolf Otto Meyer gestimmt, da dies die einzige Firma in Deutschland mit Erfahrungen auf diesem Gebiete sei. Eine Breslauer Firma (Körting) habe in Neukölln eine Warmwasserheizung ausgeführt, wir wollen eine Dampfheizung haben. Außerdem werden von der bewilligten Million, 650 000 Mark für Umbau, Neuanschluß und andere Arbeiten aufgewandt, die ausschließlich von Breslauer Firmen oder der städtischen Verwaltung ausgeführt werden. 350 000 Mark seien das Streitobjekt.

Stadtv. **Wolf** (Dem.): Erfahrungen auf dem Gebiet der Fernheizung liegen noch so gut wie gar nicht vor. So groß sei das Unglück allerdings nicht, wenn ganze 350 000 Mark an die Hamburger Firma gehen. In dem hiesigen Zeitungsfeldzug werde von Millionen gesprochen.

Stadtv. **Braune** (Nat.) tritt warm für die von Stadtbaurat Zillmer vertretene Ansicht ein. Man könne die Verantwortung nicht übernehmen, die Ausführung der Fernheizung an die hiesigen Firmen zu vergeben. Ein Vertreter einer dieser Firmen habe ihm selbst zugestanden, er könne die Verantwortung für das vorbildliche Funktionieren einer solchen von seiner Firma auszuführenden Anlage nicht übernehmen!

Stadtv. Otte (Soz.): Die Ausschreibung ist nicht mehr möglich, da lange Studien jedem Entwurf vorausgehen müssen und das Werk im Oktober in Betrieb genommen werden müßte. Außerdem wolle die Hamburger Firma nur 5 bis 6 eigene Fachleute und außerdem 100 bis 150 Breslauer Arbeiter beschäftigen.

Stadtv. **Voigt** (Soz.) tritt noch einmal stark für sofortige Vergebung des Auftrages ein.

Stadtv. **Zillmer** betont, daß der Beschluß kein Mißtrauen gegen die Breslauer Zentralheizungsfirmen bedeute.

Trotzdem wird ein Antrag Halfpaap auf öffentliche Ausschreibung angenommen.

Stadtv. **Adelt** (Komm.) begründet den Antrag, daß auf keiner städtischen Dienststelle mehr als acht Stunden gearbeitet werden darf. Auf vielen städtischen Dienststellen werden Ueberstunden gemacht. Redner führte dann Einzelfälle auf.

Stadtv. **Nussert** (Soz.): Der Antrag hat seine Berechtigung. Bei Arbeitern kommen kaum Ueberstunden vor, sondern nur auf der Erwerbslosenfürsorge und auf dem Wohlfahrtsamt bei Angestellten und Beamten, die aber nie ganz zu vermeiden seien.

Stadtv. **Nolte** (Ztr.) beantragte Ueberweisung an den Finanzausschuß zur Nachprüfung der Angaben über Einzelfälle.

Stadtrat **Neukirch:** In einigen Tarifverträgen sind höhere Arbeitszeiten vereinbart. Es ist aber für alle Dienststellen durch mich bereits im November folgende Verfügung herausgegeben:

12. November 1926.

„. . . . . Wir ersuchen deshalb die Betriebe und Verwaltungen, Ueberstunden nur in dringenden Notfällen leisten zu lassen. Regelmäßige Ueberstunden und alle Nebenarbeiten dürfen von vollbeschäftigten städtischen Arbeitern in keinem Falle ausgeführt werden. Es sind dafür neue Kräfte einzustellen, und zwar zunächst aus den überzähligen städtischen Arbeitern entsprechend der Verfügung vom 27. Oktober 1926. Wir ersuchen, solche Fälle dem Arbeiterdezernat möglichst sofort mitzuteilen."

Wo Verstöße gegen diese Verordnung vorkommen, bitte ich sie sofort zu melden.

Nach Anführung weiterer Fälle von Ueberstunden durch den Kommunisten **Rohnstock** wird der Antrag an den Finanzausschuß überwiesen.

Es folgt eine Geheimsitzung.

Heute Freitag letzter Tag — 5 und 8 Uhr:

„Der schwarze Sonntag" und

„Zum Schneegipfel Afrikas"

Erwerbslose bis 5½ Uhr nachmittags 25 Pf.

Man beachte die Kritik im lokalen Teil. **Das Arbeiter-Sportkartell.**

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:

Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Telefon: Ohle 5652

Frauenleiterinnen! Es ist umgehend über die Frauenversammlungen ein kurzer Bericht abzuliefern.

Distrikt 6. Heute abend 7½ Uhr bei Glaser: Außerordentliche Distriktsversammlung. Es wird guter Besuch erwartet, da sehr wichtige Tagesordnung.

Distrikt 17. Unser Stricknachmittag findet Montag, den 28. Februar, abends 6½ Uhr, im Lokal „Weiße Weke", Oswitzer Straße 1, statt. Es wird gute Beteiligung erwartet. Die Frauenleiterin.

Distrikt 27. Heute abend 8 Uhr Funktionärversammlung bei Zeuke, Ofener Straße. Erscheinen aller Beteiligten ist Pflicht.

Abteilung Innere Stadt. Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr Funktionärversammlung bei Heider, Münzergasse. Alle Funktionäre müssen erscheinen.

Jungsozialisten. Sonnabend, den 26. Februar, im Heim: Arbeitsgemeinschaft. (Leiter E. Pollack.)

Jungsozialisten, Gruppe Scheitnig. Wir machen nochmals auf den Reisebericht vom Balkan aufmerksam, der Sonntag abend 8 Uhr in der Renderschule stattfindet.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Jugendleiter. Heut, abend, pünktlich 8 Uhr, im Heim, Gewerkschaftshaus: Sitzung. Kollege O. Pehler-Berlin ist anwesend. Die Teilnehmergebühr für den Kursus ist mitzubringen.

Funktionärkursus. Sonnabend abends 7 Uhr, sowie Sonntag von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr haben die gemeldeten Teilnehmer Zutritt. Der Kursus ist im Heim.

Buchdruckerjugend. Sonnabend ab 6 Uhr Brettspiele. Um 7 Uhr wird die Arbeitsgemeinschaft fortgesetzt. (Zimmer an der Tafel.)

Holzarbeiterjugend. Montag, 7½ Uhr, Vortrag im Jugendheim, Gewerkschaftshaus. Thema: „Allerlei aus der Naturwissenschaft". Herr Lehrer Tschöpe ist Referent.

J.d.A.-Jugend. Sonnabend im Heim 1: Burschenabend. Leiter: Jugendpfleger Genosse Grosser. Im Heim 2, Mädchenabend Leiterin: Genossin Frau Toni Simmel. — Sonntag, 3 Uhr: Nachmittagsspaziergang: Treffen: Fürstenbrücke. 7½ Uhr abends: Literarischer Abend: Ludwig Uhland (Kollegin Johanna Biow). Jeder Jugendkollege sei bestrebt, zu unseren Sonntagsveranstaltungen wenigstens einen neuen Freund einzuführen.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Achtung, Heimer! Wegen Schwierigkeiten in der Referentenvermittlung treten folgende Aenderungen im Programm ein:

Heim 1: Sozialistische Kulturaufgaben. Rooke.
„ 2: Sozialistische Kulturaufgaben. Geidel.
„ 3: Die Bedeutung des Tanzes. Kollat.
„ 4: Tagespolitische Fragen Krummschmidt.
„ 5: Mitgliederversammlung.
„ 6: Die Arbeiterjugend in der Arbeiterbewegung. Blasig.
„ 7: Heimabend.
„ 8: Sozialistische Kulturaufgaben. Kalinke
„ 9: Heimabend.

In allen Heimen werden die Sprechchormitglieder für den Sprechchor, Donnerstag, den 3. März, als Schlußtermin der Anmeldungen.

Alle Kassierer rechnen morgen abend bestimmt in der Fürstenschule die Beiträge für Februar ab. Das Heim 6 hat noch Karten vom „Schlesischen Abend" abzurechnen.

Heim 4. Sonntag vormittag Besichtigung der Bühne des Stadttheaters. Alles ist Punkt ½10 Uhr am Stadttheater. Sonntag abend Jugendvolksbühnenvorstellung im Thalia-Theater.

Heim 6. Sonntag abend Heimabend. Spiel, Tanz und Unterhaltung. Außerdem wird Walter Blasig proletarische Erzählungen vorlesen. Alles ist Sonntag Punkt 6 Uhr im Heim und alles bringt 50 Pfg. zur Jugendvolksbühne mit, da wir Donnerstag ins Thaliatheater gehen.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe 4 (Nikolaitor.) Freitag bringt jeder Lineal, Bleistift und Schere mit. Die Kinder, die Ostern aus der Schule kommen, besichtigen am Sonntag morgen die „Wernicke"-Bäckerei. Treffpunkt ½10 Uhr am Hauptlager.

Gruppe 5. Alle Sportwanderer treffen sich um ¾9 Uhr an der Markthalle Friedrichstraße. Alle müssen pünktlich erscheinen.

Vereinskalender.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau.

Fachgruppe der Zementarbeiter. Sonntag, den 27. Februar, vormittags 9½ Uhr, findet im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses unsere Monatsversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag über Bauarbeiterschutz. In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Vortrages ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Fachgruppenleiter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Klempner und Hilfsarbeiter. Sonnabend, den 26. Februar abends 7½ Uhr, im Zimmer 7 außerordentliche Branchenversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zum Ablauf des Tarifvertrages.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Das intensive Föhnstadium hat in ganz Schlesien zu kräftigem Temperaturanstieg geführt. Teilweise wurden fast 10 Grad erreicht. Die Störung WC hat zwar auf den Westen des Reiches übergegriffen, doch wird sie im Osten nur zu vorübergehender Bewölkung ohne wesentliche Niederschläge Anlaß geben. Auch dürfte die über der Nordsee entstandene Störung (9 m) nicht unmittelbar nach Norden übergreifen. Zeitweise wird sich zunächst noch Föhnwirkung geltend machen.

Aussichten für das schlesische Flachland.

Bei zeitweise auffrischendem, südlichem Winde wolkiges, teilweise föhnig-aufheiterndes Wetter. Tagsüber sehr mild, nachts vereinzelt leichter Frost.

Aussichten für die schlesischen Mittel- und Hochgebirge.

Bei starkem, südlichem Winde wolkiges Wetter, Nachtfrost, tagsüber sehr mild.

Das Wetter im Gebirge:

Schneekoppe: Schneehöhe 160 Zentimeter. Schlesierhaus: 241 bis 260, Schneebeschaffenheit: Schneedecke gleichmäßig. Sportmöglichkeit: ausgezeichnet. Wiesenbaude: 241—260, gefirnt, sehr gut. Prinz-Heinrich-Baude: 241—260 gleichmäßig, ausgezeichnet. Hampelbaude: 221—240, etwas verharscht, sehr gut. Schlingelbaude: 221—240, gleichmäßig, ausgezeichnet. Teichmannbaude: 13, etwas verharscht, sehr gut. Krummhübel: 5, etwas verharscht, mäßig. Grenzbauden: 131 bis 140, etwas verweht, sehr gut. Peterbaude: 201—220, Pulverschnee, sehr gut. Reitträger- Neue und Alte Schlesische Baude: 201 bis 220, etwas verharscht, ausgezeichnet. Schreiberhau: 25 stark verharscht, gut. Henselbaude: 241—260, etwas verharscht, gut. Bad Flinsberg: 10, vereist. Grunwald: 95—100, etwas verharscht, gut. Bad Reinerz: 30, etwas verharscht, gut. Glatzer Schneeberg (Lichtensteinhaus): 131—140, etwas verweht, gut. Glatzer Schneeberg (Schweizerei): 191 bis 200, stark verweht, sehr gut. Wölfelsgrund: 10, vereist, mäßig. Karpenstein: 56—60, etwas verharscht, gut. Bad Landeck: 13, etwas verharscht, gut. Hohe Eule: 61—70, gleichmäßig, sehr gut. Zimmermannsbaude: 51—55, etwas verharscht, gut. Silberberg: 14, etwas verharscht, gut. Hörbersdorf: 13, etwas verharscht, gut.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 25. 2. 27.	Temperatur heut früh	Temperatur Maxim. seit 24 Stunden	Temperatur Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schnee cm
Grünberg	−2	8	−1	bedeckt	S 2		
Görlitz	1	6	1	heiter	SSW 4		
Lodris Kr. Jauer							
Bad Flinsberg	5	5	0	heiter	S 3		10
Hensuderbaude	−5	−1	−8	wolkig	SW 3		241-260
Oberschreiberhau	−1	8	−1	heiter	SW 3		25
K. Schles. Baude	−3	−0	−4		NW		
Reitträgerbaude	−3	1	−6	„	SW 4		201 220
Schneekoppe	−3	−1	−7	„	SW 4		160
Dietzdorf	1	3	−2	halbbedeckt	SSW 4		
Krietern	−0	8	−1	wolkig	SO 2		
Zobten							
Bad Salzbrunn							
Friedland (Bez. Breslau)	−1	4	−2	bedeckt	S 2		10
Reinerz	−4	6	−4	wolkig	SW 2		6
Landeck	0	5	0	heiter	SSW 4		13
Reichenstein	0	6	−1		N 3		12
Zeltenberg	1	8	−1	bedeckt	SO 2		
Neiße	−1	8	−1	heiter	NO 3		
Troskau	0	8	−1	bedeckt	SO 2		
Kreuzburg	−1	5	−1		SO 2		
Kietwitz	−1	6	−1	wolkig	S 2		
Beuthen	−1	6	−1	bedeckt	S 3		

Lieben Sie Ihre Angehörigen?

Welch sonderbare Frage! Und doch! Haben Sie schon daran gedacht, wieder richtig zu sparen? Nehmen Sie sich also ein Konto bei Ihrer Sparkasse und zahlen Sie Ihr Ersparnis dort ein. Dann erst können Sie mit Recht behaupten, daß Sie gut für Ihre Familie sorgen!

Städtische Sparkasse zu Breslau.

6753

Die Arbeiterschaft protestiert!

In fünf Riesenversammlungen hat gestern die Breslauer Arbeiterschaft gegen die Politik des Hindenburgblocks protestiert. Brotwucher, Wohnungswucher und eine Riesenarbeitslosigkeit sind die Früchte dieser Politik. Die Unzufriedenheit ist allgemein, denn wer fühlte sich heute nicht durch die schwarz-weiß-roten Wahlversprechungen betrogen? Die Sparer protestieren, die Geschäftswelt protestiert gegen die Politik der Pleiten, am meisten aber hat die Arbeiterschaft Anlaß zum Protest. Allenthalben wächst die Erkenntnis, daß die Politik der Sozialdemokratie in der ersten Nachkriegszeit doch die richtige war, und so wächst unserer Partei täglich verstärktes Vertrauen zu. Auch die kommunistische Phrase verfehlt mehr und mehr ihre Wirkung. Es gibt nur eine große Partei zur Vertretung der Arbeiter- und Volksinteressen, die deutsche Sozialdemokratie!

Im „Jägerhof"

sprach Genosse Mache. Er wies zunächst darauf hin, was sich die schwarz-weiß-rote Regierung Luther, die am 19. Januar 1925 zusammentrat, für ein schönes Programm gegeben hatte. Das deutsche Volk sollte durch eine ausreichende Beschäftigung und durch ausreichende Bezahlung einer dauernden Gesundung zugeführt werden. Doch es dauerte garnicht lange, da ging das graue Gespenst der Not und Sorge um. Die Arbeiter- und Angestelltenschaft wurde von der furchtbarsten Geißel der Arbeitslosigkeit betroffen, die bis heute andauert. Am 16. Februar dieses Jahres waren in Breslau 45 000 Erwerbslose, einschließlich der Notstandsarbeiter, zu verzeichnen. Die Ursachen dieses Notstandes sind zunächst, das Fehlen des Absatzgebietes außerhalb der deutschen Grenze, das wiederum zurückzuführen ist, auf eine fehlerhafte Handels- und Wirtschaftspolitik. Breslau war vor dem Kriege einer der Hauptexporteure nach Polen. Durch die abgebrochenen Handelsbeziehungen wurde 90 bis 100 000 deutschen Arbeitern die Gelegenheit zum Arbeiten genommen. Die Kaufkraft des gesamten Volkes liegt außerordentlich darnieder und hinzu kommt noch, daß alle Waren erheblich teurer sind als vor dem Kriege. Ein weiterer Uebelstand ist die starke Proletarisierung weiter Kreise des Mittelstandes. Trotz aller dieser Momente sind die Gewinne des Unternehmertums nicht zurückgegangen, ja sie haben sogar eine Steigerung erfahren. Dieser Gewinn ist das Ergebnis einer ganz brutalen, rücksichtslosen Arbeiterausbeutung. Der Redner führte sodann einige der wichtigsten Lebensmittel an, die im Laufe der Jahre erheblich stiegen. So kostete Roggenmehl im Februar 1926 12 Pf., es stieg bis Februar dieses Jahres auf 20 Pf. Reis stieg in derselben Zeit von 20 auf 24 Pf. Raffinade stieg vom Februar 1925 bis Februar 1927 von 32 Pf. auf 36 Pf. Für dieses Nahrungsmittel ist in Kürze eine weitere Verteuerung zu erwarten. Das Vierpfundbrot, das im Februar 1925 50 Pf. kostete, kostet jetzt 76 Pf. Eine wesentliche Schuld an der Verteuerung der Lebensmittel trägt außer den hohen Gewinnen die Schutzzollpolitik. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die beantragt haben, den Roggenzoll herabzusetzen, verlangt die Rechte, daß die Schutzzölle noch erhöht werden. Was hat uns nun die jetzige Regierung gebracht, in der wiederum die Deutschnationalen tonangebend sind? Ein neues Steuerprogramm, Abbruch der Handelsbeziehungen mit Polen, bevorstehende Steigerung der Mieten. Immer wieder weist die Regierung darauf hin, daß gespart werden müsse. Hier liege sich mancher Vorschlag machen, so unter anderem auch der, daß Hindenburg mit demselben Gehalt auskommen könne, wie es Reichspräsident Ebert bezog. „Arbeiten und dienen", sagt die Regierung. Alle arbeitenden Volksgenossen aber müssen dieser Regierung mit dem stärksten Mißtrauen begegnen, und eine der Hauptaufgaben des Volkes wird es sein, die Volksrechte zu schützen. Den trefflichen Ausführungen des Genossen Mache, die den stärksten Beifall der Versammelten fanden, versuchte ein Herr Rein von der KPD mit allerhand Phrasen, die sich von selbst richteten, entgegen zu treten. Er mußte sich vom Genossen Mache manche Belehrung mit anhören, daß es insbesondere gerade den Kommunisten ganz gleich ist, mit wem sie sich verbrüdern, und sei es auch mit den Völkischen, die Hauptsache ist, es geht gegen die Sozialdemokratie.

Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratische Partei schloß Genosse Schiffer die Versammlung. Die Musikkapelle des Reichsbanners spielte zu Beginn und am Schluß.

Die Zentral-Ballsäle

waren gut besucht. Hier sprach Genosse Hugo Frey. Von den eigentlichen Ursachen unserer wirtschaftlichen Not, den Kriegswirkungen ausgehend, zeichnete der Redner ein plastisches Bild jenes ehrlichen Mühens der sozialistischen Führer, einen gangbaren Weg aus dem Elend zu suchen, in das uns die Jahre des Krieges, wie auch die Nachkriegszeit brachten. Es werde heute meist übersehen, daß unsere Voraussetzungen zur Uebernahme der Macht im Staate zum größten Teil vernichtet und die Möglichkeiten für Durchführung einer rein sozialistischen Politik durch den Zusammenbruch und seine furchtbaren wirtschaftlichen Folgen gar nicht mehr vorhanden waren. Dennoch stellten sich damals die Führer der Sozialdemokratie an die gefährdeten Punkte, um den Staat zu retten. Aber anstatt, daß sich das arbeitende Volk in dieser schweren Zeit zusammengefunden hätte, um den weichenden reaktionären Gegner vollends aus dem Felde zu schlagen, zersplitterte es sich in unseligen Bruderkämpfen. So sicher, wie wir bei einer einigen Arbeiterschaft eine bessere Zusammensetzung der Nationalversammlung erzielt hätten, ebenso sicher hätten wir heute keine Rechtsregierung, wenn Hindenburg mit Hilfe der Kommunisten zum Reichspräsidenten gewählt worden wäre. Die ewige Kritik der eigenen Volksgenossen an unserer Führung brachte uns die Fachregierung Cuno, deren Wirken durch den Ruhrkampf und die Inflation hinreichend gekennzeichnet ist. In dieser Zeit floß der größte Teil des deutschen Volksvermögens in die Taschen einiger weniger Wirtschaftsgewaltiger, die noch heute mit Hilfe ihrer Machtmittel die eigentlichen Regierer des Reiches sind. So haben wir noch immer eine gefestigte kapitalistische Wirtschaft in der Republik, die man mit radikalen Redensarten gewiß nicht aufheben wird. Die Sozialdemokratie hat sich fortgesetzt bemüht, die Bildung der preistreibenden Syndikate zu verhindern. Sie stand in diesem schweren Kampfe aber allein. Der Redner bespricht dann eingehend das Stabilisierungsproblem, die Vorschläge Schmidts und Hilferdings, die den einzig möglichen Weg zur Rettung aus dem Inflationschaos wiesen, und leitet dann zur Zollpolitik der deutschen Agrarier über, die es bisher ausgezeichnet verstanden haben, auf Kosten der besitzlosen Massen zu leben.

Die Sozialdemokratie hat im Reichstag die Aufhebung der Zölle beantragt. Die Agrarier aber wehren sich mit Zähnen und Klauen dagegen. Und so wie sich die Reaktion gegen jede Verbesserung der Wirtschaftslage stemmt, so sucht sie auch in sozialer Beziehung jeden Schritt zur Besserung zu behindern. Hinreichend bekannt ist ihre Gegnerschaft zur Zwangsbewirtschaftung des Wohnungswesens. Das Siedlungswesen ist ihr ein Dorn im Auge. Die erste große Tat der neuen Rechtsregierung ist die Erhöhung der Mietpreise. Andere Taten gleichen Geistes werden folgen. Aber diese Regierung ist der höchste Ausdruck der Uneinigkeit des deutschen arbeitenden Volkes, und jeder, der diese Uneinigkeit fördert, hat das Recht verwirkt, sich über die heutigen Zustände zu beklagen. Der Redner schließt mit einem Appell an die Versammlung, sich in den kommenden Kämpfen der Führung der Sozialdemokratie anzuvertrauen.

In der Aussprache beteiligte sich, wie stets bei solchen Gelegenheiten, der unvermeidliche Syndikalist Bleyl. Der Kommunist Reimann hatte die Stirn, Ebert und Scheidemann Begünstigung des Mordes an Rosa Luxemburg und Liebknecht zu zeihen. Sachlicher sprach sein Parteifreund Gläser, der die Einheitsfront der Arbeiterschaft im Kampfe um Brot und Leben forderte. Der parteilose Herr Donner mußte für einige Unwahrheiten die verdiente Zurechtweisung durch den Genossen Marschallek einstecken, und die Genossen Liebs und Zimmer rückten die während der Aussprache zutage getretenen kommunistischen Schiefheiten gebührend zurecht. Beherzigenswerte Worte für einen sicher nicht kleinen Teil der Versammlung fand Genossin Müssig über das Genossenschaftswesen.

Ein knappes, zusammenfassendes Schlußwort des Genossen Frey führte die Versammlung zu Ende. Eine Reichsbannerkapelle musizierte am Anfang und Schluß.

Im „Bergkeller".

Vor Eingang zur Tagesordnung spielte eine Abteilung des Reichsbanners zwei Kampflieder. Hierauf nahm Genosse Ziegler, Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, das Wort zum Vortrag über das allgemeine Thema: Wohnungswucher, Brotwucher, Arbeitslosigkeit. Wir haben seit einigen Wochen eine Rechtsregierung, die eine durchaus arbeiterfeindliche Politik treibt. Die Arbeiter spüren am eigenen Leibe, wer herrscht und das Heft in den Händen hat. Muß das so sein? — Nein! Die Arbeiterklasse hat die natürliche Mehrheit und in der Verfassung ist die Gewähr verankert die politische Macht auszuüben. Wenn die Arbeiter ihre Macht auszuüben verstünden, dann hätten sie im Reichstag die Mehrheit. Die Deutschnationalen wären nicht so stark, wenn ihnen nicht Arbeiter und ein großer Teil der Indifferenten die Stimme gegeben hätten. Wir müssen die Arbeiter aufklären. Die bürgerlichen Zeitungen verfälschen die öffentliche Meinung. Jeder politische Erfolg setzt die Einigkeit des Proletariats voraus. Ist diese vorhanden, dann können die Arbeiter alles erreichen. Wir müssen die Aufklärung soweit steigern, bis die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung davon überzeugt ist. Die Hauptsteuerlasten bringen nach wie vor die Arbeiter, Mittelstand und kleine Beamte auf: 1925 waren es 55 Prozent aller Steuern, 1926/27 aber 66 Prozent. Es ist damit nachgewiesen, daß der bürgerliche Reichstag und die Regierung die Besitzenden schont. Selbst die Steuersenkung im letzten Jahre kam nur dem Besitz zugute. 1924/25 wurden vom Besitz 2331 Millionen Mark Steuern aufgebracht. 1926/27 waren es nur 1790 Millionen. Weiter wird die Lebenshaltung der Arbeiter bedroht durch die verkehrte Handelspolitik. Auch die Rationalisierung bringt keine Verbesserung für die Lage der Arbeiter. Die Aktien der Industrie stiegen vorigen Jahres um das Doppelte gestiegen. Die Dividendenhöhe hat die der Vorkriegszeit überstiegen, die jetzige Rechtsregierung ist aber zu weiteren Streichen gegen die Arbeiter bereit. Verhandlungen über einen Vertrag mit Polen sind ausgesetzt. Die Wirtschaft im Osten, besonders in Breslau leidet durch solche Politik sehr schwer. Die Großagrarier haben Angst vor billigen Kartoffeln und Schweinen. Die Sozialdemokratie hat im Reichstag den Antrag gestellt, den Roggenpreis vorübergehend zu senken, die Großagrarier wollen nichts davon wissen.

Man geht daran, die Mieten ab 1. April um 10 Prozent, ab 1. Oktober um weitere 10 Prozent zu steigern. Trotz heftigen Einspruchs der Mieterkreise bleibt die Hirtsiefersche Verordnung bestehen. Partei und Gewerkschaften haben vor der Erhöhung der Mietpreise gewarnt. Um berechtigte Lohnforderungen durchzusetzen, versagen die Schlichtungsstellen vollkommen. Dreitausend Kartelle halten heute in Deutschland die Preise künstlich hoch. Diese Monopolpolitik verteuert die Lebenshaltung der Arbeiter, mit dem Erfolg, daß die Aktienkurse immer höher steigen. Die Parole muß sein: Zusammenschluß in Partei, Gewerkschaft und Konsumverein. Nur dann ist der Sieg der Arbeiter über die alten Verhältnisse ein endgültiger. Großer Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen. Mit drei Rednern suchten die Kommunisten aus voller Lungenkraft das Heil Moskaus an den Mann zu bringen. Sie dürften sich überzeugt haben, daß ihrer Botschaft kein Glauben beigemessen wird. Pache und Wittmann sprachen im Sinne des Referenten und geißelten die verlogene Art kommunistischer Berichterstattung. Im Schlußwort konnte Genosse Ziegler alle Einwände und Verdrehung leicht abfertigen. Unter lebhaftem Beifall und der Intonierung der Internationale leerte sich der sehr gut besetzte Saal.

Im „Letzten Heller"

sprach Genosse Dr. Eckstein vor einem gut besuchten Saale. Zahlreiche Genossen und Genossinnen aus Pöpelwitz und Siedlung, Gandau, Maria-Höfchen und Cosel waren zum Zeichen des Protestes gegen Brotwucher, Wohnungswucher und Arbeitslosigkeit erschienen, dazu die Kapelle des Reichsbanners West, die zu Beginn und zum Schluß der Versammlung dröhnend die Internationale steigen ließ. Da zufällig eine Abteilung Stahlhelmer in der Nähe des Versammlungslokales zu einem Nachtmarsch antrat, rückten sich die nationalen Jünglinge schleunigst in Bewegung, als sie die Reichsbannermusik hörten.

Genosse Dr. Eckstein, der eine treffliche Parallele zog zwischen der großsprecherischen, aber völlig unfähigen Bürgerblockregierung Luther und der jetzigen Regierungskonstellation, faßte seine überaus klaren und verständlichen Ausführungen in folgende Forderungen zusammen: Abbau der Zollgesetzgebung, Schaffung eines deutsch-polnischen Handelsvertrages, Verbilligung des Brotes. Ferner: Aufrechterhaltung des Mieterschutzes. Ablehnung der Mietspreiserhöhung, Wohnungsneubau aus den Mitteln der Hauszinssteuer, Erhöhung der Löhne zwecks größerer Kaufkraft der Massen. Besonders ausführlich befaßte sich Genosse Dr. Eckstein mit dem so brennenden Problem der Arbeitslosigkeit.

Er unterließ es hierbei nicht, den Versammelten einzuschärfen, daß in der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaftsordnung an eine durchgreifende Aenderung dieser schreienden Nöte und Uebelstände nicht zu denken ist. Es kann sich vorläufig immer nur darum handeln, das Maß des Elends, das auf dem Proletariat liegt, zu verringern. Erst die klassenlose sozialistische Ordnung, die uns als letztes Ziel vor Augen steht, kann uns eine wirkliche Befreiung bringen. Die Versammlung verlief trotz der Anwesenheit einiger Kommunisten durchaus harmonisch und war ein voller Erfolg.

In der „Wratislawia",

am Mauritiusplatz, herrschte eine derartige Ueberfüllung, daß viele Genossen und Genossinnen leider keinen Einlaß finden konnten. Landtagsabgeordneter Genosse Winzer erläuterte in anderthalbstündigen kernigen Ausführungen unsere Forderungen gegen Zollwucher, Mietserhöhung, Hausbesitzerhabgier und jedwede Beschränkung des Freihandels. Er sagte der jetzigen Bürgerblockregierung schärfsten und rücksichtslosesten Kampf an und fand am Schluß die einmütige Zustimmung der Versammlung.

In der freien Aussprache, die sehr lebhaft war, meldeten sich auch einige Kommunisten, um sich teilweise in verstiegenen Ausführungen zu ergehen, die überaus langweilig wirkten. Die Versammlung war geschlossen der Ansicht, daß nur die kampferprobte zielsichere S.P.D. den Aufstieg der Arbeiterklasse gewährleistet.

Arbeiter-Samariter, 1. Abteilung.

Sonnabend, den 26. Februar, abends 6 Uhr, Abteilungs-Versammlung bei Müller, Friedrich-Wilhelmstraße 67. Vortrag des Herrn Dr. Baek. Pflicht jedes Mitgliedes ist, bestimmt zu erscheinen.

Die Strafvollstreckung an Jugendlichen.

Die Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge veranstaltete unter Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Dr. Fränkel am Mittwoch im Schwurgerichtssaale des Landgerichtes eine Versammlung, die sich eines Massenbesuches zu erfreuen hatte. Strafanstaltsdirektor Baupel, Leiter der Jugendabteilung im Gefängnis in Kletschkau, fand in seinem Vortrag: „Die Strafvollstreckung an Jugendlichen", viel warme und verständnisvolle Worte über seine Erfahrungen, die er in seiner 35jährigen Tätigkeit in Strafanstalten an Jugendlichen gesammelt hat. Wenn der Vortragende immer wieder die Liebe und die Milde in den Vordergrund beim Erziehungsstrafvollzug stellte, so dürfte er damit nicht nur seine eigenen Erfahrungen gemacht haben, sondern er wird auch erkannt haben, daß gerade diesen Gestrauchelten nur selten im Leben Liebe entgegengebracht worden sein dürfte, sondern nur harte Worte; daß aber auch häufig Eltern durch übernommene Vorurteile die Schuld daran tragen, daß Kinder auf Abwege gerieten.

Der Redner wies zunächst darauf hin, daß im Jahre 1900 das Jugendfürsorgegesetz erlassen wurde; im Jahre 1922 das Jugendwohlfahrtsgesetz, 1923 das Jugendgerichtsgesetz; ferner die Reichsgrundsätze für die Strafart für Jugendliche und 1926 schließlich das Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz- und Schundliteratur. Unter das Jugendfürsorgegesetz fallen alle Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren und im weiteren Sinne die Jugendmänner zwischen 18 und 21 Jahren. Oftmals wird bezweifelt, ob die Strafmilderungen, die bei Jugendlichen angewandt werden, dem Sühnegedanken entsprechen, zumal es sich auch bei Jugendlichen oftmals um furchtbare Taten handelt. So befinden sich in der Jugendabteilung in Breslau acht Räuber und Mörder im Alter von 16 bis 18 Jahren, die geradezu bestialische Taten begangen haben und einige von ihnen sogar zwei Morde begingen. Die Strafen, die sie zu verbüßen haben, sind 15 resp. 10 Jahre Gefängnis. Ueber die Ursache, die so junge Menschen zu so schweren Verbrechern werden ließ, führte der Redner einige Fälle aus der einschlägigen Literatur an, indem er Gefängnisärzte und Psychiater sprechen ließ. Diese führen die Ursache auf die Zeit der Pubertät zurück, in die Zeit der erwachenden Leidenschaften, die besonders dort, wo keine sorgsame Erziehung bestand, keinerlei Hemmungen finden. Ein weiteres Uebel ist der Genuß von Alkohol. Bei fast allen jugendlichen Straffälligen beginnt die Verwahrlosung in der Pubertätszeit und auch die sogenannten Dummenjungenstreiche sind auf dieselbe Quelle zurückzuführen. Durch eine verständnisvolle Erziehung sollten solche Ansätze nach Möglichkeit beseitigt werden, damit aus solchen Menschen noch nützliche Mitglieder der Gesellschaft werden. Der Jugendfürsorge liegt es ob, die Beweggründe zu der Straftat zu untersuchen, Ermittelungen über das Vorleben des jungen Menschen oder eventuelle Verfehlungen festzustellen, um dann den Gestrauchelten in die richtigen Bahnen zu lenken. Viele von ihnen sind weder belastet, noch minderwertig, sie kamen zu der Tat durch Kinobesuch, Schundliteratur oder durch die Sucht, berühmt zu werden.

Der Vortragende zeigte sodann an Beispielen aus seiner eigenen Praxis, wie die meisten Jugendlichen durch Liebe, Milde und Geduld stark zu beeinflussen und zur Besserung zu bringen sind. Und deshalb ist das Ziel der Jugendfürsorge der Erziehungsstrafvollzug. In Deutschland gibt es fünf Anstalten für männliche Jugendliche, nach Hamburg mit 650 Plätzen kommt Breslau mit 303 Plätzen. Solche für weibliche Jugendliche bestehen nicht; für diese sind nur besondere Abteilungen in den Gefängnissen. Soll jedoch wirkliche Erziehungsarbeit an den Jugendlichen geleistet werden, so müssen diese eine Zeitlang in der Anstalt verbleiben, und es wäre zu wünschen, daß unter einem sechsmonatigen Aufenthalt niemand aus der Anstalt herausgeht. Zu begrüßen wäre es auch, wenn die größten Strafanstalten hauptamtliche Fürsorger bekommen würden, denen die nötigen Fürsorger und Fürsorgerinnen zur Verfügung stehen.

Als eine der Hauptaufgaben der Fürsorge bezeichnete es der Redner, den meist unterernährten Jugendlichen eine ordentliche Kost zu verabfolgen und in dem gesunden Körper dann einen gesunden Geist heranzubilden. Deshalb ist von besonderem Wert eine gut ausgewählte Bücherei. Durch moderne Lehrbetriebe in den Anstalten könnten die jungen Menschen auf einen späteren Beruf vorbereitet werden. Das „Du" dem Jugendlichen gegenüber hält der Vortragende deshalb für angebracht, weil es das väterliche, kameradschaftliche Verhältnis zwischen dem Fürsorger und dem jungen Menschen mehr betont.

In einer längeren Aussprache wurde eingehend die Frage der hauptamtlichen Fürsorger diskutiert und außerdem auch bedauert, daß es an Arbeitsaufträgen fehlt. Der Vortragende stellte zum Schluß noch eine weitere Fortsetzung seines Themas in Aussicht.

Wie die Frau war, ist, und wie sie sein soll,

lautete das Thema, das Genosse Gabriel in der Frauenweihestunde im Distrikt Gräbschen behandelte. Der Saal des „Jägerhof" war dicht gefüllt. Der Vortrag, der von musikalischen Darbietungen und Rezitationen proletarischer Kampfgedichte umrahmt war, fand bei den rund dreihundert Anwesenden reichen Beifall. Genosse Gabriel zeigte in seinen Ausführungen, daß die Frau von jeher gegenüber dem Mann sehr zurückgesetzt war. In vergangenen Zeiten mußte die Frau den gesamten Lebensunterhalt durch ihre Arbeit heranschaffen, während der Mann nur zur Jagd, zum Kampf, oder meist nur zum Liegen auf der Bärenhaut verpflichtet war. Auch in der modernen Zeit ist die Frau immer noch minderen Rechtes gewesen, und hatte in der Gesetzgebung kein Wort mitzureden. Aber gerade die rücksichtslose Kampflust des Mannes brachte den Frauen etwas Freiheit. Nach dem Zusammenbruch des gegenseitigen Mordens der Männer haben die unterdrückten Schichten des Proletariats, die selbst viele Jahrzehnte unterdrückt waren, den Frauen das Wahlrecht gebracht. Leider wissen die Frauen immer noch nicht, ihre Rechte zu wahren. Wie könnte es sonst möglich sein, daß Frauen die Parteien vom Zentrum bis nach rechts wählen, die stets und auch heute noch auf dem Standpunkt stehen, daß die Frauen nichts in der Politik zu suchen haben. Nur die Sozialistische Partei kann die Interessen der Frau so vertreten, wie es notwendig ist. Die Frau hat die Zukunft in Händen, sie muß so erzogen werden, daß sie auch ihre Kinder mit der nötigen Sorgfalt für den Kampf im täglichen Umgang erzieht, und mit dem notwendigen Wissen über die Gesellschaft versieht.

Die gelungene Rede wirkte sich auch sofort praktisch aus, vier Aufnahmen in die Partei waren zu verzeichnen. — Ein Trutz- und Kampflied, gemeinsam gesungen, bildete den Abschluß der geistigen Bildung des Abends. Ein Vertreter des Sportklubs „Felsenfest" brachte zum Ausdruck, daß ein gesunder Geist nur in einem gesunden Körper wohnen kann. Wie dieser zu schaffen ist, zeigten Aufführungen der Kinder und Erwachsenen des „Felsenfest". Lebende Bilder bildeten den Abschluß dieses Teiles der Weihestunde. Die Frauenleiterin des Distrikts brachte zum Ausdruck, daß der Distrikt stets bestrebt sein wird, den Kreis der aufgeklärten Frauen zu erweitern, und sagte den Mitwirkenden für die Unterstützung dieser Bestrebungen besten Dank. Musikalische Darbietungen vereinigten die Anwesenden noch einige Stunden.

Neuerwerbungen der Stadtbibliothek.

Leihstelle Roßmarkt 7/9. Geöffnet werktäglich 9 bis 2 Uhr.

Arnold, E.: Die ersten Christen nach dem Tode der Apostel. 26. — Kern, O.: Die Religion der Griechen. I. 26. — Pestalozzi, J. H.: Sämtl. Werke, hrsg. v. A. Buchenau, E. Spranger, H. Stettbacher. I. II. 27. — Quellen und Studien zur Jugendkunde, hrsg. v. Ch. Bühler. I—V. 22—27. — Schriften für Erwachsenenbildung. Hrsg. v. R. v. Erdberg. I. 26. — Arbeitsgerichtsgesetz. Erl. v. Dersch u. Volkmar. 27. — Einkommensteuergesetz. Erl. v. A. Hollaender. 26. — Krüger-Herbot: Das Mietnotrecht in Preußen. 27. — Adler, M.: Der Marxismus als proletarische Lebenslehre. 2. Aufl. 26. — Bielasiki, K.: Grundriß der Krüppelfürsorge. 3. Aufl. 26. — Brigl-Matthias, K.: Das Betriebsrätproblem. 26. — Gumplowicz, L.: Grundriß d. Soziologie. 26. — Mon, Henri: Die Intellektuellen und der Sozialismus. 26. — Marlow, J.: Geschichte der russischen Sozialdemokratie. 26. — Muhs, K.: Anti-Marx. I. 27. — Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. I, 1—3. 26. — Der Norden in d. bildenden Kunst Westeuropas. Heidnisches u. Christliches um das Jahr 1000. Hrsg. von J. Strzygowski. 26. — Clara Schumann, Johannes Brahms. Briefe aus den Jahren 1853—1896. Hrsg. von B. Litzmann. I. II. 27. — Eberhardt, S.: Der Körper in Form u. Hemmung. 26. — Die tägliche Turnstunde. Von H. Kindermann u. W. Schnell, unt. Mitarbeit von ... 26. — Kriegstechnik der Gegenwart. Hrsg. v. M. Schwarte. 27. — Balázs, B.: Der sichtbare Mensch. Eine Film-Dramaturgie. 2. Aufl. 26. — Burbach, K.: Schlesisch-böhmische Briefmuster aus der Wende d. 14. Jhdts. 26. — Jellinek, M. H.: Geschichte der goth. Sprachen. 26. — Rostand, M.: L'Aiglon. 26. — Wilamowitz-Moellendorff, U. v.: Die Heimkehr des Odysseus. 27. — Wolf, E.: Petrarca. 26. — Köhler, B.: Allgemeine Trachtenkunde. I. II. 00—01. — Das Nahen des Weltkrieges. 1912—1914. — Ritti, F.: Bolschewismus, Faschismus u. Demokratie. 26. — Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge. (II—XII.) 23—24. — Probszt, G.: Die Stadt Wien. 26. — Rosenthal, E.: Geschichte Niedersachsens. 27. — Tschernikower, V.: Die hellenistischen Städtegründungen von Alexander d. Gr. bis auf die Römerzeit. 27. — Wentzke, P.: Im neuen Reich 1871—1890. Bd. Briefe aus dem Nachlaß liberaler Parteiführer. 26. — Die Alpen. Hrsg. v. Hans Schmithals. M. e. Einl. v. E. Kalkschmidt. 26. — Braun, G.: Deutschland. 2. Aufl. I. 26. — Dacqué, E.: Paläogeographie. 26. — Wegener, G.: Im innersten China. 26. — Zelenin, D.: Russische (ostslawische) Volkskunde. 27. — Petras, P.: Auf Grünbergs Nebenhügeln. 26. — Nabecke, Ch. v.: Wölfelsgrund. 26. — Regell, P.: Das Riesen- und Isergebirge. 2. Aufl. bearbeitet von O. E. Meyer. 27. — Wolfram, H.: Aus der Lade der Maurer- und Steinhauer-Innung zu Breslau. 1475—1925. 25.

Von der Not verführt.

Als der Arbeiter W. im August vorigen Jahres auf seinem Polizeirevier einige Schriftstücke zur Abstempelung vorlegte, wurden diese angehalten und bei der Nachprüfung stellte sich heraus, daß die beiden vorgelegten Rechnungen von Familienangehörigen des W. geschrieben worden waren. W., der sich in einer erheblichen Notlage befand, wollte an die Eisenbahn ein Gesuch um Notfallsunterstützung richten, doch mußte er dies mit entsprechenden Unterlagen begründen. So schrieb seine Frau eine Rechnung über 36 Mark aus, die eine Bedienungsfrau verlange und der Sohn schrieb den Mahnbrief eines Gastwirts, wonach dieser eine Forderung von 182 Mark für geborgtes Geld und gelieferte Waren habe. Die Not war deshalb in der Familie eingezogen, weil der Ehemann, der 22 Jahre bei der Eisenbahn gearbeitet, im Jahre 1925 bei einem Unfall eine schwere Verletzung der Wirbelsäule erlitt und bis zur Festlegung der Rentenansprüche ohne Unterstützung war. Hierzu kam eine schwere Krankheit der Frau und die Arbeitslosigkeit zweier Söhne. Wegen Urkundenfälschung und versuchten Betruges standen nun am Dienstag W., seine Frau und sein Sohn vor dem Großen erweiterten Schöffengericht. Mit Rücksicht auf die Ursachen zu der Straftat erkannte das Gericht gegen W. auf zwei Wochen, gegen Frau und Sohn auf je eine Woche Gefängnis, auch wurde ihnen Strafaussetzung bewilligt.

Zur Eingemeindung.

Die Gemeinde Rosenthal hat den ihr von der Stadtgemeinde Breslau vorgelegten Eingemeindungsvertrag einstimmig angenommen.

Die Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart.

Dieses Buch, geschrieben von Richard Lipinski, muß von jedem Funktionär der Partei gelesen werden. Gebunden kostet es 1,50 Mark, broschiert 1 Mark. Zu haben im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Zimmer 37, II.

Kommunalpolitischer Kursus.

Fortgang des Kursus morgen, Sonnabend, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses. Erster Vortrag von Genossen Stadtrat Tilch. Die Kursusteilnehmer werden gebeten, dies zu beachten und vollzählig zur Stelle zu sein.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele.

Die bekannte Filmgesellschaft „Ufa" hatte in letzter Zeit eine Expedition ausgerüstet, die sich zur Aufgabe gestellt hatte, die ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika, besonders Ostafrika, zu bereisen. Die Ausbeute dieser Expedition ist ein Film, der gegenwärtig im Gewerkschaftshause vorgeführt wird. Der Bildstreifen zeigt, wie sich mitten in Afrika Mittelpunkte der Zivilisation entwickelt haben, wie immer mehr von der Küste her die Eisenbahn in die Wildnis dringt und wie ein Stück Romantik nach dem anderen verschwindet. Der Film schildert weiter den traurigen Zustand der einst so blühenden Kolonie Deutsch-Ostafrika. Leider hält sich an dieser Stelle der Bildstreifen zu eng an die tendenziöse Verfechtung einer deutschen Kolonialpolitik. Man würde es auch lieber sehen, wenn einzelne Bilder, wie das des Generals Lettow-Vorbeck, fortgefallen wären. Der weitere Film veranschaulicht einen kühnen Streifzug durch die ostafrikanische Steppe mit der Besteigung des Kilimandscharo. Nach Jagden auf Nashörner, Krokodile, Flußpferde und Löwen vollzieht sich der Aufmarsch der Expedition zum Bergmassiv, auf dem sich der Gipfel des Kilimandscharo erhebt. Grandiose Aufnahmen gewähren uns einen Einblick in das Innere des Kraters und auf die endlose ostafrikanische Steppe.

Als weiterer Bildstreifen läuft neben der Ufa-Wochenschau der bekannte russische Film „Der schwarze Sonntag", der eine blutige Episode aus der Arbeiterbewegung in Rußland zum Gegenstand hat. Dem Regisseur dieses Films ist es gelungen, ein Werk von wuchtiger Wirkung zu schaffen. Die fortwährenden Kämpfe zwischen den Arbeitern und den Unternehmern werden überaus anschaulich geschildert. Von besonders nachhaltigem Eindruck sind die Bilder, welche die Demonstration der Petersburger Arbeiter zum Winterpalais zeigen. Auch in diesem Bildstreifen ruht die Handlung weniger auf einzelnen Personen als auf der Zusammenballung der Masse, die der eine große Akteur in diesen Szenen ist. Der Besuch wird empfohlen.

---

* **Gen. Prof. Dr. Marck** legt sein Stadtverordnetenmandat nieder, da er mit wissenschaftlichen Aufgaben stark überlastet ist und insbesondere eine größere Arbeit aus dem Gebiete der Theorie des Sozialismus vollenden will, die seine ganze Kraft auf längere Zeit hinaus in Anspruch nimmt.

* **Die Polizeistunde zu Fastnacht**, also in der Nacht vom 1. zum 2. März, ist im Ortspolizeibezirk Breslau auf 4 Uhr morgens festgesetzt worden.

* **Der Stellmacher Hermann Reichelt**, Gandauer Straße 61, der bei dem Steinsetzobermeister Wilhelm Scholz aus Dürrgoy in Stellung war, bittet uns, mitzuteilen, daß er mit dem Stellmacher Ernst Reichel, der bei dem Steinsetzmeister Karl Scholz gearbeitet hat, und Arbeitslosenunterstützung bezog, nicht identisch ist.

* **Die Feuerwehr** mußte gestern nachmittag, kurz vor 2 Uhr nach Graben, Ecke Poststraße, ausrücken. Durch Unvorsichtigkeit beim Ableuchten mit offenem Licht war in einer im 2. Stock gelegenen Wohnstube ein Bettgestell mit Inhalt, die Fenstergardinen und einige Einrichtungsgegenstände in Brand geraten. Abends gegen ½11 Uhr erfolgte ein Alarm nach Kohlenstr. 3. Hier war durch eine schadhafte Schornsteinreinigungstür Papier und Gerümpel in Brand geraten. Beide Feuer konnten mit der Eimerspritze abgelöscht werden.

* **14. Ziehungstag Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.** Wie uns die Lotteriebank Arndt, Breslau 5, Schaus Tauentzienplatz, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: **200 000 Mark** auf Nr. 86 610. **100 000 Mark** auf Nr. 342 416. **10 000 Mark** auf Nr. 138 748., **5000 Mark** auf Nr. 166 531 282 051. **3000 Mark** auf Nr. 11 682 113 140 162 511 194 982 257 951 299 189. **2000 Mark** auf Nr. 77 367 106 521 127 857 225 363 237 144 274 593 283 623 285 700 333 893. **1000 Mark** auf Nr. 9759 22 201 55 887 104 053 112 171 137 473 143 851 162 420 176 803 172 046 200 025 203 257 204 703 269 022 286 324 298 358 299 306 291 624 313 529 328 661 320 917 346 919.

* **Vermißt** wird seit 17. Februar der Student Ernst Knappe, geboren am 24. Januar 1902 zu Kunzendorf, Kreis Löwenberg, hier, Gartenstraße 3 wohnhaft gewesen. Er ist 1,80 Meter groß, schmächtig, hat volles, dunkelblondes Haar, bleiche Gesichtsfarbe, hohe Stirn, blaugraue Augen, vollständige Zähne und etwas geblickte Haltung. Bekleidung: graugrünlicher Filzhut, grauen Wintermantel, hinten mit Gurt, blaues Jackett und Weste, hell und dunkelgrau gestreifte Hose und schwarze Schnürschuhe. Trägt Taschenuhr bei sich. Nachrichten über den Verbleib des Vermißten erbittet die Kriminalpolizei, Breslau, Schuhbrücke 46, Zimmer 10/11.

* **Gestohlen** wurde am 21. Februar gegen 4½ Uhr nachmittags von einem Rollwagen auf dem Blücherplatz eine Kiste Süßstoff, ferner am 22. Februar, gegen 2 Uhr nachmittags, ebenfalls von einem Rollwagen auf der Hummerei eine Korbflasche mit Himbeersaft. Angaben zur Ermittelung erbittet das Polizeipräsidium, Zimmer 55. Belohnung zugesichert.

Breslauer Produktenbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 24. Februar gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur in Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln und Sämereien, die sich nachstehend Breslau verstehen). Tendenz: Getreide Still. — Kartoffeln: Infolge Frostwetters kein Geschäft, daher keine Notierung. — Futtermittel: Behauptet. — Mehl: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)

Getreide	24	23	Oelsaaten:	24.	23.
Weizen 75 kg†)	27,00	27,00	K. Winterraps	—,—	34,00
Weizen 71 „ §	26,30	26,30	Leinsamen	—,—	37,00
Roggen 71 „ †	25,90	25,90	Senfsamen neu	—,—	40,00
Roggen 68 „ §	25,10	25,10	Hanfsaat	—,—	25,00
Hafer*)	19,20	19,00	Blaumohn	—,—	86,00
Braugerste §)	24,00	24,00			
Mittelgerste	19,00	19,00			
Winter-Gerste*	19,00	19,00			

†) Gute Qualität. §) Durchschnitts-Qualität. *) Mittlere Art und Güte.

§§ Feine Ware über Notiz.

Futtermittel. Nachstehende amtliche Preise für Futtermittel verstehen sich für 100 Kilogramm Parität Waggon frei Breslau für ganze Wagenladungen.

	24	22		24	22
Weizenkleie	14,00-15,50	14,00-15,50	Malzkeime	15,00-16,00	15,00-16,00
Roggenkleie	15,00-16,00	15,00-16,00	Trockenschnitzel	12,50-13,00	12,50-13,00
Leinkuchen	21,75-22,75	21,75-22,75	Weizenkleie-melasse	11,25-11,75	11,25-11,75
Rapskuchen	17,50-18,50	17,50-18,50	Viertreber-melasse	12,00-12,50	12,00-12,50
Palmkernkuchen	19,00-20,00	19,00-20,00	Palmkern-melasse %	11,50-12,00	11,50-12,00
Sesamkuchen	23,50-24,50	23,50-24,50	Lorbeermelasse %	—	—
Kokoskuchen	19,75-21,75	19,75-21,75	Mais	19,50-20,50	19,50-20,50
Palmkernschrot	18,25-19,25	18,25-19,25	Sojaschrot ca. 44 %	22,00-23,00	22,00-23,00
Reisfuttermehl 24	16,00-17,00	16,00-17,00			
Kartoffelflocken	28,50-29,50	28,50-29,50			
Biertreber	15,75-16,75	16,00-17,00			

Gerstenkleie 17,00—19,50
Sonnenblumenkuchen (46 %) 17,00—18,00.
Baumwollsaatmehl (50 %) 21,00—22,00.
Erdnußkuchen (50 %) 22,00—23,00

Amtliche Notierungen für Mühlenerzeugnisse für 100 kg

	24	23.		23	23.
Weizenm. (70 %)	39,50	39,75	Auszugmehl	44,50	44,75
Roggenm. (70 %)	37,75	37,75			

Feinere Sorten werden höher bezahlt

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 22. Februar.

1 Pfund Sterling	20,437	100 frz. Francs	16,49
1 Dollar	4,2135	100 tsch. Kronen	12,477
100 holl. Gulden	168,18	100 schweizer Francs	81,70
100 Belga = 500 Franken	58,60	100 Peseten	70,75
100 norw. Kronen	108,93	100 schwed. Kronen	112,45
100 Danzig. Gulden	81,79	100 Pengö	73,65
100 Lire	19,85	100 öst. Schilling	59,35
100 dän. Kronen	112,31	100 Zloty	46,855

Wasserstand

25. Februar.

Ratibor	1,49	Namslau (Unter-Pegel)	2,76
Neisse (Stadt) v. 24. 2.	— 0,59	Oppelmarkt	1,97
Neissemündung (Unter-Pegel)	1,45	Abflußmenge sekundlich 121 cbm	
Brieg (Malzenkron)	2,52	Fürstenberg v. 24. 2.	1,23
Treichen	0,98	Wassertemp. + 0,2	

Arbeiter-Sport

Schwimmfest des Schwimmvereins Poseidon, e. V., am 5. und 6. März im Hallenbad.

Das Fest verspricht dieses Jahr ganz besondere Ueberraschungen auf schwimmsportlichem Gebiet. Sind doch nach den bis jetzt eingegangenen Meldungen sehr spannende Wettkämpfe zu erwarten. Mehrere Bundesmeister werden am Start erscheinen. Unter den gemeldeten Vereinen sind an erster Stelle unsere altbekannten Rivalen, die Neukölln und Görlitzer Schwimmer, zu nennen. Neben diesen werden auch die Dresdener Schwimmer, die mit ihren Leistungen an die der Erstgenannten bestimmt heranreichen, vertreten sein. So werden die stattfindenden Einzelkämpfe und Staffetten mit ihrer zahlreichen und guten Besetzung gewiß die größten Ueberraschungen erwarten lassen. Einen Anwärter auf die ersten Plätze heute zu nennen, ist bei dieser Besetzung unmöglich. Die genannten Vereine werden auch beim Wasserballspiel einander gegenüberstehen und man darf gespannt sein, wie die Poseidon-Schwimmer, die den Winter zu eifrigem Training benutzt haben, hier abschneiden werden. Die A-Klasse verspricht also guten Sport. Aber auch für die B-Klasse-Schwimmen sind zahlreiche Meldungen eingegangen. Liegnitz und Waldenburg (die mit ihren Schwimmern schon im letzten Sommer zu den besten Hoffnungen auf Ebenbürtigkeit mit den Breslauern Anlaß gaben), Schweidnitz und Goldschmieden; alle diese Vereine werden mit ihren Schwimmern und Schwimmerinnen am Start erscheinen und auch hier werden interessante Wettkämpfe zu sehen sein. Neben diesen Wettkämpfen wird aber auch den volkstümlichen Veranstaltungen in genügender Weise Rechnung getragen. Ein Kunstreigen, geschwommen von den weiblichen Mitgliedern des „Poseidon", ist in Vorbereitung. Einzel- und Gruppenspringen, Rettungsvorführungen, Trainingsübungen und Wasserscherze werden in die Reihe der zahlreichen Wettkämpfe die nötige Abwechselung bringen, so daß der Besuch des Festes jedem Interessenten am Schwimmsport nur zu empfehlen ist. Die Eintrittspreise werden volkstümlich gehalten. Wir bitten unsere Freunde und Gönner des Schwimmsports schon heute, sich die Tage freizuhalten.

Handball-Vorschau für Sonntag, den 27. Februar.

Wieder stehen am Sonntag, den 27. Februar, interessante Treffen auf dem Programm! Poseidon muß nach Gandau, um gegen den dortigen Verein anzutreten. Gandau, die langsam ihre alte Form wiederfinden, werden den Schwimmern einen harten Kampf liefern. Der Ausgang des Treffens ist ungewiß. Neukirch empfängt auf seinem Platz die 4. Abt. Mit einem Siege des Platzbesitzers ist jedenfalls zu rechnen. Ebenfalls als knappen Sieger erwartet man die 7. Abt. über die 1. Abt. In Tschansch stehen sich zwei alte Rivalen gegenüber, die sich schon so manche Schlacht geliefert haben; die 5. Abt. tritt dort der 6. Abt. gegenüber. Hier den Sieger im voraus zu bestimmen, ist schwer.

Bei der Jugend ist ebenfalls mit Ueberraschungen zu rechnen; die 4. Abt. wird den Sieger gegen Neukirch stellen. 7. Abt. und 1. Abt. werden sich ein schönes Spiel liefern, aus dem die 1. Abt. als Sieger hervorgehen wird. Die Begegnung 6. Abt. — 5. Abt. ist ziemlich ungewiß.

In der B-Klasse sind die Treffen so zusammengestellt, daß die Spitzenvereine Sieger werden. Nur das Spiel Poseidon — Gandau kann eine Ueberraschung bringen. Sämtliche Spiele finden wegen des Fußball-Großkampfes vormittags statt.

Achtung! Sprechchor zur Jugendkundgebung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Alle Jugendgruppen senden Sonnabend abend, 8 Uhr, nach dem Bootshause der Freien Rudervereinigung, Am Weidendamm 24, ihre Teilnehmer. Pünktliches Erscheinen ist notwendig. Auch über 18 Jahre alte Bundesgenossen sind willkommen.

Touristenverein „Die Naturfreunde", e. V. Sonntag, den 27. Februar. Fahrt nach Wildschütz. (Auf verschwiegenen Pfaden an der Weide). Führer: Bittner. Treffpunkt 7 Uhr Fürstenbrücke. — Donnerstag, den 3. März, Vereinsversammlung. (Arno-Holz-Abend.) — Jugendgruppe (Bender-Oberrealschule.) Dienstag den 1. März, Freund Berg über ästhetisches Wandern. Dienstag ist letzter Tag zum Abholen der Theaterkarten.

Gruppen freier Menschen im V.V., E. V. Sonntag treffen wir uns zur Besichtigung des Altertumsmuseums um ½11 Uhr am Ring (Siegessäule). Karten für die nächste Theatervorstellung am 5. März sind bei Genossen W. Biener zu haben.

Arbeiter-Athleten-Verein Breslau. Sonntag, den 27. Februar, pünktlich vormittags 8¾ Uhr, Monatsversammlung im Vereinslokal. Außerordentlich wichtige Punkte der Tagesordnung machen das Erscheinen aller Sportgenossen Pflicht. Mitgliedsbücher der Partei und Gewerkschaft sind zubringen.

Arbeiter-Schachverein Breslau. Sonntag, den 27. Februar, wird abends 7½ Uhr, im Arbeiter-Schachheim (Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses) ein Simultanspiel stattfinden. Schachgenosse Lorenz wird an zirka 15 Brettern gleichzeitig spielen. Alle Schachspieler sind dazu besonders eingeladen.

Fußballsparte. Donnerstag, den 3. März, abends 7 Uhr, im Zeichensaal der Anderssenschule Besprechung über die gemeinsame Jugendkundgebung am 19. März im „Schießwerder". Sämtliche Jugendleiter sowie Jugendmannschaften müssen restlos zur Stelle sein.

Bezirksjugendausschuß.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute, Freitag, 8 Uhr, gelangt die burleske Operette „Mikado" oder „Ein Tag in Titipu" in einer der Faschingszeit Rechnung tragenden vollständigen Neubinzenierung mit Varieszene, Flugzeug, Radio, Reklame u. a. m. zur Aufführung.

Lobetheater. Heute abend zum letzten Male: „Bonaparte", von Unruh. Sonnabend zum ersten Male: „Ein besserer Herr", Lustspiel von Walter Hasenclever, in der Inszenierung des Intendanten Paul Barnay als Faschingsvorstellung.

Thaliatheater. Heute zum letzten Male: „Ollapotrida" und „Maria Magdalena". Sonnabend findet die Erstaufführung von Ben Jonsons Komödie „Volpone" in der Nachdichtung von Stefan Zweig statt.

Schauspielhaus. Heute, Freitag, und täglich gelangt „In der Johannisnacht", die neue Operette von Jean Gilbert, zur Aufführung.

Familien-Anzeigen

Am 23. Februar verschied nach langem, schwerem Leiden unsere liebe **Mitarbeiterin**

Elfriede Seidel

geb. **Herzog.**

Wir bewahren ihr ein ehrendes Andenken. 165

Die Kolleginnen u. Kollegen des Kartonnagen-Werkes der Halpaus-Zigarettenfabrik G.m.b.H.

Beerdigung: Sonnabend, den 26. Februar, nachm. 2 Uhr, von der Halle des St. Heinrichfriedhofes, Strehl. Chaussee.

Die Einäscherung meiner lieben Frau

Berta Wagner

findet erst **Dienstag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr,** im Krematorium Gräbschen statt. 55b

Hermann Wagner.

Flüchtlinge und Verdrängte! Gewalt und Liquidationsgeschädigte!

Oeffentl. Kundgebung

für eine gerechte Schlußentschädigung und gegen die Auflösung der Zweigstellen Breslau und Oppeln

Sonntag, 27. Februar, vorm. 10½ Uhr im Schießwerdersaale

1. Der Haager Schiedsspruch und Schlußentschädigung. Redner: Dr. Bach, Berlin.
2. Die Auflösung der Zweigstellen Breslau u. Oppeln. Redner: Polizeipräsident Liebermann, Breslau

Die Arbeitsgemeinschaft der amtlich anerkannten Interessenvertretungen:

Deutscher Ostbund. Bund der Auslandsdeutschen. Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier. Hilfsbund der Elsaß-Lothringer. 164

Achtung! Genossen! Unterstützt kleinere Geschäfte!

Jeder Künstler wird photographiert und erhält 12 Bilder gratis.

Kauft elegante Herren-Bekleidung

Konfirmanden-Anzüge 6579

Ia Windjacken • Berufskleidung nur im Kaufhaus Oderstraße 7 (Ecke).

Fleisch billiger! 6580

Prima Rindfleisch	Pfd.	0.90 und	1.00 Mk.
ohne Knochen	"		1.20 "
Gehacktes	"		1.60 "
Kalbfleisch	"	1.10 und	1.20 "
Schweinefleisch	"	1.00 und	1.10 "

Paul Weidlich, Fleischermeister

Tel. Stephan 35569 :: Lohestraße 42.

Bettfedern

(böhmische Landware), auch ungeschlissene

sehr billige, fertige Betten

empfiehlt zu allerbilligsten Preisen 6532

Bettfedernhaus Liebich

Neue Taschenstraße 1a, 1. Etage

(Kein Laden) dicht am Stadtgraben

Bettfedern

Fertige Betten, Bettwäsche, Eiserne Bettstellen für Kinder und Erwachsene, Polstermatratzen, Chaiselongues reell und preiswert

Teilzahlung gestattet!

Möbelhaus, Tauentzienstr. 51 früher Weidenstraße 7

Elegante Mäntel

von 2 Mk. an, sowie Neuanfertigung billigst

Zander, Schiffbrückstr. 26, I.

Buchdruckerei Volkswacht

Flurstraße 4/6

Tausende von Gegenständen zu unseren Einheitspreisen

50 ₰ 25 ₰

Die neuen Schlager:

2 Pfd. Ia Kais. Auszugmehl	50 Pf.	1 Zigaretten-Etui vernickelt	25 Pf.
1 Servierschürze weiß	50 Pf.	1 Spiegel mit Holz u. Nickelrahmen	25 Pf.
1 Wirtschaftsschürze kar.	50 Pf.	2 Messinguntersätze	25 Pf.
1 Anhänger echte Goldauflage, m. echt Antilopperle	50 Pf.	100 Bog. Butterbrotpapier	25 Pf.
1 Paar Ohrringe echt Silberbügel	50 Pf.	1 Bild mit Rahmen	25 Pf.
1 Rauchgarnitur 3teil., echt Messing	50 Pf.	1 Kohlenschaufel mit Holzgriff	25 Pf.
1 Messing-Tablett rund od oval	50 Pf.	1 Schock Wäscheklammern	25 Pf.
1 Brotkorb Messing oder Emaille	50 Pf.	1 Drahtuntersatz	25 Pf.
1 Römer geschliffen	50 Pf.	1 Durchschlagsieb	25 Pf.
6 Kompotteller	50 Pf.	2 Kompottschüsseln	25 Pf.
1 Kehrschaufel Emaille	50 Pf.	3 Likörgläser	25 Pf.
1 echt Alpaka-Messer, Gabel oder Löffel	50 Pf.	1 Flasche Parfüm	25 Pf.
1 Bilderrahmen 21, mit brt Goldleiste	50 Pf.	2 Stück Blumenseife	25 Pf.
1 Kammgarnitur bestch aus 1 gr. Kamm, 1 Staubkamm, 1 Taschenkamm mit Hülse	50 Pf.	3 Aluminium-Gabeln oder Eßlöffel	25 Pf.
1 Zirkelgarnitur	50 Pf.	6 Aluminium-Teelöffel	25 Pf.
1 Laubsägegarnitur	50 Pf.	1 Kinderhandtasche	25 Pf.
1 bunter Ball 3½ Zoll Durchmesser	50 Pf.	1 Eßbesteck m. Holzgriff	25 Pf.
		1 Tfl. Ia. Schokolade 100 g	25 Pf.

Werter Genosse!

In Deine Wohnung gehört das Bild des Mannes, der unermeßlich Großes für die Interessen Deines Standes getan hat, **das Bild August Bebels!** Auch Du hast ab und zu ein Geschenk zu machen, sei es zu Familienfesten, sei es in Deiner Vereinstätigkeit.

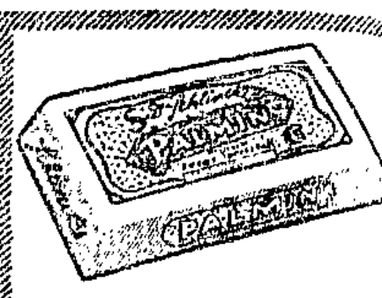
Mache ein Geschenk von Wert, gib das Bild des großen Arbeiterführers **August Bebel.** Schön gerahmt, in Größe 34×43 cm, kostet es bei uns nur **5 Mk.,** die Du in 10 Raten à 50 Pf. (Buchkarte) bezahlen kannst.

Zeige Klassenbewußtsein — **Klassenstolz!**

(Auswärts zuzüglich 50 Pf. Porto auf Postscheckkonto Breslau 5258.)

Volkswacht-Buchhandlungen

Neue Graupenstraße 5. Neue Taschenstraße 11.



Warnung!

Es gibt viele Nachahmungen, aber nur ein Palmin!

Palmin

Das reine Cocos-Speisefett zum Kochen, Braten und Backen

Palmin nur echt in Paketen mit der Aufschrift „Palmin" und dem Namenszug Dr. Schlinck

Alleinige Hersteller: H. Schlinck & Co. A.G. Hamburg

Während unserer

Billigen Woche

gute und billige Bekleidung

für

jedermann 6552

Messow & Weidschmidt G.m.b.H. Schmiedebrücke

Für die Frauen

Menetekel?

In Deutschland stirbt alle fünf Minuten ein Mensch an Tuberkulose. 80 Prozent davon sind Schattenmenschen, das heißt werden in Wohnungen von einem Raum geboren und sterben solcher Enge. 58 Prozent an offener Tuberkulose Leidende teilen ihr Bett mit einer oder gar zwei Personen, und 72 Prozent dieser Armen leben — nein vegetieren in dunklen, feuchten, meistens unzulänglichen Wohnungen.

In Deutschland fehlen neun Millionen Betten. 89 Prozent der Volksschüler haben kein eigenes Bett. 50 Prozent verbringen Kindheit, Jugend und Alter — wenn sie es erleben — in Hinterhäusern und engen Höfen. In Deutschland sind ein Drittel aller Krankenbetten mit Geisteskranken und Schwachsinnigen belegt. Opfer widriger Verhältnisse belasten sie Staat und Gemeinden in immer stärkerem Ausmaße

In den Krankenhäusern schwillt die Zahl der Betten für geschlechtskranke Kinder beängstigend an Nicht erblich belastete, infizierte Kinder im engen Zusammenleben mit geschlechtskranken Erwachsenen. In der Medizinischen Wochenschrift schreibt ein bekannter Dermatologe: „Ueberfüllte und verkommene Wohnungen tragen die meiste Schuld. Die Menschen hausen käfigartig zusammen. Jeder Schutz des Kindes ist ausgeschlossen und unrettbar verfallen sie den Wirkungen solcher Wohnzustände."

In Deutschland werden nach dem statistischen Reichsbuch 400 000 Ehen geschlossen. Nur knapp 10 Prozent der jungen Leute haben das Glück, eine eigene Wohnung zu beziehen. Der ungeheure Rest verschwindet in Unterwohnungen und Menschenställe. In Dobra-Niederschönweide wohnen Menschen in Erdlöchern und Höhlen. In Hannover steckt man die Wohnungslosen in ausrangierte Eisenbahnwagen. In Greifswald belegt man baufällige, erdgeschössige Häuser von 76 Quadratmetern mit 9 Hausbewohnungen. In Hamburg haben wir das Gängeviertel. Und in diesen Tausende von Kindern 150 Prostituierte und ebensoviel Kinder leben in jeder Straße des Sanierungsgebietes friedlich nebeneinander. Wirklich friedlich, denn die Prostituierten haben eine offene Hand für Kinder. Man baut Heime für gefallene Mädchen — erweitert die Abteilungen der Strafgerichtshöfe — fordert Millionen für neue Gefängnisse und Zuchthäuser — schafft einen neuen Strafvollzug, um den nie versiegenden Strom unbedingt schuldig Gewordener aus diesen Höfen und moralischen Menschenfallen aufzunehmen.

In Deutschland werden jährlich Milliarden Goldmark in Alkohol und Zigaretten verbraucht. Der Lebensgenuß der gebildeten Stände wird zum Opiat „Nicht-denken-wollen" der Déklassierten.

In Deutschland haben wir einen Wehretat von zirka 1 Millionen. Der Schießverbrauch für Uebungszwecke beläuft sich auf 38 Millionen. Aber Deutschland hat kein Geld für höhte Erwerbslosensätze.

In Deutschland haben wir eine kapitalistische Wirtschaftsform mit allen modernen Auswirkungen. Zwei Millionen Erwerbslose sind die grausame Konsequenz einer schlechten Konjunktur. Dutzende von Selbstmorden täglich, verzweifelte Verarmungen wie Leiferde, zahllose gesetz- und moralwidrige Handlungen erschüttern Recht und Gemeinschaft.

8000 Kinder wurden bereits 1924 durch Autos und den modernen Verkehr gemordet Man baut Reichsehrendenkmäler, Zeppeline für den Nordpol, aber keine Kinderhäuser und Tageheime für die gefährdeten Kleinen, unbeaufsichtigte Schulkinder und arbeitslose Jugend 56 000 Jugendliche wanderten 1925 brotlos- und mittellos Berlin zu Trotz vorzüglicher Organisation konnten nur 5897 Arbeit vermittelt und 2536 der Heimat zugeführt werden. Wo blieb der Rest?

Und Opfer fallen unerhört!! Antonie Kähler.

Frauen und Arbeitsschutzgesetz.

Der soeben veröffentlichte Entwurf für ein Arbeitsschutzgesetz stellt sich dar als Teil einer geplanten umfassenden Ordnung des gesamten Arbeitsrechts, von dem wichtige Materien gleichfalls zunächst durch Teilgesetze geregelt werden sollen, die sämtlich in einem Arbeitsgesetzbuch zusammenzufassen wären. Das ermöglicht die Erledigung besonders dringlicher Fragen, die bei einer gleichzeitigen Regelung aller Fragen in einem umfassenden Gesetzwerk hinausgezögert werden würden, bietet freilich auch die Gefahr, daß bei später erlassenen Gesetzen ein Gegensatz zu den bereits vorhandenen entsteht, sodaß hier wieder Abänderungen nötig werden und dadurch eine dauernde Rechtsunsicherheit entsteht. Unter den Materien, die einer Sonderregelung unterliegen, sind gerade solche, die Frauen besonders nahe angehen. Aus dem vorliegenden Entwurf scheiden die Heimarbeiter aus, für welche die Regelung durch das Hausarbeitsgesetz erfolgt, ferner die Hausgehilfen, für die das seit langem vorbereitete Hausgehilfengesetz in Aussicht genommen ist. Es wäre jedenfalls nötig, dieses Gesetz gleich mit dem Arbeitsschutzgesetz zu erledigen, damit die Hausangestellten nicht länger einer ihr Arbeitsverhältnis endgültig regelnden und sie genügend schützenden Rechtsordnung entbehren.

Der Entwurf beschränkt sich auf die öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnisse, das heißt, das Gesetz soll die Grenzen bestimmen „die dem Arbeitgeber bei Verwertung fremder Arbeitskraft vom Staate im öffentlichen Interesse gezogen werden". In private Verträge greift der Entwurf grundsätzlich nicht ein. Demnach erwachsen zunächst nicht dem einzelnen Arbeitnehmer Rechte aus den Vorschriften, sondern der Staat geht bei einer Verletzung gegen den die Schutzbestimmungen nicht beachtenden Arbeitgeber vor, indem er ihn unter Aufsicht stellt, ihn zu einer Aenderung seines Verhaltens zwingt oder ihn bestraft. Hier machen aber die Bestimmungen über Mutterschutz eine Ausnahme. Während sechs Wochen vor und nach der Niederkunft sollen weibliche Arbeitnehmer berechtigt sein, die Arbeitsleistung, zu der sie nach dem Arbeitsvertrag verpflichtet sind, zu verweigern, ohne daß ihnen der Vertrag gekündigt werden darf. Schwangere Frauen sollen nicht zur Leistung von Ueberstunden verpflichtet sein, die sonst unter gewissen Bedingungen verlangt werden könnten, zum Beispiel im Nahrungsmittelgewerbe, wenn die Gefahr des Verderbens der Rohstoffe zu den Nahrungsmitteln vorliegt.

Ein besonderer Teil des dritten Abschnittes des Gesetzentwurfes regelt den „erhöhten Schutz für weibliche und jugendliche (das heißt noch nicht achtzehnjährige) Arbeiter". Für Arbeitnehmer zwischen sechzehn und achtzehn Jahren gibt es einige Sonderbestimmungen hinsichtlich der Nachtarbeit. Außerdem enthält dieser Abschnitt noch Vorschriften über arbeitsfreie Zeiten, Ruhepausen, Höchstgrenze der zulässigen Verlängerung der Arbeitszeit und Kinderschutz. Die arbeitsfreie Zeit soll bei weiblichen und jugendlichen Arbeitern mindestens elf Stunden ununterbrochen dauern. Die „angemessenen" Ruhepausen sollen bei vier- bis sechsstündiger Arbeitszeit mindestens eine Viertelstunde, bei längerer Arbeitszeit entsprechend mehr betragen. Aus wichtigen Gründen sollen jedoch gewisse Ausnahmen zulässig sein. Hervorzuheben ist, daß Arbeitnehmer während der Zeit, in der sie nach den gesetzlichen Vorschriften die Berufsschule besuchen müssen, nicht beschäftigt werden dürfen Diese Frage wird vermutlich im Lehrlingswesen eine Rolle spielen, das ja in gewissen Gewerben auch für Frauen in Betracht kommt. Unter Arbeitnehmern im Sinne des Gesetzes sind auch Lehrlinge und Angestellte zu verstehen, unter denen viele Frauen sein werden. Höhere Angestellte, Geschäftsführer und Betriebsleiter, sind jedoch nicht eingegriffen. Zu den vom Gesetz noch nicht erfaßten Berufen, an denen Frauen ein besonderes Interesse haben, gehört der des Pflegepersonals in Heimen und Krankenanstalten. Hier reichen bisher die geltenden Bestimmungen nicht aus für einen genügenden Schutz, sodaß eine baldige ausreichende Regelung im Zusammenhange mit dem ganzen Arbeitsschutzgesetz wünschenswert ist.

Nicht zur eigentlichen Rechtsordnung gehörig, aber doch wichtig sind die Vorschriften über die Durchführung des Gesetzes. Es heißt, daß Verordnungen allgemeinen Inhalts für bestimmte einzelne Gewerbe vor ihrem Erlaß den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorgelegt werden sollen, und es wäre durchaus darauf zu dringen, daß bei allen Gewerben, in denen Frauen vorwiegend tätig sind, Frauenvertretungen aus den betreffenden Arbeitskreisen als Gutachter für die jeweils zu erlassenden Ausführungsbestimmungen herangezogen werden. Henni Lehmann.

Der frühere Wohnsitz von Ellen Key in Stockholm wird am 1. April als Heim für geistig schaffende Frauen zur Förderung ihrer Studien eröffnet werden. Im Sommer sollen dort Erholung suchende arbeitende Frauen ihr Unterkommen finden, die bereit sind, dort im Sinne Ellen Keys zu leben.

Die Berufswahl der Mädchen.

Auf der Hamburger Hochschulwoche machte die Gewerbelehrerin Frau Schmidt einige Angaben über die Berufswahl der Mädchen und wies darauf hin, daß erfahrungsgemäß die meisten Mädchen für sich einen gelernten Beruf wählen. Erst wenn seine Ergreifung unmöglich ist, wenden sich die sechzehn- bis achtzehnjährigen Mädchen der Fabrikarbeit zu. Eine Möglichkeit sozialen Aufstieges ist für die Fabrikarbeiterin vor allem in der Konfektionsindustrie vorhanden, eventuell durch Ablegung der Gesellen- und Meisterprüfung. — Auch die Züricher Berufsberatung macht beachtenswerte Mitteilungen über die Berufswahl der Mädchen. Von den 970 Mädchen, die im letzten Frühjahr die Schulen des Kantons verließen, wollten 143 Verkäuferinnen werden und 131 in ein kaufmännisches Büro eintreten. 103 Mädchen wählten den Beruf der Damenschneiderin. Für alle anderen Berufe sind die Zahlen erheblich kleiner. 36 Mädchen wollten Friseurin werden. Köchin und Zimmermädchen dagegen wollten nur je zwei werden. Insgesamt ergibt sich, daß mehr als zwei Drittel aller schulentlassenen Mädchen einen Beruf ergreifen. Auch das ist ein Beweis dafür, wie sich die Stellung der Frau im Leben in den letzten Jahrzehnten geändert hat.

„Das Gesundheitsbuch der Frau".

Der bekannte Sozialhygieniker, Genosse Prof. Grotjahn-Berlin, hat bei J. H. W. Dietz ein Buch betitelt: „Das Gesundheitsbuch der Frau" mit besonderer Berücksichtigung des geschlechtlichen Lebens erscheinen lassen. Das Buch wendet sich nicht nur an unsere Frauen und Töchter, sondern auch an die heranwachsende Mannschaft, um dieser zutreffende Kenntnis von den Tatsachen und Vorgängen des geschlechtlichen Lebens zu vermitteln. Nach dem Grundsatz, daß man besser für seine Gesundheit durch rechtzeitige Kenntnis der Tatsachen und Vorgänge des geschlechtlichen Lebens sorgen kann, indem man eher den sachverständigen Arzt aufsucht, ist das Buch sehr zu empfehlen. Er will dem Leser die Pflichten klar machen, die der Frau aus den Eigentümlichkeiten des weiblichen Körpers und seiner Funktionen erwachsen. In dem ersten Teil behandelt der Verfasser die allgemeine Körperpflege. Leider sind die berechtigten Forderungen im hygienischen Idealstaate, wie z. B das tägliche Bad für jeden einzelnen Menschen, noch in weite Ferne gerückt In leicht verständlicher, flüssiger Sprache vermittelt er Kenntnisse der Anatomie des weiblichen Körpers, gibt Ausführung über die Hygiene, der Bekleidung und der Körperpflege. Er berichtet dann weiter, für den Laien genügend ausführlich, über die werdende Mutter, Geburt und Wochenbett. Man erfährt Wissenswertes über die Pflege des Neugeborenen. Ausführlich geht er auf den Geburtenrückgang, Zweikindersystem ein und fordert das Dreikinderminimalsystem, natürlich unter besonderer Fürsorge des Staates in Gestalt von Elternschaft- und Kinderrentenversicherung und anderen sozialen Maßnahmen. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der kranken Frau, wobei auch die Folgen der Abtreibung behandelt werden und die Forderung der Abschaffung des § 218 aufgestellt wird. Nach Ausführungen über regelwidrige Entbindungen, Geschlechtskrankheiten und Frauenkrankheiten an sich, behandelt der dritte Teil die pflegende Frau bei Erkrankungen ihres Kindes, bei Unglücks- und Krankheitsfällen in der Familie bis zum Eintreffen des Arztes. Zum Schluß noch Gesundheitliches über Essen und Trinken und einige schematische Bilder der weiblichen Geschlechtsorgane. Das Buch orientiert in bester Weise den Laien über die gesunde und kranke Frau und ist zur Anschaffung sehr zu empfehlen. Dr. med. Kleemann

Das linkshändige Kind.

Viele Kinder gelten als ungeschickt, weil niemand erkannt hat, daß sie Linkshänder sind. Die Kinder selbst sehen, daß sie hinter den anderen in ihren Leistungen zurückstehen, und das Gefühl ihrer Untüchtigkeit verstärkt ihre Unbeholfenheit. Manche Begabungen verkümmern, und die Kinder wachsen zu unbefriedigten und unfrohen Menschen heran. Aufmerksame Mütter aber könnten hier viel verhindern und den Lehrer, später vielleicht auch den Lehrmeister, auf die Veranlagung hinweisen.

Bis etwa zum Schulbeginn bevorzugen die meisten Kinder weder die rechte noch die linke Hand. Der häufige Gebrauch der linken Hand veranlaßt ja gerade zu der ständigen Mahnung, „das schöne Händchen" zu geben, den Löffel in die „richtige Hand" zu nehmen usw. Man schätzt die Zahl der Menschen, die eine ausgesprochene Veranlagung zur Linkshändigkeit haben, auf etwa zehn von hundert, also einen nicht gar so kleinen Prozentsatz. Da sie jedoch immerhin in einer erheblichen Minderheit sind, so ist es selbstverständlich, daß man sich im Gemeinschaftsleben auf die stärkere Betonung der rechten Seite einigt, z. B. beim Ausweichen und Ueberholen, beim Bau von Werkzeugen und Maschinen, bei der Anbringung von Hausgerät, wie Türklinken, Griffen und dergleichen mehr. Nur begeht man den Fehler, über das praktisch Notwendige hinauszugehen und die Linkshänder auch dort gedankenlos zu vergewaltigen, wo es ganz gleichgültig ist, mit welcher Hand etwas getan wird. Man sollte beispielsweise das kleine Kind ruhig mit der linken Hand seine Perlen auf die Schnur ziehen lassen, wenn ihm das leichter fällt als mit der rechten Hand. Das Kind bekommt ohnehin noch genug Gelegenheit, die Rechte zu trainieren — schon allein durch den Zwang, in der Schule mit der rechten Hand schreiben zu müssen.

Auch wenn ein achtjähriges Mädchen immer noch am liebsten mit der linken Hand näht, sollte die Mutter es ruhig gewähren lassen. Vor allem muß sie darauf achten, daß das Kind, gleichviel mit welcher Hand, das Beste leistet, was es nach seiner Begabung leisten kann, und nicht das Gefühl bekommt, daß Linkshändigkeit ein Fehler ist, etwas, dessen man man sich schämen müßte. Die Altersgenossen in der Schule und in der Lehrstelle pflegen mit ihren Hänseleien nicht zu sparen. In diesem Falle sollten die Eltern helfen, indem sie zu ihrem Kinde etwa sagen: „Lasse sie nur hänseln! Wenn du mit deiner linken Hand etwas Ordentliches schaffst, so wirst du sie noch einmal alle beschämen!" Nichts ist ja bei der Erziehung eines Kindes, das irgendwie von der Norm abweicht, so wichtig, wie die Verhütung von Minderwertigkeitsgefühlen. Selbstvertrauen ist die Vorbedingung nicht nur für das seelische Wohlbefinden, sondern auch für die Entfaltung der Fähigkeiten, die in den einzelnen Menschen gelegt sind.

Frauenbewegung in Indien.

„Die Ersten werden die Letzten sein und die Letzten die Ersten" An dies Schriftwort mahnt die Tatsache, daß im Herzen Europas einige Länder, die sich mit Stolz fortschrittlich und demokratisch nennen, dem weiblichen Teil ihres Volkes Rechte verweigern, die den so lange eingeengten, fast in Sklaverei gehaltenen Frauen ferner Länder vielfach schon gewährt werden. Noch heute hat die Französin, hat die Schweizerin — um gerade zwei fortschrittliche Demokratien zu nennen — keinerlei Wahlrecht, selbst nicht für die Kommune. Im Gegensatz hierzu sind in Indien die Frauen zu einer Reihe von Provinzialparlamenten zugelassen worden. In Madras, Bombay, Assam und Burma wurden bei den letzten Wahlen weibliche Kandidaten aufgestellt, freilich das erstemal noch mit geringer Mehrheit geschlagen, weil ausreichende Unterstützung durch die Parteien fehlte. Unter diesen Kandidatinnen ist besonders erwähnenswert Frau Kamaladevi, die Gattin des Musikers und Dichters Harindranath Chatopadhyaya, die erste Hindufrau, die für ein politisches Amt kandidierte, und deren vielseitige Bildung, künstlerische Veranlagung und politische Schulung in Berichten hervorgehoben wird.

Neuerdings haben auch die gesetzgebenden Körperschaften von Dunjab und Panjab mit ansehnlicher Mehrheit die volle Gleichberechtigung der Frauen angenommen. Um diese theoretischen Fortschritte in die Praxis umzusetzen, hat die sehr rege politische „Vereinigung indischer Frauen" beantragt, daß in jeder Provinz mindestens vier Frauen in der 130 Mitglieder zählenden Provinziallammer Sitz und Stimme haben sollen. Den Vertreterinnen von Frauenforderungen eröffnet sich ein weites Arbeitsfeld. Einer der wichtigsten Punkte ist die Heraufsetzung des Heiratsalters und des Schutzalters. Bisher sind die kindlichen Ehefrauen noch schweren Leiden ausgesetzt, und das besondere Problem der zahllosen jugendlichen Witwen, die nicht wieder heiraten dürfen, ist ungelöst, obgleich hier und da ein Internat für solche bedauernswerten Kinder errichtet worden ist. Noch immer finden sich Kinder in großer Zahl in öffentlichen Häusern. Neu ist es, daß diese Probleme in großen öffentlichen Frauenversammlungen ganz rückhaltlos erörtert werden, wobei die Frage der Bekämpfung der Prostitution im Mittelpunkt der Agitation steht, ferner die Forderung, das Heiratsalter auf mindestens 14 Jahre zu erhöhen. Es dürfte übrigens allgemein wenig bekannt sein, daß nach dem Gesetze Großbritanniens auch in England heute noch für Mädchen ein Heiratsalter von 12 Jahren zu Recht besteht.

Groß ist die Zahl der indischen Besucherinnen höherer Schulen. Rechtsanwältin und Aerztin haben sich eingebürgert, ebenso die Frau als Laienrichter Das auf dem Lande ehedem fast unentwickelte Schulwesen macht Fortschritte, und in einigen der ärmsten Gegenden wurden unter Leitung von Lehrerinnen Tagesschulen nach dem Familiensystem eingerichtet. Eine indische Frauen-Zeitschrift „Stri Dharma" führt einen unerschrockenen Kampf — kurz, es ist ein ungeheurer Fortschritt der indischen Frauen innerhalb des letzten Jahrzehnts zu verzeichnen. Auch in der revolutionären Bewegung für Indiens Unabhängigkeit spielen die Frauen eine bedeutsame Rolle, und einige der Vorgeschrittensten sind zweifellos reif dafür, in einem freien Indien an führender Stelle zu stehen. A. S.—K.

Für stillende Mütter,

die in Fabriken arbeiten, hat man an verschiedenen Stellen in England bemerkenswerte Einrichtungen geschaffen. So hat die Stadt Hove Wagen eingerichtet, in denen Milch und Speisen umhergefahren werden, aus denen Frauen, die in Fabriken arbeiten, sich für einen geringen Preis beköstigen können. Ebenso können arbeitende Frauen gegen Bescheinigungen, die von der Stadt ausgestellt werden, und gegen Entrichtung eines äußerst geringen Preises (22 Pf) in bestimmten Gasthäusern auf Kosten der Stadt eine gute Mahlzeit erhalten. Seit der Einführung dieser Einrichtung ist dort die Säuglingssterblichkeit bereits von 28 auf 9 Prozent gesunken. In der Stadt Dundee, die ebenfalls in Gasthäusern, und zwar schon für 15 Pf., solche Mahlzeiten verabfolgen läßt, ist die Sterblichkeit sogar von 25 auf 5 Prozent heruntergegangen. Auf Grund dieser günstigen Erfahrungen beabsichtigt die „Soziale Vereinigung", einen Gesetzentwurf einzubringen, der den Städten die Schaffung solcher Einrichtungen zur Pflicht macht.

Sarggeburten.

Der hervorragende Berliner Frauenarzt, Professor Dr. W. Liepmann, hielt kürzlich auf dem Konferenzabend des Deutschen Instituts für Frauenkunde einen von Film-Vorführungen begleiteten, aufsehenerregenden Vortrag über das Problem der Gebärfähigkeit der aus dem Körper der Mutter entfernten Gebärmutter. Es handelt sich dabei um eine von der Frauenkunde schon mehrfach beobachtete, aber in ihren Ursachen und Wirkungen bisher noch nicht genügend erforschte Erscheinung, die in der wissenschaftlichen Literatur unter der Bezeichnung „Leichen- oder Sarggeburt" bekannt geworden ist. Es ist in vereinzelten Fällen vorgekommen, daß Frauen, die während des Geburtsaktes gestorben sind, noch ein Kind zur Welt gebracht haben. Für diese Erscheinung hat man die Erklärung gefunden, daß die gebärenden Organe während des Todes der Mutter angespannt waren, nach dem Tode erschlafften und so die Frucht von dem schon toten Körper noch ausgestoßen werden konnte. Als wissenschaftlich einwandfrei bewiesen kann man bis jetzt nur ganz wenige Fälle bezeichnen. In der Regel macht man ja heute noch den sogenannten Kaiserschnitt bei der Toten, um das Kind am Leben zu erhalten.

Professor Liepmann hat — wie in seinen Filmaufnahmen in allen Einzelheiten zu verfolgen war — einer schwer tuberkulösen Frau die Gebärmutter operativ entfernt und sie in Watte gebettet, möglichst warm gehalten und der weiteren Entwickelung überlassen. Die Gebärmutter hat dann die Gebärtätigkeit fortgesetzt und schließlich auch die Frucht ausgestoßen. Ueber die Ursachen dieses Vorganges waren die Teilnehmer an dem Konferenzabend sehr verschiedener Meinung. Liepmann hält es für wahrscheinlich, daß die Gebärmutter ein inneres, selbständiges Zentrum besitze und beruft sich dabei auf ähnliche Wahrnehmungen und Erfahrungen anderer berühmter Frauenärzte. Darüber hinaus machte er die überraschende Mitteilung, daß er im Naturhistorischen Museum in Stuttgart das 150 Millionen Jahre alte Skelett eines Ichthyosaurus untersucht und dabei eine versteinerte Gebärmutter gefunden habe, die außerhalb des Körpers eine Frucht ausgestoßen hatte. Es scheint hier also die Entdeckung einer zeugenden Kraft des tierischen und menschlichen Organismus vorzuliegen, deren wissenschaftliche Untersuchung und Erklärung für die Frauenheilkunde von ungeheurer Wichtigkeit werden kann.

Die Errichtung von Heimen für alleinstehende Frauen

wird von einer Baugenossenschaft in Gera in der Form beabsichtigt, daß jede Teilnehmerin eine abgeschlossene kleine Wohnung mit Küche erhält Die nicht zu verzinsenden Hauptanteile der Bausummen sollen von Stadt und Staat getragen werden. Zur Deckung des Restes der Baukosten wollen die Geraer Frauenvereine, die in einer sozialen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen sind, verzinsbare Darlehen aufnehmen.

Gewerkschaftsbewegung.

Ventile auf!

Seitdem die Bürgerblockregierung am Ruder ist, sieht es so aus, als ob da maßgebende Stellen ganz vergessen haben, daß es in Deutschland ein ungeheures Massenarbeitslosenelend gibt. Dieses Massenarbeitslosenelend ist das Kardinalproblem der deutschen Sozialpolitik. Nichts rührt sich aber bei der Bürgerblockregierung, um diesem Elend auf den drei von den Gewerkschaften gewiesenen Wegen mit neuen kräftigen Maßnahmen zu begegnen. Alles stockt — in der Arbeitsbeschaffung, in der Lohnfrage und in der Arbeitszeitbewegung.

Als vor einigen Wochen die Arbeitslosenziffer sprunghaft wieder in die Höhe ging, bekam es das Reichsarbeitsministerium etwas mit der Angst zu tun; man sprach von einer „Erweiterung der Arbeitsbeschaffung". Jetzt sieht es aber ganz so aus, als ob man sich mit einer Vermehrung der Aufträge der Reichsbahn und etwas verstärktem Straßenbau zunächst zufrieden geben will. Auch mit dem Reichsernährungsministerium führt das Reichsarbeitsministerium zurzeit Besprechungen über die Arbeitsbeschaffung. Das ist so ziemlich alles. Noch ein paar Tröpfchen auf den heißen Stein!

Weil in der Arbeitsbeschaffungsfrage nicht viel zu erwarten ist, hat die Arbeiterschaft mit dem Beginn des neuen Jahres den Kampf um die Stärkung der Kaufkraft der Massen durch Erhöhung der Löhne und die Eindämmung der Ueberstundenseuche durch Arbeitszeitverkürzung auf der ganzen Linie eingeleitet. Halsstarrig und unnachgiebig steht, von einigen weißen Raben abgesehen, das Unternehmertum den Lohnforderungen der Arbeiterschaft gegenüber. Was die Schiedssprüche zur Lohnerhöhung bis jetzt gebracht haben, reicht nicht entfernt aus, um der Teuerungswelle zu begegnen, die bereits im Anzug ist. Kommt es zu der Freigabe der gewerblichen Räume, so wird sich die enorme Steigerung der Mieten für Läden und Geschäftsräume in verhältnismäßig kurzer Zeit in einer scharfen Preissteigerung zu Lasten der breiten Massen auswirken. Zu dieser Last soll dann noch die Steigerung der Wohnungsmieten hinzukommen. Selbst wenn nun diese Neubelastung tatsächlich durch eine Lohnbewegung aufgefangen werden würde — wovon bei den Bettelpfennigen der bisherigen Lohnerhöhungen absolut nicht die Rede sein kann — dann ist noch immer nichts für die seit Jahren von allen einsichtigen Volkswirtschaftlern gepredigte und so bitter notwendige allgemeine Hebung der Kaufkraft der Massen getan. Diese Hebung der Kaufkraft ist aber nun einmal nach wie vor eine der stärksten Waffen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die paar Millionen, die um die Weihnachtszeit für die Beamten und Staatsarbeiter bewilligt wurden, haben es drastisch gezeigt.

Schmählich wie in der Arbeitsbeschaffung und wie in der Lohnfrage ist das Versagen der Bürgerblockregierung beim Arbeitszeitproblem. Noch immer ist der Kuhhandel um den Notgesetzerlaß nicht abgeschlossen. Am Montag nachmittag trat abermals der Unterausschuß des interfraktionellen Ausschusses der Bürgerblockfraktionen zusammen, um diesen Kuhhandel abzuschließen. Die Herrschaften können sich nicht einigen. Noch ist die Notgesetzvorlage nicht beim Reichsrat beraten worden. Am Dienstag soll der Etat des Arbeitsministeriums im Reichstag an die Reihe kommen. Will der Reichsarbeitsminister auch dann noch nicht der Oeffentlichkeit sagen, wieviel von dem Notgesetz der Gewerkschaften im Notgesetz der Regierung übrig geblieben ist? Die Arbeiterschaft hat im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung den Helm zum Sturm fester gebunden. Die Kraftprobe zwischen den Arbeitnehmern und den Unternehmern der sächsischen Metallindustrie zeigt, daß in der Arbeitszeitfrage bereits ein Guerillakrieg mit aller Schärfe eingesetzt hat. Ueberall in Deutschland, bald in dem einen, bald in dem anderen Industriezweig, wird dieser Guerillakrieg aufflackern, denn der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit kann nicht eher aufhören, bis eine fühlbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten ist.

Verstärkte Arbeitsbeschaffung, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit! Will die Bürgerblockregierung den ungeheuren Druck auf dem Arbeitsmarkt verstärken? Will sie die Ventile schließen statt öffnen? Will sie schon vor den kommenden Wahlen in die Luft fliegen?

Das nennt sich vorbildlich.

Arbeitszeiten bei der Reichsbahn.

Welch unerhörte Arbeitszeitverhältnisse bei der Reichsbahn vorherrschen, zeigt am deutlichsten der Betriebs- und Verkehrsdienst. In ihm verteilte sich die planmäßige Dauer der Arbeits- und Schichtzeit nach der Statistik der Reichsbahngesellschaft auf das Gesamtpersonal (insgesamt 425 018 Beamte und Arbeiter) wie folgt:

Dauer der Arbeitszeit wöchentlich bis 48 Stunden 3,6 Prozent des Personals, 49 bis 53 Stunden 17,9 Prozent, 54 Stunden 48,9 Prozent und 55 bis 60 Stunden 29,4 Prozent. Nach dieser Dienstdauerstatistik müssen 125 324 Eisenbahner das ganze Jahr wöchentlich 54 bis 60 Stunden arbeiten. Davon haben eine wöchentliche Arbeitszeit von 57 bis 60 Stunden 74 154 Personen = 21 Prozent dieses Personals.

Die Dauer der Schichtzeit wöchentlich bis 54 Stunden erfaßt 17 Prozent des Personals, 55 bis 60 Stunden 34,4 Prozent, 61 bis 72 Stunden 41,27 Prozent, 72 bis 93 Stunden 7,25 Prozent. Diese Arbeits- und Schichtzeiten verteilen sich dienstplanmäßig in der Regel auf die ganze Woche einschließlich Sonntag.

Während in Deutschland den übrigen arbeitenden Menschen in der Regel 52 Sonntage und eine Anzahl anderer Feiertage zur Erholung zur Verfügung stehen, müssen nach dieser Statistik 3244 Eisenbahner das ganze Jahr durchschnittlich täglich (einschließlich der Sonn- und Feiertage) 14 bis 15½ Stunden zur Verfügung der Reichsbahngesellschaft stehen und haben dafür in der Regel nur 39 Ruhetage jährlich. Nach der genannten Statistik haben 118 415 Beamte und Arbeiter der Reichsbahn jährlich weniger als 52 Ruhetage. Davon haben 38 009 nur 39 Ruhetage von durchschnittlich 32 Stunden. Die täglichen Ruhezeiten sollen beim stationären Personal mindestens acht, beim Zugpersonal mindestens zehn Stunden betragen. Diese Ruhezeiten können jedoch nach den Dienstdauervorschriften auf sechs bezw. fünf Stunden herabgesetzt werden. 53 112 Eisenbahner haben weniger als 16 Ruhesonntage; sie haben also günstigstenfalls jeden dritten Sonntag frei.

Die Leipziger Metallarbeiter nehmen den Schiedsspruch an.

Die Metallarbeiter Leipzigs haben am Mittwoch abend in neun Versammlungen zu dem letzt gefällten Schiedsspruch Stellung genommen und seine Annahme ausgesprochen.

Zur Beilegung des Lohnstreits in der schlesischen Textilindustrie

ist das Reichsarbeitsministerium nunmehr ersucht worden, die Parteien baldmöglichst zwecks Fällung eines Schiedsspruches nach Berlin zu laden.

Bei den bisherigen Verhandlungen kam es deshalb zu keinem Schiedsspruch, weil die Differenz zwischen den Forderungen der Arbeiter und dem Angebot der Unternehmer zu groß war. Die Unternehmer boten für die Zeitlöhner eine Erhöhung von 7 Prozent und für die Akkordlöhner eine solche von 5 Prozent an. Bei Spitzenlöhnen von 45 Pfennigen pro Stunde war das für die Arbeitnehmer ungenügend.

Schiedsspruch für das Berliner Bankgewerbe.

Im Berliner Bankgewerbe wurde am Mittwoch ein Schiedsspruch gefällt, der eine monatliche Gehaltserhöhung von 7½ Prozent vorsieht und den Angestellten nachträglich noch ein halbes Monatsgehalt zu Weihnachten zuspricht. Die regelmäßige Arbeitszeit wird in diesem Spruch auf 46 Stunden wöchentlich, im Bedarfsfalle 51 Stunden, festgesetzt. Arbeitsstunden über 51 werden pro Stunde mit dem 200. Teil des Monatsgehalts vergütet. Bei über 54 Stunden tritt dazu ein 25prozentiger Zuschlag in der Bezahlung.

Die Urlaubsregelung bringt Verbesserungen für die Lehrlinge, dagegen für die übrigen Angestellten-Kategorien Verschlechterungen. — Als Geltungsdauer dieser Regelung wurde der 31. März bestimmt.

Kein Ausstand im Berliner Braugewerbe.

Der für Berlin drohende Ausstand der Brauereiarbeiter ist durch das Ergebnis der am Mittwoch geführten Verhandlungen verhindert worden. Die Löhne sollen nach diesem Ergebnis ab 1. Februar um 2,50 Mark und ab 1. Juli nochmals um 1 Mark, also um 3,50 Mark, erhöht werden. Nach diesem Angebot der Unternehmer würde der gelernte Arbeiter ab 1. Februar ein Wochenlohn von 51 Mark, das Fahrpersonal einen solchen von 45,50 Mark und der ungelernte Arbeiter 44 Mark erhalten. Am 1. Juli würden die Löhne in den gleichen Gruppen betragen: 52 Mark, 46,50 Mark und 45 Mark. Insgesamt ist das Zugeständnis der Unternehmer für die gesamte Dauer des Lohnabkommens um 13 Mark niedriger, als die Forderungen der Arbeiter aus den vorletzten Verhandlungen.

Die Lohnkommission der Arbeitnehmer nahm zu dem Verhandlungsergebnis noch am Mittwoch Stellung und beschloß, den Funktionären die Annahme des Angebotes zu empfehlen. In einer anschließenden Funktionärversammlung sprachen zwar die meisten Redner für die Ablehnung. Die Annahme erfolgte trotzdem mit 156 gegen 104 Stimmen.

Ist das kein Terror?

Welchen Terror sich gewisse Unternehmerverbände erlauben, zeigt ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes für Pforzheim und Umgebung. Der Verband hat die Firma Drusenbaum in Pforzheim in eine Buße von 200 Mark genommen, weil sie wiederholt gegen die Richtlinien für die Einstellung gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen verstoßen habe. Sie hat also Arbeiter eingestellt, ohne den Verband zu fragen, und offenbar auch die Lohnfestsetzung nach eigenem Ermessen, das heißt höher, als es dem Arbeitgeberverband paßt, getroffen. Das ist die „Freiheit des Wirtschaftslebens", wie sie die Arbeitgeberverbände verstehen. Ob der Firma die Buße wohl auch auferlegt worden wäre, wenn sie die Absicht gehabt hätte, die Löhne zu drücken?

Die richtige Antwort.

Das Gewerbegericht in Karlsruhe kam in der Klagesache eines Betriebsratsvorsitzenden bei der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe zu einem merkwürdigen Urteil. Die Firma erlaubte sich dem Betriebsratsvorsitzenden gegenüber für die Zeit, in der er als Betriebsrat tätig war, einen fünfstündigen Lohnabzug pro Woche. Das Gewerbegericht lehnte den Einspruch des Betriebsratsvorsitzenden ab und gab der Firma Recht. Dieses völlig unverständliche Urteil hat die Gesamtarbeiterschaft des Betriebes auf den Plan gerufen; sie erklärte sich mit ihrem Betriebsratsvorsitzenden solidarisch und trat zum Protest gegen das Fehlurteil und die versteckte Maßregelung durch die Firma am Sonnabend früh in den Streik.

Gewohnheitsarbeit der „Einheitsfrontler".

Es wird uns geschrieben: Ueber das „System Lorenz-Preuß" wird zurzeit in der kommunistischen Presse in schamloser Form eine Hetze gegen den Einheitsverband der Eisenbahner verbreitet. Den Kollegen des Einheitsverbandes Lorenz und Preuß (Angestellte in Königsberg) wird vorgeworfen, daß sie in einer Sitzung von SPD.-Eisenbahnern die Denunziation von KPD.-Funktionären propagiert hätten. Der Vorstand des Einheitsverbandes hat über die aufgestellten Behauptungen sofort von sich aus Feststellungen eingeleitet.

Diese Feststellungen sind noch nicht ganz abgeschlossen. Es läßt sich aber bereits übersehen, daß die in dem genannten Artikel gemachten Anwürfe zum größten Teil frei erfunden sind. So haben die Teilnehmer der Sitzung, in der die behaupteten Aeußerungen gefallen sein sollen, in einer von allen einmütig unterzeichneten schriftlichen Erklärung festgestellt, daß Aeußerungen über Denunziation oder ähnliches in der Sitzung weder von Lorenz oder Preuß noch von irgendeinem anderen Kollegen gefallen sind. Andere Behauptungen in dem fraglichen Artikel können nur als Machwerke jener üblen Verdrehungskunst bezeichnet werden, wie sie von der KPD. nach dem berühmten Verfahren mit List, illegalen Methoden, Verschweigen oder Verdrehen der Wahrheit seit Jahren empfohlen und angewandt werden. Für die Zuverlässigkeit des KPD.-Berichterstatters ist schon charakteristisch, daß er nicht einmal weiß, wer die Sitzung geleitet hat.

Der Vorstand des Einheitsverbandes ist nicht gewillt, die gemeinen Anwürfe gegen Funktionäre des Verbandes einfach hinzunehmen und wird prüfen, ob die Verleumder an anderer Stelle zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Das Vorgehen der KPD. würde dann allerdings zur Folge haben, daß der Einheitsverband, gestützt auf beweiskräftiges Material, die „ideale Gewerkschaftsarbeit" gewisser KPD.-Funktionäre einmal öffentlich betrachtet.

Kommunistische Niederlage bei den oberschlesischen Metallarbeitern.

Die Betriebsratswahlen für die oberschlesischen Eisenhütten und die größeren Betriebe der weiterverarbeitenden Industrie haben in den letzten Tagen ihren Abschluß gefunden. Das Ergebnis der Mandatsverteilung ist folgendes: Der freigewerkschaftliche Deutsche Metallarbeiterverband erhält 107 Betriebsräte, der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein 16, der christliche Metallarbeiterverband 8 und die gelben Werkvereine 3. Trotz der umfangreichen Betriebseinstellungen und der damit verbundenen Arbeiter-Entlassungen, von denen in erster Linie freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter betroffen wurden, hat der Metallarbeiterverband außerordentlich gut geschlagen. Die polnischen Gewerkschaften haben auch in diesem Jahre auf die Einreichung von Listen vollständig verzichtet.

Interessant ist eine Betrachtung der gewählten Betriebsräte des Deutschen Metallarbeiterverbandes in bezug auf ihre politische Einstellung. Während noch im Jahre 1924 die Kommunisten mit Recht darauf hinweisen konnten, daß 80 Prozent ihrer Betriebsräte aus dem Bergbau und aus den Eisenhütten sich zur KPD. bekennen, hat sich jetzt bei der Hütten- und Metallarbeiterschaft eine Aenderung vollzogen. Von den 107 Betriebsräten des Metallarbeiterverbandes bekennen sich 102 zur Richtung Amsterdam und sind Mitglieder der Sozialdemokratie. Nur noch 5 Betriebsräte sind Kommunisten.

Einschränkung der Ueberstunden in Italien.

Im Juni des vergangenen Jahres wurde in Italien eine Verordnung zur Verlängerung der Arbeitszeit erlassen, der zufolge die Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft berechtigt wurden, in Betrieben, wo früher die achtstündige Arbeitszeit beobachtet wurde, die Arbeitszeit auf neun Stunden zu verlängern. Inzwischen hat die italienische Stabilisierungskrise Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit herbeigeführt. Aus diesem Grunde beschränkt eine neue im Januar 1927 ergangene Verordnung die Arbeitszeitverlängerung auf solche Fälle, wo die anerkannten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (das sind die faschistischen Korporationen) Ueberstunden gemeinsam vereinbarten und diese Vereinbarung von der Arbeitsaufsichtsbehörde oder vom Wirtschaftsministerium bestätigt wurde. In diesem Falle müssen die Ueberstunden besonders vergütet werden. So unzulänglich auch diese Einschränkung des Ueberstundenunwesens sein mag, so enthält sie dennoch die grundsätzliche Einsicht, daß das Bestehen der Ueberstundenarbeit in einer Periode von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nicht zu verantworten ist.

Verdoppelung der Zahl der weiblichen Angestellten in Frankreich.

Kürzlich wurden die Ergebnisse der französischen Berufszählung von 1921 für Angestellte veröffentlicht. Sehr auffallend ist die gewaltige Erhöhung der Zahl der weiblichen Angestellten seit 1906; ihre Zahl hat sich seitdem mehr als verdoppelt. Sie betrug 1906 in den verschiedenen Berufen 402 000, 1921 832 000, eine Zunahme um 450 000 Personen. Noch größer ist die prozentmäßige Steigerung im Handel und im Bankwesen, wo die Zahl der weiblichen Angestellten von 126 000 im Jahre 1906 auf 350 000 im Jahre 1921 stieg — eine Steigerung auf fast das Dreifache. Die Ziffern sind um so bemerkenswerter, weil zwischen den beiden Volkszählungen kaum eine nennenswerte Zunahme der Bevölkerung stattfand. Die Kriegsverluste an männlicher Bevölkerung, aber auch der Vermögensschwund breiter Rentnerschichten, die ihre im Ausland (Rußland, Balkanländer) angelegten Kapitalien verloren oder aber infolge der innerfranzösischen Geldentwertung um ihre Renten kamen, haben in Frankreich ebenso zum Zustrom weiblicher Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt geführt, wie dies in den mitteleuropäischen Ländern zum Teil aus ähnlichen Gründen der Fall war.

Soziales.

Der Aufwertungssatz bei den preußischen Sparkassen.

Unter Hinweis auf die Tatsache, daß die Sparkassen mehrerer deutscher Länder infolge gestiegener Leistungsfähigkeit dazu übergegangen seien, ihre Einlagen zu einem höheren als dem im Aufwertungsgesetz vom 15. Juli 1925 vorgesehenen Mindestsatze von 12½ Prozent aufzuwerten richtete ein deutschnationaler Landtagsabgeordneter in einer Kleinen Anfrage das Ersuchen an das Staatsministerium, eine für alle öffentlichen Sparkassen geltende, über 12½ Prozent hinausgehende Aufwertung der Sparkassenguthaben in die Wege zu leiten und dabei auch die nach dem 14. Juni 1924 zurückgezahlten Sparguthaben in die Aufwertung einzubeziehen. Falls dies nicht möglich sei, wurde das Staatsministerium ersucht, die von Gemeinden usw. beabsichtigte freiwillige Erhöhung des Mindestaufwertungssatzes zuzulassen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Antwort des Preußischen Innenministers entnimmt, ist eine über 12½ Prozent hinausgehende Aufwertung für alle preußischen öffentlichen Sparkassen mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Sparkassen und ihrer Gewährsverbände nicht möglich. Aus dem gleichen Grunde kann auch eine rückwirkende Aufwertung für die nach einem Stichtage zurückgezahlten Sparguthaben nicht angeordnet werden.

Die Aufwertung der Sparguthaben gehört zu den Selbstverwaltungsangelegenheiten der Sparkassen und ihrer Gewährsverbände. Es besteht keine Vorschrift, die eine freiwillige Höheraufwertung verbietet. Im besonderen Interessen bedürftiger und betagter Sparer trägt die Dritte Verordnung über die Durchführung der Aufwertung der Sparguthaben vom 20. Dezember 1926 Rechnung. Darüber hinaus ist den Sparkassen allgemein Entgegenkommen in besonderen Härtefällen empfohlen worden.

Erst das Vieh, dann der Mensch.

In dem Etat des Reichsinnenministeriums gibt es verschiedene interessante Posten. Bei den Ausgaben für Kulturzwecke stehen ganz dicht untereinander für die Erforschung und Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche 500 000 Mark, „für Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit 180 000 Mark."

Deutschland, Deutschland, über alles.

Ein Kammergerichtsentscheid über Mietfestsetzung.

Zu der Frage, ob die im § 3 Abs. 1 § 3 des Reichsgesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken vorgesehene Begrenzung der Miethöhe nur den allgemeinen Hundertsatz der Friedensmiete oder auch die neben ihm von den Landesregierungen zugelassenen Umlagen betrifft, hat der 17. Zivilsenat des Kammergerichts in Berlin unterm 19. November vorigen Jahres folgende Entscheidung gefällt:

§ 3 Abs. 1 des Reichsgesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken vom 1. Juni 1926 steht der Umlegung des 100 v. H. übersteigenden Gemeindezuschlags zur Grundvermögensteuer auf die Mieter nicht entgegen.

Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt macht, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, zur Beseitigung der bisher in der erwähnten Frage bestehenden Unsicherheit auf vorliegende Entscheidung in einem Runderlaß aufmerksam, der zugleich die Gründe des Entscheids beigefügt sind (Nr. 4 der „Volkswohlfahrt").

Vergeßt nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben

ZAHNCREME MOUSON
Blendend weiße Zähne
Reinen frischen Atem

Wirtschaft.

Die Konzentration in der amerikanischen Automobilindustrie.

Ihre Auswirkung: Gesteigerte Produktion — Höhere Löhne.

Die amerikanische Automobilindustrie ist der deutschen nicht zuletzt deshalb überlegen, weil sie die Automobilteilfabrikation in größtem Ausmaß konzentriert hat. So gab es im Jahre 1923 rund 2120 Betriebe, die sich mit der Herstellung von Automobilen beschäftigten. Die Anzahl der Betriebe hat sich nach einer für das Jahr 1925 vorliegenden Statistik, die soeben veröffentlicht worden ist, auf 1350 verringert.

Interessant ist nun die Auswirkung der Konzentration, die geeignet ist, falsche Anschauungen in Deutschland richtig zu stellen. Die in den Jahren 1923 bis 1925 vollzogene Umstellung führte zu folgenden Ergebnissen:

	1923 (in 1000 Dollar)	1925 (in 1000 Dollar)	Zunahme in %
Materialkosten einschließlich Heizmaterial und elektrischer Kraft .	564 107	857 889	52,1
Wertzuwachs durch den Verarbeitungsprozeß	449 005	654 087	45,7
Gesamtwert der Produktion . . .	1 013 112	1 511 976	49,2
Gesamtbetrag der Lohnzahlungen .	253 140	370 660	46,4
Kopfzahl der beschäftigten Arbeiter	163 530	226 950	38,5

Wichtig für den ganzen Prozeß ist die Steigerung des Gesamtwertes der Produktion, die rund 50 Prozent ausmacht, und des Wertzuwachses mit 45,7 Prozent. Diese Leistungen wurden erreicht mit um 46,4 Prozent gestiegenen Lohnzahlungen, während die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 38,5 Prozent stieg. Mit der umfangreichen Konzentration hat die Steigerung der Arbeiterzahl im großen und ganzen Schritt gehalten, und zwar steigerte sich die Anzahl der beschäftigten Arbeiter, wie die Zahl der Fabriken zurückging, so daß hier eine Art Gesetzmäßigkeit vorzuliegen scheint. Ermöglicht wird die ganze Entwicklung natürlich durch den größeren Absatz, der auf der zunehmenden Billigkeit der Produkte beruht, während gerade in Deutschland die Teilfabrikation immer noch das Auto verteuert.

Japan als Exportland.

Die japanische Ausfuhr hat in den letzten Jahren einen riesigen Umfang angenommen. Die japanische Industrie hat sich erst während des Krieges für die Ausnützung der Kriegskonjunktur entwickelt. Sie entstand als Großindustrie und trägt, wie eine jede Großindustrie, den Drang nach Ausdehnung in sich. Diese Industrie ist infolge der geringen Kaufkraft der japanischen Bevölkerung von vornherein auf die Ausfuhr angewiesen. Die Erträge der Landwirtschaft, die immer noch den Haupterwerbszweig Japans bildet, sind sehr niedrig, und deshalb fehlt in Japan selbst die landwirtschaftliche Grundlage für die Aufnahme der Produkte der Großindustrie. Ein Bericht des englischen Handelsamtes für überseeische Länder behandelt die rapide Erhöhung der japanischen Ausfuhr in den letzten drei Jahren. Die Ausfuhr Japans nach den Vereinigten Staaten erhöhte sich von 605 Millionen Yen 1923 (1 Yen gleich etwa 2 Mark) auf 745 im Jahre 1924 und auf über eine Milliarde Yen 1925. Die Ausfuhr nach China stieg von 272 Millionen Yen auf 348 bzw. 468 Millionen, nach Britisch-Indien von 100 auf 135 bzw. 173 Millionen, nach Holländisch-Indien von 41 auf 59 bzw. 85 Millionen, nach den malayischen Inseln von 21 auf 23 bzw. im Jahre 1925 auf 50 Millionen Yen. Neben Rohseide, dem wichtigsten Ausfuhrartikel, die vor allem von den Vereinigten Staaten gekauft wird, ist die Steigerung der japanischen Baumwollwarenausfuhr nach China und Indien außerordentlich groß. China allein kaufte 1925 von Japan Baumwollstoffe im Werte von 433 Millionen Yen, Indiens Einfuhr japanischer Baumwollstoffe stieg von 33 Millionen im Jahre 1922 auf über 70 Millionen 1925. Im ersten Halbjahr 1926 hat Japan zum ersten Male in der Geschichte eine größere Menge Rohbaumwolle als Großbritannien verbraucht, obwohl die Zahl seiner Spindeln trotz ihrer Vermehrung um 50 Prozent zwischen 1921 und 1925 kaum mehr als 10 Prozent der Spindelzahl der englischen Baumwollindustrie ausmachte. Während aber die englische Baumwollindustrie im letzten Halbjahr ihre Arbeiter nur etwa 28 Stunden wöchentlich beschäftigte, war die normale Arbeitswoche in Japan 120 Stunden, das heißt, zwei Tagesschichten von je zehn Stunden. Für die alte Baumwollindustrie der Welt, besonders für die englische, ist diese Entwickelung der japanischen Baumwollindustrie von außerordentlicher Bedeutung.

Tagung der Internationalen Handelskammer.

(Deutsche Gruppe.)

Im Verlauf der Tagung der deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer in Berlin, der der englische Handelsminister Balfour beiwohnte, machte Reichsminister a. D. Dr. Hamm recht interessante Ausführungen über die Maßnahmen der Internationalen Handelskammer zur Beseitigung der Handelshemmnisse. Die Internationale Handelskammer hat einen großen Ausschuß eingerichtet, der sich, zur intensiveren Bearbeitung der einzelnen Fragen, in verschiedene Unterausschüsse gliedert. Die zu den verschiedenen Fragen erstatteten Berichte der Landesgruppen ergaben in ihrer Zusammenstellung ein sehr wertvolles Bild von dem Zustand der Handelshemmnisse und der Stellung der Wirtschaft hierzu. Gemäß einem Beschluß des Verwaltungsrats der Internationalen Handelskammer sind sie der Wirtschaftskonferenz in Genf als Beitrag für die fortgeführten Arbeiten übermittelt worden.

Der erste Unterausschuß hat das Fremdenrecht behandelt. Grundgedanke ist dabei die Vereinheitlichung des allgemeinen Fremdenrechts. Damit ergibt sich die Möglichkeit, den wichtigsten Inhalt des allgemeinen Teils der Handelsverträge durch Kollektivverträge, an denen möglichst viele Staaten beteiligt sind, zu regeln. Der Ausschuß fordert insbesondere Abschaffung der Passiven, Freiheit des Aufenthalts, Freiheit in der Ausübung des Handelsverkehrs und anderer Berufe, (mit Ausnahme besonderer vorbehaltener öffentlicher Berufe). Gleichstellung im Eigentumserwerb und in der Stellung vor Gericht, Anerkennung der juristischen Personen und Vermeidung von Doppelbesteuerung. Der zweite Unterausschuß beschäftigte sich mit der Frage der Beseitigung von Transporthindernissen. Er befaßte sich, unter Mitwirkung deutscher Reeder, mit Seetransportfragen und hob hierbei besonders mit Nachdruck hervor, daß Privilegien und Diskriminationen der Flaggen verschwinden, die staatliche Schiffahrt abgebaut und Subsidien vermieden werden müßten.

Ein weiterer Unterausschuß beschäftigte sich mit der Frage der Ein- und Ausfuhrverbote. Er wendet sich mit Nachdruck dagegen, daß derartige Verbote aufrechterhalten werden und fordert die baldige Annahme und Ratifizierung eine vom Völkerbund 1925 hierüber aufgestellten Vertragsentwurfs. Besondere Wichtigkeit hat der Ausschuß für Zollfragen. Er empfiehlt möglichste Einheitlichkeit der Zollstatistik, betont die Nützlichkeit eines gemeinsamen Zolltarifschemas und wünscht, daß eine solche Vereinheitlichung allmählich von Industriegruppe zu Industriegruppe vorgenommen wird. Der Ausschuß wendet sich gegen eine Diskriminierung der Ware nach den Herkunftsländern und setzt sich grundsätzlich (gegenüber Wertzöllen) für spezifische Zölle ein. Der Ausschuß konnte feststellen, daß die Mehrheit der in der Internationalen Handelskammer zusammengeschlossenen Landesgruppen sich für einen Einheitstarif und für Meistbegünstigung im weitesten Sinne ausgesprochen hat.

Dr. Hamm betonte als besonders wichtig das Ergebnis der jüngsten Beratungen, die Prüfung eines österreichischen Vorschlags, unter möglichst vielen Staaten Kollektivverträge abzuschließen, die eine Zollhöchstgrenze weitmäßig festsetzen und die allgemeine Meistbegünstigung einführen.

Die russischen Getreide-Ankäufe durch die hauptsächlichen staatlichen Ankaufsorganisationen ergaben vom Anfang der Kampagne bis 31. Januar 514 097 400 Pud (gegenüber nur 382 688 500 Pud in der Vergleichszeit des vorigen Wirtschaftsjahres). Im Januar beliefen sich die Ankäufe auf 58 488 400 Pud, d. h., auf 74,6 Prozent des Planes. Am besten gingen die Käufe in der Ukraine, in Sibirien und den Wolgagebieten vor sich. An Roggen wurden im Januar 13 225 300 Pud angekauft (85,3 Prozent des Programms), an Weizen 27 978 700 Pud (82,2 Prozent), an Hafer 7 989 900 Pud (99,8 Prozent). Die Ankäufe von Gerste und Oelsamen entwickeln sich weiter schwach. An Oelsamen wurden 1 895 000 Pud (29,6 Prozent) aufgekauft, an Gerste 991 100 Pud In den einzelnen Rayons gestalten sich die Aufkäufe wie folgt: Nordkaukasus 51,3 Prozent des Planes, Ukraine 12 910 000 Pud (73,8 Prozent), Ural 4 084 500 Pud (90,7 Prozent), Kasakstan 5 410 000 Pud (93,2 Prozent), Sibirien 6 796 100 Pud (79,9 Prozent), Wolgagebiete 10 652 600 Pud (96,8 Prozent), Im Januar 1926 wurden 50 604 000 Pud angekauft, so daß der diesjährige Aufkauf, obwohl er den Plan nicht erreicht, doch das Ergebnis des Vorjahres übersteigt.

Der Hafen von Schanghai

war das Ziel des Bombardements von chinesischen Kriegsschiffen. Unser Bild zeigt den Hafen, im Hintergrunde das Hauptpostamt. Der Kampf um die wichtige Handelsstadt, die volksreichste Stadt Chinas, dürfte sich in den nächsten Tagen entscheiden.

Genossenschaftswesen.

Konsumgenossenschaftliche Großmolkereien

Mehrere Konsumgenossenschaften haben der Milchversorgung ihrer Mitglieder erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt, da es sich dabei um ein außerordentlich wichtiges, aber auch leicht verderbliches Nahrungsmittel handelt. Die Hamburger „Produktion" hat im vorigen Jahre eine vollständige moderne Molkerei in Betrieb genommen. Die Molkerei liegt bei dem Landgut der „Produktion" in Schwanheide, an der Hamburg-Berliner Bahn. Der Betrieb ist für eine Tagesleistungsfähigkeit von 20 000 Litern eingerichtet und mit den modernsten Milchbearbeitungsmaschinen versehen. Die von den Bauern angelieferte Milch wird in einem besonderen Laboratorium geprüft. Sie gelangt dann in den Milchbearbeitungsraum, wo sie durch Reinigungszentrifugen von allem Schmutz befreit wird. Anschließend daran wird sie eine halbe Stunde lang auf 65 Grad erhitzt, wodurch alle schädlichen Keime vernichtet werden, während alle für die Ernährung wichtigen Bestandteile erhalten bleiben. Durch einen besonderen Berieselungskühler wird die erhitzte Milch in kurzer Zeit auf 3 Grad abgekühlt und dann im Kühlraum bis zum Versand auf der gleichen Temperatur gehalten. Die meiste Milch wird auf Flaschen gefüllt. Für diese Arbeit ist eine große Flaschenspül- und -füllmaschine aufgestellt worden, die ein Wunder der Technik darstellt. Die Maschine reinigt bürstenlos die Flaschen, füllt sie und verschließt sie. Die Leistungsfähigkeit dieser Maschine beträgt 3500 Flaschen in der Stunde. Die auf Flaschen gefüllte Milch wird in besonderen Kühlwaggons nach Hamburg versandt und hier in den ersten Morgenstunden auf nahezu 200 Abgabestellen der Genossenschaft verteilt.

Der Versand der Milch in Flaschen ab Molkerei bietet die Gewähr, daß die Milch, wo sie in die Hände des Verbrauchers gelangt, keinerlei Veränderungen unterworfen ist. Die Milchversorgung der „Produktion" zeigt, daß große konsumgenossenschaftliche Unternehmungen auf allen Gebieten die Garantie für eine gesunde Lebensmittelversorgung bieten. — Der moderne Molkereibetrieb ist auch als Film aufgenommen.

Heranziehung der Betriebsräte zur genossenschaftlichen Arbeit in Oesterreich.

Die Gewerkschaftskommission Oesterreichs und die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine haben gemeinsam eine Organisation geschaffen mit dem Zweck der Heranziehung der Betriebsräte zur genossenschaftlichen Arbeit. Jeder Betriebsrat entsendet einen Delegierten in einen zentralgenossenschaftlichen Beirat, der versucht überall erziehend einzuwirken und zu veranlassen, daß in Betrieben, wo die Arbeitnehmer gemeinsame Einkäufe von Kohlen, Kleidern, Schuhen oder Lebensmitteln machen, diese nur bei genossenschaftlichen Anstalten besorgt werden. Die Betriebsräte haben auch eine Sparaktion durchgeführt, die die Arbeiter über die Gefahren des Ratenhandels aufklären soll. Die einzelnen Beiräte haben Probeeinkäufe in privaten Warenhäusern gemacht und dabei festgestellt, daß dort vielfach höhere Preise verlangt wurden, als der Qualität der Waren entsprochen hätte. Die Ergebnisse dieser Probeeinkäufe wurden den Betriebsräten zur Kenntnis gebracht. Die Beiräte veranstalteten Besichtigungen verschiedener genossenschaftlicher Betriebe und entfalteten eine umfangreiche schriftliche Propaganda. Zuerst bestand nur in Wien ein derartiger Beirat. Nun gibt es in fast allen Industrieorten Beiräte, die alle gemeinsam arbeiten und die ihre Zentrale in Wien haben. Der Wiener Beirat besteht aus 310 gewählten Mitgliedern. Jedes Mitglied vertritt einen der Wiener Großbetriebe. Dem Beirat in Linz ist es gelungen, den Umsatz des Linzer genossenschaftlichen Warenhauses um ein Drittel zu steigern. Die Einbeziehung der Betriebsräte in die Genossenschaftspropaganda ist außerordentlich wertvoll, da sie jene Verbindung zwischen gewerkschaftlichen Funktionären und Genossenschaftsorganisationen, die in so vorbildlicher Weise zwischen den Spitzenorganisationen der österreichischen Arbeiterbewegung besteht, herzustellen vermag.

Wollen nicht auch Sie im Winter Gemüse essen?

Wollen Sie nicht ebensogut wie andere ausgesuchte Sorten essen? Gemüse, welches von erfahrenen Küchenmeistern für anspruchsvolle Zungen eingekocht ist? Gemüse, welches dabei so billig ist, daß für den gleichen Preis heute weder Spargel, noch Bohnen, noch Erbsen frisch zu haben sind. — Verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann Konserven: Marke „Seidels mit dem Garantiering". Sie werden nie wieder etwas anderes nehmen!

Carl Seidel & Co., Konservenfabrik, Münsterberg in Schlesien

Breslau (Land)-Neumarkt.

Rosenthal. Autounfall. Am Montag ereignete sich hier ein Autounfall, der leicht schwere Folgen haben konnte. Ein Auto, das von Breslau kam, mußte eines entgegenkommenden Hindernisses wegen plötzlich stoppen. Da infolge der Witterung die Chaussee sehr glatt war, schob das Auto eine ganze Strecke und fuhr über den erhöhten Fußsteg gegen einen Lichtmast, den es mittendurch brach und gegen einen Baum. Wären diese Hindernisse nicht gewesen, so wäre wahrscheinlich das Auto die ziemlich hohe Böschung in die sogenannte Seifertlache hinuntergestürzt. Außer dem Chauffeur, der einige leichte Verletzungen an Gesicht und Händen durch Glassplitter erlitt, ist niemand zu Schaden gekommen.

Neumarkt. SPD. Die am Sonntag abgehaltene Mitglieder-Versammlung hatte einen ganz erfreulichen Besuch aufzuweisen, doch hätten, in Anbetracht des sehr lehrreichen Vortrages, die Frauen noch stärker vertreten sein können. Genossin Bochnig-Kattern referierte über „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrtsausschüsse" und führte kurz wiedergegeben aus: Im früheren Herrenstaat waren die untersten Schichten verstoßen und ihrer staatspolitischen Rechte beraubt. Nun aber darf es nicht mehr heißen, wer arm geboren ist, muß arm bleiben, sondern müssen versuchen, die Armut zu erkennen und, soweit es in unseren Kräften steht, dieselbe lindern zu helfen. Der Arbeiterwohlfahrt bietet sich auf diesem Gebiete ein großes Tätigkeitsfeld. Denken wir nur an die große Not so vieler verarmter Familien. Alle privaten Wohltätigkeitsvereine allein sind nicht imstande, die Not zu bekämpfen, besonders nicht, wenn sich diese Vereine aus sogenannten besseren Kreisen zusammensetzen, die die Not nie am eigenen Leibe erfahren haben. Ein Armer wird seine Not viel eher einem Gleichgestellten offenbaren, als Menschen, die ihm und seinen Verhältnissen durchaus fremd gegenüberstehen. Genossin Bochnig begrüßte es besonders, daß sich hierorts ein Arbeiter-Wohlfahrtsausschuß gebildet habe. An Arbeit dürfte es ihm nicht fehlen und man hoffe, daß ihm die Behörden Unterstützung angedeihen lassen werden. Nach diesem mit Beifall aufgenommenem Referat setzte eine kurze Aussprache ein, in welcher gestellte Fragen beantwortet wurden. — Als Delegierten zum Bezirksparteitag wählte die Versammlung den Genossen Ottilige. — Beschlossen wurde, am Sonnabend, den 12. März, ein Vergnügen zu veranstalten. — Der Anregung, die ältere Jugend zusammenzufassen, wurde zugestimmt. — Zum Schlusse streifte der Vorsitzende die durch die Imperialisten aller Länder heraufbeschworenen Kriegsgefahren und wies auf den seitens der Sozialistischen Internationale veröffentlichten Aufruf hin.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit.

In einem vom Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung herausgegebenen Merkbüchlein „Ratschläge zur Gesundheitspflege" werden in einem Artikel „Säuglingspflege", Zahlen über die Säuglingssterblichkeit angegeben. Die Säuglingssterblichkeit wird nur noch von der Sterblichkeit der im Greisenalter stehenden Personen übertroffen. Von hundert gesund zur Welt gekommenen Neugeborenen starben in Deutschland elf im Jahre 1924 vor Ablauf des ersten Lebensjahres. Diese hohe Säuglingssterblichkeit wird größtenteils durch vermeidbare Fehler in der Pflege und Ernährung verursacht. Planmäßige Bekämpfung der Sterblichkeitsursachen hat dazu geführt, die Säuglingssterblichkeit seit Anfang des Jahrhunderts von 22 auf 11 v. H. zu senken. Für fürsorgebedürftige Säuglinge ist Deutschland heute mit einem Netz von Mutter- und Kleinkinder-Fürsorgestellen überzogen. Ihre Aufgaben sind:

Unentgeltliche ärztliche Beratung der Mutter oder Pflegemutter in allen Fragen der Pflege und Ernährung des Kindes (Mütterberatung), Kontrolle der fürsorgebedürftigen Säuglinge eines bestimmten Bezirks durch die Fürsorgerin (nachgehende Fürsorge), Belehrung und Aufklärung der Mütter über die wichtigsten Grundsätze der Hygiene durch mündliche Beratung, Merkblätter, Ausstellungen, Vorträge und Mütterabende (Mutterschulung), Förderung der natürlichen Ernährung durch Rat und Unterstützung (Stillpropaganda), Vermittelung und Ueberwachung von Pflegestellen, Vermittelung und Inanspruchnahme andere Fürsorgeeinrichtungen.

Die „natürliche" Ernährung des Säuglings an der Mutterbrust ist die beste und gesündeste. Sorgfältigste Beobachtung des Säuglings läßt die ersten Merkmale einer Krankheit schnell erkennen. Es ist dann Pflicht jeder Mutter, sofort den Arzt aufzusuchen und dessen Anordnungen strengstens Folge zu leisten. Nicht immer auf das Urteil wohlmeinender Nachbarn hören, die jede beunruhigende Erscheinung auf das Zahnen zurückführen. Der Zahndurchbruch ist ein ganz natürlicher Vorgang, der das Kind nie krank macht. Gegen ansteckende Krankheiten ist das beste Vorbeugungsmittel, das Kind von allen kranken oder krankheitsverdächtigen Personen fernzuhalten. Im hiesigen Kreise sind Mütterberatungsstunden eingerichtet in Nimptsch, Birsdorf, Jordansmühl und Kankau. Minderbemittelte haben sich bei ernsten Krankheitsfällen an das Kreiswohlfahrtsamt in Nimptsch zu wenden. Nur gründlicher Aufklärung und strikter Befolgung aller getroffenen Anordnungen wird es gelingen, die Säuglingssterblichkeit zu reduzieren.

* **Erwerbslosenziffern.** Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger belief sich am 28. dieses Monats in Stadt und Kreis Nimptsch auf 435. Dazu kommen noch zirka 80 Notstandsarbeiter.

Aus Schlesien.

Automatischer Fernsprechverkehr im polnisch-schlesischen Industriegebiet.

Die Postverwaltung in Kattowitz beabsichtigt, im polnisch-schlesischen Industrierevier den automatischen Fernsprechverkehr einzurichten. Die Baukosten würden sich auf sieben Millionen Zloty belaufen und die Arbeiten zwei Jahre in Anspruch nehmen. Es soll dem Schlesischen Sejm ein fertiges Projekt vorgelegt werden, um von diesem einen Kredit in Höhe von fünf Millionen zu erhalten. Demnächst wird der neue Postminister in Kattowitz erwartet, um mit den maßgebenden Stellen über dieses Projekt zu verhandeln.

Schweidnitz. Von der Anklage der Ueberschreitung seiner Dienstbefugnisse wurde der Oberleutnant Kiock von der hiesigen Reichswehr vom Großen Schöffengericht freigesprochen. Er mußte zwar die Vorgänge, die zur Anklage geführt hatten, zugeben, er will aber im guten Glauben gehandelt haben.

Jobten. Das Pferd im Schaufenster. Ein aufregender Vorfall spielte sich hier ab. Die Pferde eines Kutschers aus der Oberförsterei verfehlten infolge der Glätte die Biegung nach dem Ringe und rasten in das Schaufenster eines Putzgeschäftes, das vollständig zertrümmert wurde. Ein Pferd wurde dabei derartig verletzt, daß es getötet werden mußte.

Gutschdorf (Kreis Striegau). Von durchgehenden Pferden getötet. Dem Schwarzviehhändler L. aus Striegau gingen auf der hiesigen Dorfstraße die Pferde durch. Erst als er meterweise mitgeschleift worden war und in Gefahr kam, überfahren zu werden, ließ er die Zügel los, so daß die Pferde ungehindert weiterrasten. Dabei wurde die 65 Jahre alte taube Frau des 83jährigen Invalidenrentners K. von hier von den Pferden überrannt und so schwer verletzt, daß der Tod in kurzer Zeit eintrat.

Neurode. Der Bau der „Breslauer Hütte" sichergestellt. Die Breslauer Ortsgruppe des Eulengebirgsvereins beabsichtigt, auf der Hohen Eule eine eigene Unterkunftsbaude zu errichten. Der Plan ist jetzt soweit gefestigt, daß mit der Bauausführung in diesem Sommer begonnen werden kann. Die Baude soll in unmittelbarer Nähe der Eulenbaude errichtet werden. Sie soll 40 Personen Unterkunft bieten, und auch Einrichtungen enthalten, die es den Touristen ermöglichen, Mundvorräte zum warmen Genuß herzurichten.

Neurode. Verhaftung eines Spitzbuben. Festgenommen wurde hier ein aus Reichenforst gebürtiger Knecht, der Straßenpassanten gebrauchte Kleidungsstücke zum Kauf anbot. Auf der Polizeiwache wurde festgestellt, daß der Mann unter Mitnahme sämtlicher Kleidungsstücke seines Arbeitskollegen aus Reichenforst verschwunden war.

Ebersdorf (Kreis Habelschwerdt). Schadenfeuer. In der Scheuer des Gastwirts L. entstand auf bisher unaufgeklärte Weise Feuer, das sich derartig rasch verbreitete, daß sich die Feuerwehr lediglich auf den Schutz der umliegenden Gebäude beschränken mußte. Sämtliche in der Scheuer untergebrachten landwirtschaftlichen Maschinen wurden vernichtet.

Nieder-Altwilmsdorf (Kreis Glatz). Einbruch in das Bahnhofsgebäude. Ein dreister Einbruch wurde in das hiesige Bahnhofsgebäude verübt. Aus dem Güteraufbewahrungsraum wurden mehrere Kisten Margarine, ein Mantel, ein Fahrrad und andere Gegenstände geraubt. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur.

Liebau (Kreis Landeshut). Die weitere Elektrisierung unserer Gebirgsbahn hat zur Stationierung einer elektrischen Güterzugslokomotive nach hier geführt, so daß die Dampfmaschine nur noch den Rangierverkehr auf dem hiesigen Bahnhof erledigt. — An den Folgen einer Blutvergiftung verstorben ist im hiesigen Krankenhause ein dreiundzwanzigjähriger Mann, der sich mit einer Gabel in den Fuß gestochen hatte. Obwohl die Wunde wieder zugeheilt war, mußte doch später eine Operation vorgenommen werden, wobei Blutvergiftung festgestellt wurde, die jetzt nun zum Tode des jungen Mannes geführt hat.

Hirschberg. Bauunfall. Der ledige Arbeiter M., der auf einem Neubau in der Wilhelmstraße arbeitete, stürzte unglücklich ab, daß er sich schwere Verletzungen am Kopf, an den Armen und an den Beinen zuzog. Der Verunglückte wurde das Warmbrunner Krankenhaus eingeliefert.

Hirschberg. Vom Schwurgericht. In der Dienstag-Sitzung des Schwurgerichts wurde der Grubenarbeiter M. aus Nieder-Hermsdorf bei Waldenburg und die ledige Magdalena aus Bolkenhain wegen Meineids verurteilt. Der Meineid wurde in einer am 14. Oktober 1926 vor dem Amtsgericht Bolkenhain anstehenden Alimentenklage geleistet. Die Angeklagten waren beide geständig, einen wissentlich falschen Eid geleistet zu haben, und wurde M. zu eineinhalb Jahren Zuchthaus und die G. zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Der Grubenarbeiter M. wurde wegen Fluchtverdachts sofort in Haft genommen.

Kreuzburg O.-S. Ein Vater versucht, sein eigenes Kind zu ermorden. Wegen versuchten Mordes an seinem eigenen Kinde wurde der Klempnermeister Skrzypek in Fresdorf-Kadlub O.-S. verhaftet und in das Rosenberger Gerichtsgefängnis eingeliefert. Skrzypek, der ein dem Trunke ergebener Mensch ist, versuchte nachts, seine siebenjährige Tochter zu erhängen. Seine Frau befindet sich gegenwärtig schwer krank in einer Frauenklinik in Oppeln. Als Skrzypek nachts heim kam hieß er seine Tochter aufstehen. Er legte dem Kinde, trotz dessen flehentlichen Bitten, eine Schnur um den Hals und hing die Kleine auf. Die Schnur riß aber, da sie zu schwach war, und als auch ein zweiter Versuch, das Kind zu erhängen, auf gleiche Weise scheiterte, sagte der entmenschte Vater, die Kleine wolle anscheinend nicht sterben, und er schickte sie wieder in das Bett, während er sich nun selbst aufhing. Das Kind, vor dessen Augen diese Tat geschah, schrie unaufhaltend, bis die ältere Schwester aus einem anderen Raum hinzukam, die den Vater noch rechtzeitig abschneiden konnte. Früher wurde er, als die Hausbewohner von der Tat erfuhren, durch hinzugerufene Landjäger verhaftet, denen er zugab, daß er sich töten und das Töchterchen habe mit in den Tod nehmen wollen.

Kinderstiefel

Spezial-Angebot in guten, preiswerten Kinderschuhwaren

in schwarz:

Kinderstiefelchen, gefällige Form, Gr. 20-22 2.40, Gr. 18-21 ohne Fleck . . **1.95**

Kinderspangenschuhe in haltbarer Verarbeitung. Gr. 25-26 4.40, Gr. 22-24 3.90 und 2.80, Gr. 18-20 . . . **2.40**

Kinderstiefel für 2- bis 5-jährige. Gr. 25-26 4.90, Gr. 22-24 . . . . . **4.50**

in farbig:

Brauner Kinderspangenschuh, bel. Artikel, Gr. 20-22 3.00, Gr. 18-20 ohne Fleck **2.70**

Brauner Kinderstiefel, echt Glanzziege, Gr. 25-26 5.40, Gr. 23-24 4.90, Gr. 20-22 3.40, Gr. 18-20 ohne Fleck **3.00**

Braune Kinderspangenschuhe, Gr 25-26 4.90, Gr. 22-24 4.40, Gr. 20-21 **3.90**

in Lack:

Lack-Spangenschuhe für d. ganz Kleinen, Gr. 25-26 6.90, Gr. 22-24 5.90, Gr. 20-21 4.90, Gr. 18-19 . . . . **3.90**

Lackspangenschuhe für Kinder, mit Kroko verziert, Gr. 25-26 7.50, Gr. 23-24 **6.50**

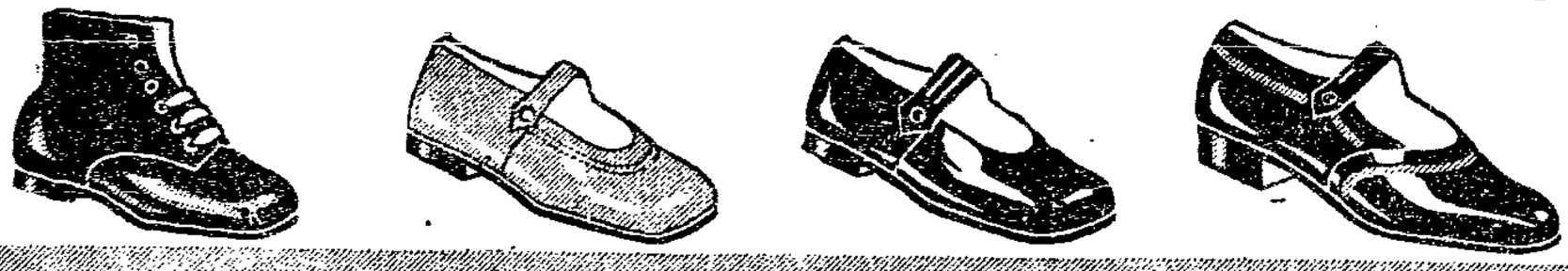
Lackspangen für Mädchen Gr. 34-35 6.70, Gr. 31-33 6.20 Gr. 29-30 5.70, Gr. 27-28 **5.20**

für größere Kinder:

Schulstiefel für Mädchen u. Knaben, halb. Rindboxl., Gr. 34-35 6.90, Gr. 31-35 6.40 Gr. 29-30 5.90, Gr. 27-28 **5.40**

Mädchen-Spangenschuhe hübsche gefäll. Form, Gr. 36-39 7.90, Gr. 34-35 7.50, Gr. 31-33 6.90, Gr. 29-30 6.50, Gr. 27-28 **5.90**

Große Auswahl in Schuhen und Stiefeln für die Einsegnung



Schuhfabrik **Tack** & Cie A.-G. Burg b/M.

Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie., G. m. b. H. **Breslau** Reuschestr. 47/48 Tel. O. 5116

Stiebler's billiger Lebensmittel-Markt

Konserven, Dörrobst, Marmeladen Wir haben unsere Bestände in wieder in umfangreichem Maße ergänzt und verkaufen dieselben fast durchweg noch zu den bisherigen **Vorzugspreisen.**

Nachstehend bieten wir als sehr günstig an:

Konserven

Schnittbohnen, junge	Dose 1 kg	0.56
Gemüse-Erbsen	Dose 1 kg	0.62
Junge Erbsen	Dose 1 kg	0.70
Karotten, geschnitten	Dose 1 kg	0.42
Pfifferlinge	Dose 1 kg	0.95
Kohlrabi mit Grün	Dose 1 kg	0.50
Apfelmus	Dose 1 kg	0.66
Kirschen, rot mit Stein	Dose 1 kg	0.84
Pflaumen mit Stein	Dose 1 kg	0.68
Mirabellen	Dose 1 kg	1.18
Reineclauden	Dose 1 kg	1.18

Marmeladen

Bierjucht	1 kg-Eimer	0.85
Himbeer mit Apfel	1 kg-Eimer	1.08
Erdbeer mit Apfel	1 kg-Eimer	1.98
Johannisbeer mit Apfel	1 kg-Eimer	1.08

Dörrobst

Amerik. Apfelscheiben	½ kg	0.68, 0.78
Kalif. Birnen	½ kg	0.68, 0.78
Böhm. Birnen	½ kg	0.30, 0.42
Aprikosen	½ kg	1.04
Pfirsiche	½ kg	1.04, 1.16
Pflaumen, kalif.	½ kg	0.48, 0.58, 0.68
Pflaumen, bosn.	½ kg	0.30
Mischobst (Schlesisches Himmelreich)	½ kg	0.38, 0.54, 0.72, 0.90

Apfelsinen

Die Früchte sind jetzt in vollster Reife. Wir erhielten wiederum 3 Waggons frostfreie herrliche süße Früchte.

Paterno Doppelblut — Sanguigni
1 Kiste 160, 200, 300 oder 360 Stück 27.50
1 Dutzend 2.20 1.75 1.15 0.95

Paterno Blutfrüchte — Sanguinelli
1 Kiste 160, 200, 300 oder 360 Stück 24.00
1 Dutzend 2.00 1.50 1.00 0.85

Blonde Neapeler Orangen
1 Dutzend 1.44, 1.10, 0.72, 0.60
1 Korb enth. 200 Stück unsort. Früchte 17.50

Mastgeflügel und Wild

Hamburger Gänse, diesjährige	½ kg	2.60
Junge Poulards u. Poularden	½ kg	2.00
Junge Suppenhühner	½ kg	1.60
Junge Mastenten	½ kg	1.40 u. 1.50
Rehrücken und Keulen	½ kg	2.40
Fasanhähne	Stück	6.00
Wildenten	Stück	3.00

Gemüse und Früchte

Malta-Kartoffeln	½ kg	0.20
Weißer Neapeler Blumenkohl	Kopf	0.50
Blattsalat	Kopf	0.50
Endiviensalat	Kopf	1.00
Westindische Bananen	½ kg	0.54
Kalifornische Tafeläpfel	½ kg	0.48 u. 0.64

Fischwaren

Bücklinge	7 Pfund-Kiste 1.50, 2 Pfund	0.45
Speckflundern	½ kg	0.50
Seelachs, geräuch., 7 Pfd.-Kiste 3.30,	½ kg	0.50
Spickaal	½ kg	3.40

Bratheringe

Dose 1	2	4	8 Liter	1 Stück
0.72	1.60	2.60	4.75	0.10

Geleeheringe

Dose ½	1	4 Liter	ausgewog. ½ kg
0.48	0.72	3.00	0.50

Rollmops in Gewürztunke
Dose 1 Liter 0.72, 4 Liter 3.25, 1 Stück 0.10

Bismarckheringe in Gewürztunke
Dose 1 Liter 0.72, 4 Liter 3.25, 1 Stück 0.10

Rollmops in Mayonnaise
Dose 0.75, 1.40, 1 Stück 0.10

Aal in Gelee. Dose 4 Liter 6.50, ½ kg 1.00

Käse

Holländischer Gouda-Käse	½ kg	0.80
Holländischer Edamer, halbfett	½ kg	0.90
Tilsiter, halbfett	½ kg	0.80
Ziegelkäse	½ kg	0.40
Harzer Käse, 3 Pfd.-Kiste 1.30,	½ kg	0.45
Emmenthaler Käse	½ kg	1.80
Holländischer Edamer, vollfett	½ kg	1.40
Tilsiter, vollfett	½ kg	1.40

2316

Breslauer Kaffee-Rösterei

Breslau, Zwingerplatz 5 **Otto Stiebler** **und 30 Filialen**

Jetzt ist die beste Zeit zum Schwimmunterricht dann kann man schon im Sommer an der See oder im Freien schwimmen. Täglich im **Hallenschwimmbad**

Wie der Weltkrieg entstand.

Das amtliche Aktenmaterial und die Randbemerkungen des Kaisers 180 Seiten Preis nur 60 Pf

Volkswacht - Buchhandlung.

Arbeitsmarkt

Erstklassige **Sakko- und Paletotschneider** aber nur solche suchen 6664

Gebr. Jawitz, Junkernstr 16

Junge Vorrichterinnen (Teilarbeit) sowie geübte **Handbuggerinnen** zu sofortigem Antritt sucht

Schuhfabrik Dorndorf
Breslau, Neukircher Weg. 6651

Tüchtige Wellennäherin gesucht Bohrauer Str. 6, II. l.

Lieferfrau od. Mädchen kann i. meld. P. Hitschkel, Löschstr 7, pt.

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer; für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Fränkelplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.